



Im Licht der Revolution

Zwei Texte Rosa Luxemburgs
aus dem Jahre 1906
und Paralipomena zu Leben und Werk

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2015

Im Licht der Revolution

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE 12

Im Licht der Revolution

Zwei Texte Rosa Luxemburgs
aus dem Jahr 1906 und
Paralipomena zu Leben und Werk

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE
HEFT 12

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus

ISBN 978-3-89819-420-4

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2015
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
www.sachsen.rosalux.de
info@rosalux-sachsen.de

Redaktion: Manfred Neuhaus
Umschlag: Jutta Damm-Fiedler
unter Verwendung der Bronzestatuette Rosa Luxemburgs
von Hanna Studnizka der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e.V. (Foto: Gerhard Märker)
Satz: Daniel Neuhaus
Herstellung: GNN-Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

IM LICHT DER REVOLUTION. ZWEI TEXTE ROSA LUXEMBURGS AUS DEM JAHRE 1906

Holger Politt

Im Licht der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906: »Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung« und »Vor dem Wendepunkt« 7

Rosa Luxemburg

Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung 15
I 15
II 17
III 20
IV 25
V 32
VI 45
VII 52

Rosa Luxemburg

Vor dem Wendepunkt 55

PARALIPOMENA ZU LEBEN UND WERK

Willi Beitz

Rosa Luxemburg in Andrej Platonows Roman »Tschewengur« . 59

Jörn Schütrumpf

Die Biographin von Rosa und Karl. Annelies Laschitza zum 80. 65

Günter Benser

Vielseitiges Engagement. Die Historikerin und Biographin Annelies Laschitza feiert heute ihren 80. Geburtstag 67

<i>Manfred Neuhaus</i>	
Ein Forscherinnenleben für Rosa Luxemburg. Prof. Dr. sc. phil. Annelies Laschitza zum 80. Geburtstag	69
<i>Eckhard Müller</i>	
Aus der Werkstatt von Band 6 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg	83
Worte des Dankes von Annelies Laschitza	91
<i>Holger Politt</i>	
Gern leben und eine Aufgabe haben. Zum Tod von Feliks Tych (1929–2015)	95
Feliks Tych, eine Erinnerung	97
<i>Annelies Laschitza</i>	
Feliks Tych. Nachruf	101
<i>Wulf Skaun</i>	
Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar startet	103
Schlag nach bei Rosa. Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar in Leipzig eröffnet	104
W.I. Lenins Irrtum »Sie irrte ... sie irrte«. Rosa Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution« bleibt aktuell	106
Zur Märtyrerin der Novemberrevolution gestutzt. Drittes Rosa- Luxemburg-Seminar lotet Stalinisierung aus	108
Verzeichnis der Autoren	111
Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte ..	113

HOLGER POLITT

Im Licht der Revolution

Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906:
»Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung«
und »Vor dem Wendepunkt«

Nichts hielt sie mehr in Berlin zurück – weder die verantwortliche Redaktionsarbeit beim »Vorwärts« noch die eindringlichen Warnungen ihrer Freunde. Den in Moskau in der zweiten Dezemberhälfte 1905 ausgebrochenen bewaffneten Aufstand verstand Rosa Luxemburg als Signal für den nun bald zu erwartenden Entscheidungskampf, der den endgültigen Sturz der Zarenherrschaft erzwingen werde. Ihr Ziel war Warschau, die alte polnische Hauptstadt und wichtigste Industriestadt im Königreich Polen, einem der wichtigsten Zentren der Arbeiterkämpfe im Riesenreich seit Januar 1905 überhaupt. Als sie dort Ende 1905 schließlich eintraf, war der Aufstand in Moskau bereits blutig niedergeschlagen, dennoch blieb die Überzeugung unerschütterlich, nun vor Ort gleichermaßen Chronistin und Speerspitze des Zarensturzes sein zu können. Seit einigen Tagen gab Leo Jogiches in Warschau wieder »Czerwony Sztandar« heraus, jetzt erschien das illegale Blatt der polnischen Sozialdemokraten im Russischen Reich beinahe wie eine Tageszeitung – mehrmals wöchentlich.

Wie gründlich Leo Jogiches die konspirative Redaktionsarbeit angelegt hatte, mag die Tatsache verdeutlichen, dass die Räumlichkeiten der Zeitung im Zentrum Warschaus in der Revolutionszeit von den Zarenhäschern unentdeckt blieben. Fast alle Beiträge in »Czerwony Sztandar« erschienen ungezeichnet, neben Luxemburg und Jogiches schrieben damals vier, fünf weitere Redakteure die Beiträge. Überhaupt macht das Blatt, wenn man heute in den Ausgaben von damals blättert, einen ganz und gar geschlossenen Eindruck – von der erste bis zur letzten Seite und jede einzelne Nummer wie aus einem Guss.

Ein großer Teil der polnischen Arbeiten Rosa Luxemburgs, die meistens ungezeichnet blieben, wurde später anhand der erhalten gebliebenen

über 1000 Briefe, die sie zwischen 1893 und 1914 an Leo Jogiches schrieb, identifiziert. Den für die Rosa-Luxemburg-Forschung wertvollsten Brieffund in einem Moskauer Archiv hatte Feliks Tych Ende der 1950er Jahre mit nach Warschau gebracht und später in einer dreibändigen, mustergültig herausgegebenen Buchausgabe veröffentlicht. Für die dramatischen Wochen, die Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in Warschau fast vollständig der gemeinsamen Redaktionsarbeit widmeten, fehlte allerdings jede Spur. Da beide zu diesem Zeitpunkt die unumstrittenen politischen und theoretischen Köpfe ihrer Partei – der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) – gewesen waren, dürften auch die meisten Leitartikel und wichtigsten programmatischen Abhandlungen mit beiden zusammenhängen. Wer also dem Wirken Rosa Luxemburgs in ihren Warschauer Tagen bis Anfang März 1906 nachzugehen versucht, wird an den Zeitungsseiten von »Czerwony Sztandar« nicht vorbeikommen, auch wenn vergleichsweise nur wenige Beiträge aus dieser Zeit bis heute unmittelbar ihrer Feder zugeordnet werden.¹

Am 4. März 1906 gingen beide, Leo Jogiches und Rosa Luxemburg, in die Falle – ein bis heute nicht aufgeklärter Verrat hat die entscheidende Rolle gespielt. In ihrem nächtlichen Quartier wurden sie überrascht und von der Zarenpolizei festgenommen. Bevor Rosa Luxemburg dann im April in das berüchtigte Zuchthaus in der Warschauer Zitadelle verlegt wurde, konnte sie wenigstens hin und wieder arbeiten, zweitweise hatte sie tagtäglichen Besuch von Genossen, die die geschriebenen Dinge herausschmuggelten. Fluchtpläne, die in der SDKPiL schnell reiften, zerschlugen sich allerdings. »Czerwony Sztandar« hingegen konnte weiter erscheinen, druckte auch die in den Gefängnissen geschriebene Beiträge Rosa Luxemburgs.²

Zu den wichtigsten Arbeiten jedoch, die in den Gefängniswochen vor der Verlegung in die abgeschottete Zitadelle fertiggestellt und anschließend umgehend gedruckt wurden, zählen drei Broschüren, auf die Rosa Luxemburg in einem der wenigen, aus dem Gefängnis nach Deutschland geschriebenen Briefe verwies: »zwei werden bereits gedruckt, die dritte wird in drei Tagen geschwärzt.«³ Bei der dritten Broschüre handelt es sich um die Arbeit »Zur

1 Siehe Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Hrsg. u. übers. von Holger Politt. Berlin 2015. S. 141–203.

2 Siehe ebenda. S. 204–219. – Im Jahr 1906 erschienen insgesamt 96 Ausgaben von »Czerwony Sztandar«, in späteren Jahren war die Erscheinungsfolge deutlich geringer, 1907 wurden 23 Ausgaben, 1908 nur noch 11, in späteren Jahren sogar noch weniger veröffentlicht.

Konstituante und zur Provisorischen Regierung« (polnisch: Rzecz o Konstytucyjności i o Rządzie Tymczasowym), die im Mai 1906 im Verlag »Czerwony Sztandar« in Warschau in einer Auflage von 23 000 Exemplaren ausgeliefert wurde. Sie erscheint hier erstmals in deutscher Übersetzung, auch in Polen ist sie nie wieder verlegt worden.

Ganz am Beginn stellt die Autorin die sich vollziehende Revolution, die vor der Entscheidungsschlacht stehe, in den Kontext der bisherigen europäischen Revolutionserfahrungen aus dem 19. Jahrhundert. Wenn der Zar gestürzt sein wird, kommen auf die siegreichen Revolutionäre Herausforderungen zu, an denen die Arbeiterbewegung im Westen bisher gescheitert sei – scheitern musste: »Den Tag und die Stunde des endgültigen Sturzes der Zarenregierung kann niemand vorhersagen. Ähnlich schwer ist es, vorherzusagen, in welcher Form und unter welchen Umständen die endgültige Abrechnung des revolutionären Volks mit den verbliebenen Resten der Zarenmacht erfolgen wird. Doch solche Fragen spielen jetzt keine Rolle mehr. Wichtig ist nur noch, ob die Arbeiterklasse, wenn diese Umstände herangerückt sein werden, ihrer Aufgabe gewachsen sein wird.«⁴ Sie berührt auf den folgenden Seiten Grundfragen des Revolutionsverständnisses, bei dem die Konstituante und Provisorische Regierung nach dem für sie absehbaren Sturze der Zarenherrschaft zu den entscheidenden Mitteln werden müssen, um die Ziele der Revolution durchsetzen zu können – vollständige politische Freiheiten, Errichtung der demokratischen Republik in ganz Russland und Durchsetzung des achtstündigen Arbeitstages in der gesamten Republik. Sie spricht von der zweiten Phase der Revolution, die eine kampfbereite Arbeiterbewegung voraussetze, weil sonst die Bourgeoisie im Handumdrehen die Früchte der Revolution an sich bringen und die Revolution verraten

3 Rosa Luxemburg an Luise und Karl Kautsky, 7. April 1906. In: Gesammelte Briefe. Bd. 2. 3., korrig. u. erg. Aufl. Berlin 1999. S. 252. – Bei den beiden bereits als gedruckt vermeldeten Broschüren handelt es sich wahrscheinlich erstens um die überarbeitete Fassung des von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches verfassten Textes »Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens«, der erstmals bereits 1904 veröffentlicht wurde. (Siehe Gesammelte Werke. Bd. 2. 6., überab. Aufl. Berlin 2004. S. 37–89.) Zweitens aber um die Auseinandersetzung mit dem Föderationsgedanken, den die linken Kräfte der PPS im Laufe der Revolution anstelle der als gescheitert angesehenen Idee von der Wiederherstellung Polens im Laufe der Revolutionsmonate zunehmend ins Gespräch gebracht hatten: »Program federacji, czyli PPS w błędnym kole« [Das Föderationsprogramm der PPS oder: Die PPS im Teufelskreis].

4 Siehe vorliegendes Heft S. 14.

werde. Dieses konsequente Weitertreiben der Revolution nach dem Sturz der Zarenherrschaft, um allein die Ziele der Revolution überhaupt durchsetzen zu können, unterschied sich eindeutig von den Vorstellungen, wie sie unter den Menschewiki in der russischen Sozialdemokratie vorherrschend waren, die dem liberalen Lager einen ganz anderen Stellenwert zuschoben als Rosa Luxemburg in dieser Schrift.

Aber die in dieser Schrift detailliert nachgewiesenen Bedingungen, unter denen die Einrichtung einer gesonderten und nicht aus dem laufenden parlamentarischen Verfahren hervorgegangenen provisorischen Regierung aus Sicht der Interessen der Arbeiterklasse notwendig und überhaupt möglich ist, werfen aus Sicht späterer Erfahrungen mit russischen Revolutionen ein bezeichnendes Licht auf die gewichtigen Unterschiede zur Bolschewiki in der russischen Sozialdemokratie, die ja bereits seit 1903 ein grundsätzlich anderes Parteiverständnis verfolgten als etwa Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Das spielt auch insofern eine wichtige Rolle, weil Rosa Luxemburg im Juni 1906 in einer scharfen Auseinandersetzung mit Georgi Plechanow der Bolschewiki und somit auch Lenin Positionen zuschreibt, die sich später als haltlos erwiesen: »Das Proletariat kann als der am meisten revolutionäre Faktor womöglich in die Rolle des Liquidators der alten Ordnung schlüpfen und ›nach der Macht greifen‹, um der Konterrevolution vorzubeugen, um nicht zuzulassen, dass die Revolution durch die ihrer Natur nach reaktionäre Bourgeoisie versumpft. Noch ist keine Revolution anders beendet worden denn als Diktatur einer Klasse, und alle Fakten verweisen darauf, dass das Proletariat nunmehr zu diesem Liquidator werden könnte. Freilich täuscht sich kein Sozialdemokrat in der Annahme, das Proletariat könnte sich an der Macht halten, denn hielte es sich, würde es zur Herrschaft seiner Klassenidee kommen, würde der Sozialismus verwirklicht werden. Dafür reichen heute die Kräfte nicht, weil im russischen Staat das Proletariat in der genauen Wortbedeutung eben eine Minderheit der Gesellschaft ausmacht. Die Verwirklichung des Sozialismus durch eine Minderheit ist jedoch unbedingt ausgeschlossen, da bereits die Idee des Sozialismus die Herrschaft einer Minderheit ausschließt.«⁵

Rosa Luxemburgs Schrift spielte auf dem 5. Parteitag der SDKPiL, der vom 18. bis 25. Juni 1906 in Zakopane abgehalten wurde, insofern eine Rolle, weil ein gesonderter Punkt der Frage der Konstituante gewidmet war.

5 Rosa Luxemburg: Blanquismus und Sozialdemokratie. In: Dies.: Arbeiterrevolution 1905/06. S. 218.

Dabei wurde festgestellt, dass diese Frage nur kurz abgehandelt werden müsse, weil sie eigentlich bereits abschließend geklärt sei, was auf den hohen Verbreitungsgrad der Broschüre unter der Mitgliedschaft der SDKPiL verweist.⁶ Auf dem Parteitag spielte übrigens vor allem die im April 1906 in Stockholm vollzogene Vereinigung der SDKPiL mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) eine wichtige Rolle. Nach dem Scheitern des ersten Anlaufs 1903, für das vor allem unterschiedliche Haltungen in der Nationalitätenfrage den Ausschlag gaben, wurde die jetzige Vereinigung als logisches und konsequentes Ergebnis der Arbeiterkämpfe des polnischen und russischen Proletariats in den großen Industriezentren des Zarenreichs gewürdigt – unter der gemeinsamen roten Arbeiterfahne.⁷

Dennoch spielte die Nationalitätenfrage eine Rolle, denn die Frage, was aus dem bisherigen Königreich Polen werden solle, wenn die Zarenherrschaft erst einmal gestürzt und die Republik errichtet ist, wurde in der polnischen Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt sehr unterschiedlich beantwortet. Während der alte Streit zwischen der SDKPiL und der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) um das sogenannte Programm der Wiederherstellung Polens nach Ausbruch der Revolution 1905 immer mehr in den Hintergrund rückte, weil niemand, der die Arbeiterrevolution bejahte, nun an eine Lostrennung Polens denken konnte, schälten sich andere Streitlinien immer mehr heraus, die erneut die bisher verfeindeten Lager in der polnischen Arbeiterbewegung trennten. In der PPS bahnte sich ab Herbst 1905 eine Spaltung an, die dann ein Jahr später auch tatsächlich organisatorisch vollzogen wurde. In demjenigen Teil, der später als PPS-Lewica (Linke) in die Geschichte eingehen wird, machte sich immer stärker der Föderationsgedanke breit, also eine an sich weitgehend selbständige polnische Republik im Föderationsverbund mit der gesamtrussischen Republik. In der Konsequenz orientierte dieser Teil der PPS, der also mit dem alten, auf Wiederherstellung und somit Lostrennung Polens hinauslaufenden Programm brach, auf die Schaffung einer zweiten Konstituante – also neben der in Petersburg für die gesamtrussische Republik eine weitere in Warschau für die polnische Republik, in der beispielsweise das genaue staatsrechtliche Verhältnis zur Gesamtrepublik festgesetzt werden solle.

6 Siehe Sprawozdanie z V-go zjazdu Socjaldemokracji Królestwo Polskiego i Litwy [Bericht vom 5. Parteitag der SDKPiL]. Warschau 1906. S. 52f.

7 Zu näheren Hintergründen des Scheiterns der Aufnahmegespräche 1903 siehe Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Aus d. Poln. übers. u. eingel. von Holger Politt. Leipzig 2013 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 10).

Von Anfang an setzten sich Rosa Luxemburg und Leo Jogiches mit diesem sich herauschälenden Lösungsversuch der polnischen Frage in der PPS-Lewica scharf und ablehnend auseinander; niemand sonst in der SDKPiL vermochte den beiden in ihrer unerschütterlichen Radikalität noch zu folgen. Das ist ein wesentlicher Unterschied zur der früheren Auseinandersetzung mit dem sogenannten Sozialpatriotismus der PPS, die in der SDKPiL seit 1893 auf breiteren Füßen stand. Die Auseinandersetzung mit der Föderationsidee, die sozusagen die Sozialpatriotismus-Kritik verfeinerte und auf einer neuen, höheren Stufe wiederholte, war letztlich ausschließlich Sache von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. In der vorliegenden Broschüre konzentrierte sich Rosa Luxemburg im zweiten Teil auf die Auseinandersetzung mit der von der PPS favorisierten doppelten Konstituante, die sie vehement ablehnte.

Eine gründliche Auseinandersetzung der Positionen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches in der Nationalitätenfrage nach Ausbruch der Revolution 1905 – und zwar an Hand der entsprechenden polnischen Schriften – steht im deutschen Sprachraum noch aus. Das eher mangelnde Interesse an der das Denken Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches in der nationalen Frage krönende Werk »Nationalitätenfrage und Autonomie«, das 2012 erstmals und vollständig auf Deutsch erschienen ist, unterstreicht einmal mehr die nicht zu übersehende Ratlosigkeit, wie sie in Deutschland in Hinsicht des Umgangs mit Rosa Luxemburgs Positionen in der polnischen versus Nationalitätenfrage fast durchgehend festzustellen ist.⁸ Allein die frühe Auseinandersetzung mit dem Sozialpatriotismus ist einigermaßen gegenwärtig, weil Rosa Luxemburg eine Reihe wichtiger und grundlegender Beiträge seinerzeit in der deutschen Parteipresse abdrucken ließ. Aber auch hier müsste der Bogen viel weiter gespannt werden, weil es ja nicht nur um Haltung und Einstellung der PPS im russischen Teil Polens ging, sondern auch im preußischen Teil, was zu unterscheiden und zusammenhängend zu begreifen aber nur durch die genaue Kenntnis der polnischen Arbeiten möglich ist, die Rosa Luxemburg und Leo Jogiches bis 1904 in der sozialdemokratischen Presse im Königreich Polen veröffentlicht hatten.

8 Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Hrsg. u. übers. von Holger Politt. Berlin 2012. – Symptomatisch für diese Ratlosigkeit ist die Tatsache, dass in der Tageszeitung »Neues Deutschland« zwar eine Rezension erschien, diese am 11. Juli 2013 allerdings unter »Philosophische Bücher« zu finden war. Dahin gehört »Nationalitätenfrage und Autonomie« aber gewiss nicht.

Die vorliegende Broschüre ist also auch ein weiterer Hinweis darauf, wie eng die spezifische Sicht Rosa Luxemburgs in der polnischen Frage, die im großen Maße hierin zugleich die von Leo Jogiches ist, mit Themenlinien zusammenhing, die heute aus einer ganzen Reihe von Gründen verlockender sind. Auch deshalb ist eine gesonderte Behandlung dieser in Rosa Luxemburgs polnischen Schriften überall eingeschriebenen Thematik dringend angeraten, will man sich ihrem Gesamtwerk aus heutiger Sicht nähern.

Ende Juni 1906 gelang es, Rosa Luxemburg gegen Zahlung einer von August Bebel zur Verfügung gestellten Kaution aus dem Gefängnis zu holen. Leo Jogiches indes verblieb hinter den dicken Mauern der Zitadelle, wurde wenige Zeit später enttarnt, lief die gesamte Prozedur bis zur Verurteilung vor dem Kriegsgericht durch und konnte schließlich im März 1907 aus dem Warschauer Verschickungsgefängnis fliehen, kurz bevor es in die langjährige Verbannung gehen sollte. Rosa Luxemburg verblieb noch einige Wochen in Warschau, floh dann nach Finnland, wo sie die berühmte Broschüre zum Massenstreik verfasste, und kam schließlich in der zweiten Septemberhälfte 1906 wieder nach Deutschland zurück.

Als sie aus dem Gefängnis entlassen wurde, war der Körper zwar überaus geschwächt, doch der Kopf steckte voller Pläne: »Ich bin zwar physisch sehr matt und sehe, wie man mir sagt, sehr gelb aus, fühle mich aber so frisch und arbeitslustig, dass ich alle ›Gelbheit‹ und Mattigkeit bald in der Arbeit zu vergessen hoffe. Die allgemeine Situation ist ausgezeichnet, die Verhältnisse verschärfen sich immer mehr und treiben gewaltig zu einer scharfen Lösung. Ich fand alles viel besser, als ich befürchtete, und das macht mich frisch und froh.«⁹ Noch immer ging Rosa Luxemburg von einem baldigen oder zumindest absehbaren Sturz der Zarenherrschaft aus. Ihre polnischen Arbeiten bis zur Ankunft in Deutschland drückten auch weiterhin die feste Erwartung aus, ein neuerlicher Ausbruch – wo und wie auch immer – werde nicht lange auf sich warten lassen. Die Volksrevolution habe sogar Zeit, schrieb sie an einer Stelle, was wiederum ein Hinweis ist, wie sehr sie insgeheim noch immer mit einer Aufführung rechnete, die dem von ihr in »Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung« beschriebenen Szenario eines umfassenden Sturmes auf die Zarenherrschaft entsprach.¹⁰

9 Rosa Luxemburg an Emanuel Wurm, 8. Juli 1906. In: Gesammelte Briefe. Bd. 2. S. 257.

10 Siehe Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. S. 220–238. Die angeführte Stelle auf Seite 223.

In den ersten beiden Wochen nach der Freilassung muss der hier abgedruckte Beitrag »Vor dem Wendepunkt« geschrieben worden sein, der mit dem Datum 28. Juli 1906 in der in Łódź erscheinenden Zeitung »Vorwärts« als Leitartikel abgedruckt wurde. »Vorwärts« nannte sich eine Zeitung, die für deutsche und deutschsprachige Arbeiter seit 1906 in Łódź zunächst von örtlichen Parteistrukturen der SDKPiL herausgegeben wurde. Laut Empfehlung des 5. Parteitags der SDKPiL wurde das Blatt ab Juli 1906, beginnen mit der Nummer 6, vom Hauptvorstand der Partei herausgegeben, bis November 1908 erschienen so insgesamt 16 Nummern. Rosa Luxemburgs Beitrag eröffnete also die erste »Vorwärts«-Nummer, die von der Parteileitung verantwortet wurde.

Da dieser Beitrag noch vor der Auflösung der ersten Zarenduma am 22. Juli 1906 geschrieben wurde, ist er zugleich der erste von Rosa Luxemburg geschriebene und veröffentlichte Text nach ihrer Freilassung. Am 27. Juli 1906 erschien zwar in »Czerwony Sztandar« der Beitrag »Warum bricht die Revolution nicht aus?«, aber da wurde bereits die Auflösung der Zarenduma zum Thema genommen.¹¹

11 Ebenda. S. 220–223.

ROSA LUXEMBURG

Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung

I

Die Arbeiterrevolution, die im Zarenreich seit anderthalb Jahren tobt, nähert sich dem entscheidenden Augenblick. Dem Arbeitsvolk hat der Kampf auf dem gesamten Staatsgebiet bisher unzählige Opfer abverlangt, doch auch die Zarenregierung hat in diesem Kampf alle Reserven und Existenzgrundlagen verloren.

Obwohl wutentbrannt gemordet und verfolgt wird, eigentlich sogar, weil die Kräfte so wutentbrannt eingesetzt werden, um die Revolution gewaltsam niederzuwerfen, stürzt der Absolutismus umso schneller in den Abgrund, beschleunigt das eigene Ende und die Niederkunft einer neuen Ordnung im Staat, die Niederkunft der politischen Freiheit, für die das Proletariat in Russland und Polen solche Unmengen an Blut vergießt. Den Tag und die Stunde des endgültigen Sturzes der Zarenregierung kann niemand vorher sagen. Ähnlich schwer ist es, vorherzusagen, in welcher Form und unter welchen Umständen die endgültige Abrechnung des revolutionären Volks mit den verbliebenen Resten der Zarenmacht erfolgen wird. Doch solche Fragen spielen jetzt keine Rolle mehr. Wichtig ist nur noch, ob die Arbeiterklasse, wenn diese Umstände herangerückt sein werden, ihrer Aufgabe gewachsen sein wird. Das allerdings bedeutet, dass die Arbeiter im entsprechenden Augenblick mehr als den nötigen Mut für den entscheidenden Kampf, den Heldenmut für die zu bringenden Opfer, den unbedingten Siegeswillen und den eisernen Willen, bis zum Umfallen zu kämpfen, aufbringen müssen. Niemand, der den bisherigen Heldenmut, die Beharrlichkeit und den Schneid erlebt hat, wird in der Haltung des polnischen und russischen Proletariats noch an diesen Eigenschaften zweifeln können. Wenn die Stunde der endgültigen Schlacht für die politische Freiheit gekommen ist, wird unser Arbeiter, genau wie sein Bruder – der russische Proletarier, sich der internationalen Tradition dieser Klasse als absolut würdig erweisen, die, wie das Kommunistische Manifest aufzeigt, nichts als ihre Ketten zu

verlieren, doch eine ganze Welt zu erobern habe.¹ Doch massenhaftes Heldentum und Tapferkeit alleine werden nicht reichen. Um die Zarenherrschaft endgültig niederzuringen, ist eine zweite Bedingung wichtig und unerlässlich: Der Arbeiterklasse muss vollkommen klargeworden sein, wofür sie kämpft, sie muss sich genaue Rechenschaft darüber geben, was sie erreichen will, welche Schritte sie unternehmen muss, um die politische Freiheit zu verwirklichen, für die gekämpft wird. In allen modernen Revolutionen, in Frankreich wie in Deutschland, legten die Massen des arbeitenden Volks, solange es darum ging, die alten Regierungen zu stürzen, eine erstaunliche Tapferkeit an den Tag. Sobald der Sieg errungen war und es daran ging, eine neue Ordnung herauszubilden, wusste das Volk aber meistens nicht, wie die Sache packen, oder es sah tatenlos zu, wie andere ihm die Früchte des Kampfes vor der Nase wegschnappten, oder es folgte völlig märchenhaften Hoffnungen und Vorstellungen darüber, was zu tun sei, so dass die Sache immer auf die gleiche Weise endete. Die Bourgeoisie, die damals in Frankreich und Deutschland noch nicht so entwürdigend auftrat wie unsere Bourgeoisie heute, verlangte sie selbst doch noch nach Freiheit, trat zusammen mit der Volksmasse in Erscheinung, ganz nach dem Motto: In der Not zum Juden, nach der Not dem Juden die Tür weisen. Sobald nämlich im revolutionären Kampf die alten Regierungen gestürzt waren, wandten sich die bourgeois Parteien gegen die Arbeiter – und die gestrigen Revolutionshelden wurden wie gefährliche Banditen behandelt, sie wurden entwapnet, zur Arbeit zurückgeschickt, doch die politische Macht, also die Regierung, die Gesetzgebung, den Befehl über die Armee, die Finanzen und die Polizei, wurde sofort von der Bourgeoisie in die eigenen Hände übernommen, so dass nun die neue Ordnung ihr selbst zum Nutzen und zum Leidwesen des arbeitenden Volks errichtet wurde.

Normal war das unter den damaligen Bedingungen, also vor einhundert oder vor sechzig Jahren. Heute im Zarenreich befindet sich die Arbeiterklasse nicht mehr im Schlepptau der Bourgeoisie, sondern sie kämpft für sich, im Namen eigener Interessen. Umso notwendiger ist es, dass diesmal das Proletariat gleich anderntags nach dem Sieg über die Selbstherrschaft der Herr im Hause sein wird, also nicht die bürgerlichen Schmarotzer der

1 »Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.« (MEW. Bd. 4. S. 493).

Revolution, dass das Proletariat selbst die Frage der Herstellung einer neuen Ordnung in die Hand nehmen wird. Damit das gelingt, sollte allerdings sehr genau gewusst und verstanden werden, wie das erreicht werden kann.

II

Stellen wir uns einen Moment vor, es sei bereits zu einem weiteren allgemeinen Ausbruch der Revolution gekommen, zu einem gewaltigen Ausbruch überall im Staatsgebiet, denn anders ist der Sieg über die Zarenherrschaft nicht denkbar. Stellen wir uns also vor, zur gleichen Zeit wären der Generalstreik in der Industrie aller wichtigen Städte, der Eisenbahnstreik, der Post- und Telegrafestreik, der Aufstand des Landvolks in vielen Gegenden, schließlich die Meuterei in den Kasernen ausgebrochen, die Regierung wäre durch den allgemeinen Aufstand von allen Seiten umstellt. Bewaffnete Kämpfe wie der in Moskau tobten nun verbissen an vielen wichtigen Punkten, die Regierung schaffte es nicht, die Armee in die verschiedenen Richtungen zu schicken, wie überhaupt die Armee immer mehr abwartete, mit dem Rückzug begänne, schließlich würde der Widerstand der Zarenherrschaft immer schwächer, das Chaos immer größer werden, die Zarenregierung verlöre völlig den Kopf, wäre von Auflösung betroffen, alle Komödie hörte auf, die Minister und der Zar begännen jeder für sich, an die eigene Rettung zu denken, an die Flucht oder daran, sich vor dem Volkszorn zu verstecken, und der Sieg der Revolution wäre in den wichtigsten Punkten greifbar. Dieses ganze Bild ist keineswegs schönste Phantasterei, denn jedes einzelne Element in diesem Bild, alles, was hier aufgezählt wurde, hat es zu unterschiedlichen Zeitpunkten bereits gegeben, ist im Verlaufe der Revolution Tatsache geworden. Das obige Bild beruht allerdings darauf, alles in eins zusammenzufassen, alle diese einzelnen Momente zusammenzubringen, denn erst die Konzentration sichert den Sieg der Revolution, wobei die ganze Entwicklung darauf hinausläuft. Deshalb tun wir völlig Recht daran, uns dieses Bild vorzustellen, wenn wir das weitere Schicksal und die Kampfaufgabe bedenken wollen. Stellen wir uns deshalb also einen Moment vor, der Sieg wäre in einem allgemeinen Aufstand schließlich in den wichtigsten Städten dem Volk zugefallen. Was wäre in einer solchen

Situation zu tun? Was sollte unternommen werden? Die Antwort eines jeden aufgeklärten Arbeiters lautete: sofort die politische Freiheit, sofort die Republik einführen. Doch wie soll das gemacht werden? Was bedeutet es, die politische Freiheit einzuführen? Wie ist das zu verstehen?

Auf diese Frage gibt es eine ganz klare Antwort. Die erste Tat im Moment des Sturzes der Zarenregierung sollte die sofortige Berufung einer neuen Regierung sein, denn das siegreiche Volk muss die Regierungsmacht an sich reißen. Bisher hatte in allen Revolutionen die Bourgeoisie den leergewordenen Platz der alten Regierung besetzt. Das ist in der jetzigen Revolution die Aufgabe der bewussten Arbeiterklasse. Sie ist es, die mit ihrem Blut den kommenden Sieg der Revolution bezahlt hat und bezahlt, sie muss nun zum ersten Mal auch die Früchte ihres Siegs an sich reißen, sie muss die Regierungsgewalt in ihre Hände bekommen. Nicht, um sich darin zu täuschen, sie könnte ihre Herrschaft in der heute bestehenden Gesellschaft für immer ausüben, sondern, um mit starker Faust die Aufgaben der jetzigen Revolution zu erfüllen, um so das Werk der Revolution zu Ende zu bringen. Kurz gefasst, das kämpfende Proletariat hat im Augenblick des Sieges die Herrschaft in seine Hände zu nehmen, um allerdings keine reguläre Regierung, sondern lediglich eine sogenannte Provisorische Regierung zu berufen, deren Aufgabe darin besteht, die Herrschaft solange aufrechtzuerhalten, bis die Aufgaben der Revolution erfüllt und die neue Ordnung durchgesetzt sein werden. Diese Regierung muss vom bewussten Proletariat im Augenblick des Sieges aus den eigenen vorderen Reihen, aus den sozialistischen Führern gebildet werden. Menschen, die im Verlauf der ganzen Revolution an der Spitze des Kampfes standen, die die Ziele und die Aufgaben erklärt, die die Arbeitermasse in den Kampf geführt haben, sind auch dazu berufen, an der Spitze der Regierung zu stehen, die diese Ziele verwirklichen soll. Die politischen Anführer des revolutionären Proletariats sind bereits wegen ihrer Rolle im Verlauf der Kämpfe geeignete Mitglieder der künftigen Provisorischen Regierung. Allerdings besteht die Aufgabe dieser Regierung vor allem darin, so schnell wie möglich die tatsächliche Herrschaft zu übernehmen, damit der geschlagenen Reaktion und den Überbleibseln der alten Regierung jede Möglichkeit verwehrt wird, unbemerkt oder nach der ersten Kampfpause an die Regierungshebel zurückzukehren. Folglich hat die Provisorische Regierung die Aufgabe, unverzüglich alle Militäreinheiten, die der alten Regierung dienten, und ebenso die Polizei zu entwaffnen, andererseits aber sofort das revolutionäre Volk zu bewaffnen, um eine

reguläre proletarische Miliz zu bilden, die bereit ist, zu jedem Augenblick erneute Zuckungen der Reaktion niederzuschlagen. Weiter müssen dann alle Beamten der Zarenregierung aus den eingenommenen Positionen, von den höchsten bis zu den niedrigsten, entfernt und die notwendigen Ämter mit bekannten und eindeutigen Anhängern der Revolution und der Interessen des Proletariats besetzt werden, die Regierungskassen und -fonds übernommen sowie eine vorläufige Vermögenssteuer erlassen und Einkünfte für die öffentlichen Angelegenheiten und für den Bedarf von Regierung und Revolution erhoben werden, alle Güter und Vermögen der Zarenfamilie und des Hofstaats, die Regierungsvermögen und die Vermögen der zahllosen Meute von Schmarotzern, wozu auch die Würdenträger des Zaren und die vor der Revolution Geflüchteten zu zählen wären, müssen beschlagnahmt und das Vermögen in den Dienst der Gesellschaft zurückgeführt werden.

Diese Aufzählung der wichtigsten und dringlichsten Funktionen der Provisorischen Arbeiterregierung will nicht als fertige Lösung verstanden werden, die die Arbeiter auswendig zu lernen hätten, um einen Ratschlag in der Tasche zu haben bei den kommenden Schwierigkeiten und Aufgaben. Es geht lediglich darum, dass eine breite Arbeitermasse sich die wichtigsten Aufgaben klar und deutlich vor Augen führt, wenn der Augenblick des Sieges über die Zarenherrschaft gekommen sein wird. Es sind also keine im stillen Kämmerlein erdachten und aus der Phantasie geschöpften Einfälle, sondern Hinweise, wie sie sich aus den Erfahrungen aller bisherigen Revolutionen ergeben. In den bürgerlichen Revolutionen hatte das Volk immer zu siegen verstanden, doch niemals vermocht, den Sieg auch auszunutzen. Wobei insbesondere in der französischen und deutschen Revolution von 1848 die Bourgeoisie, die bereits aufgeschreckt war von der gefährlichen Stärke und den Forderungen des Proletariats, nicht genügend Energie und Mut besessen hatte, um die in der Revolution eroberte politische Freiheit zugleich auf starke Fundamente zu gründen. Deshalb kehrte die geschlagene Reaktion nach einiger Zeit unvermutet an die Machthebel zurück, so hielt sich etwa in Frankreich nach der Revolution von 1848 die Republik noch ganze vier Jahre, bevor Napoleon III. die Herrschaft wieder an sich riss und das Kaisertum ausrief. Um sich vor einer solchen Rückkehr des bereits geschlagenen Feinds – der Zarenregierung – an die Macht zu schützen, ist es unerlässlich, im Proletariat genau zu verstehen, worin die Aufgabe im Moment des Sieges besteht, nämlich schnellstmöglich die Macht zu übernehmen, alle Büttel der Zarenregierung aus den Ämtern zu jagen und sie durch

vertrauenswürdige Leute zu ersetzen, um schließlich die materiellen Machtmittel und -grundlagen in die eigene Hände zu bekommen: Militärkräfte, Finanzen, Steuern und das öffentliche Vermögen.

Das sind die allerersten Tätigkeiten der Provisorischen Regierung, die gebraucht wird als eine bestimmte Gruppe von Menschen, die entsprechend handeln und vorgehen, als ein Zentrum, damit auf dem gesamten Staatsgebiet die Entfernung und Entmachtung der alten Regierung sofort nach einem einheitlichen Zeitplan und mit dem gleichen Erfolg durchgeführt werden.

III

Das ist aber nur die eine Hälfte der Aufgaben für die revolutionäre Provisorische Regierung. Die andere besteht darin, den Boden vorzubereiten für die neuen politischen Zustände. Die Provisorische Regierung, die Ausdruck und Instrument für den Willen des Proletariats ist, ist selbstverständlich verpflichtet, sofort nach dem Sturz der Zarenregierung auf dem gesamten Staatsgebiet diesen Sturz und den Beginn der Republik, also die Beseitigung der Monarchie zu verkünden. Daneben hat das Proletariat als Klasse, die im Kampf vorangeht und die meisten Opfer bringt, das Recht, sofort den achtstündigen Arbeitstag zu verfügen, um den spezifischen Klasseninteressen zu genügen und sich vor wütender Ausbeutung zu schützen. Den achtstündigen Arbeitstags auf dem gesamten Staatsgebiet zu verfügen, ist neben der Ausrufung der Republik, ebenfalls auf dem gesamten Staatsgebiet, die Pflicht der Provisorischen Arbeiterregierung. Doch damit werden im Staat längst noch nicht die neuen Zustände durchgesetzt. Dafür wird es nötig sein, dass die Regierung zunächst einmal fest aufgestellt sein muss, dass entschieden ist, welche Regierung das zu sein hat, in welchen Händen die ständige Gesetzgebung liegen soll, dass die Rechte und Freiheiten für die Presse, für die Organisationen, für Versammlungen, für das Gewissen, kurz, dass die grundlegenden und entscheidenden Rechte angenommen und erlassen werden, die den gesamten neuen politischen Zustand charakterisieren, die den Boden für die politische Freiheit bilden und deren Garantie sind, die zusammengenommen in jedem Staat die Verfassung ausmachen.

Doch wer könnte und sollte über die neue politische Ordnung, über die Verfassung befinden, wer sollte diese verordnen? Natürlich niemand anders

als die gesamte erwachsene Bevölkerung im Staat vermittelt der Menschen, die ihr Vertrauen haben, vermittelt der gewählten Vertreter.

Um die Verfassung auszuarbeiten, zu durchdenken und anzunehmen, ist es nötig, daß sich die Vertreter der Bevölkerung versammeln, wird eine Verfassungsgebende Versammlung, auch kurz Konstituante genannt, gebraucht. Erst diese Versammlung, in der sich Menschen zusammenfinden, die von der erwachsenen Millionenbevölkerung auf dem gesamten Staatsgebiet gewählt werden, besitzt das Recht und die Kraft, zu entscheiden, wie die künftige politische Ordnung im Staat auszusehen hat. Erst sie kann alle bisherigen ZarenGesetze endgültig aufheben und beseitigen, sie kann den Nationalitäten und Konfessionen die Gleichberechtigung geben, sie kann die Beziehung zwischen Staat und Kirche lösen, sie kann einzelnen Provinzen des Staates die Autonomie zusprechen. Mehr noch, erst diese Versammlung, die mit vollem Recht im Namen der Bevölkerung sprechen wird, kann die Verkündung der Republik und des achtstündigen Arbeitstags bestätigen und so die Verordnungen der Provisorischen Regierung in festes und verpflichtendes Recht gießen. Schließlich wird erst diese Versammlung anstelle der Provisorischen Regierung eine ständige Regierung, wie auch immer geregelt, berufen und somit die revolutionäre Periode beenden. Die zweite wichtige Aufgabe der Provisorischen Arbeiterregierung ist also, die Wahlen zu dieser Verfassungsgebenden Versammlung oder Konstituante nach dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts und ohne Unterschied im Geschlecht, in der Nationalität und Konfession auszuschreiben und durchzuführen.

Hier ergibt sich gleich eine Frage, über die nachzudenken lohnt. Denn viele Arbeiter werden jetzt denken, wozu es eine Provisorische Regierung brauche, wenn die einzig angemessene und gerechte Art, um die neue Ordnung im Staat einzuführen, die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung sei, die durch die gesamte Bevölkerung gewählt werde? Wäre es nicht logischer und einfacher, sofort nach der siegreichen Auseinandersetzung mit der Zarenregierung die Wahlen zur Konstituante abzuhalten und dieser dann alle anderen Entscheidungen zu überlassen? – Ein kurzes Nachdenken wird uns zeigen, dass es sich anders verhält. Zunächst einmal muss ein bestehendes Organ, eine bestehende Macht, deren Stimme Gewicht bei der gesamten Bevölkerung hat, die Wahlen zur Konstituante verkünden und absichern. Denn im Moment der entscheidenden Auseinandersetzung der Revolution mit den Resten der Zarenregierung wird, wie üblich in solchen

Momenten, allgemeines Chaos herrschen. Die alte Regierung und deren Herrschaft bestehen bereits nicht mehr, das kämpfende Volk selbst ist eine hunderttausendköpfige, millionenfache Menschenmenge, die über das gewaltige Gebiet des Staates verteilt ist. Um die Wahlen anzusetzen und zu beginnen, ist bereits von vornherein ein bestehendes neues Machtorgan notwendig, das – wenn man es so ausdrücken will – die Führung über die gesamte Bevölkerung übernehmen und zu den Wahlen aufrufen kann. Das reicht allerdings noch nicht. Solche Wahl einer millionenfachen Bevölkerung braucht eine gewisse Zeit, sie lässt sich nicht von heute auf morgen durchsetzen. Erforderlich ist genügend Zeit, auch deshalb, damit die Bevölkerung, die ihre Vertreter in die Konstituante wählt, zugleich gut versteht, was sie von ihren Vertretern erwarten und fordern, welche neue Regierung, welche Gesetze und welche Zustände sie verlangen kann. Während der Wahlen zur Konstituante werden deshalb bereits eine freie und breite politische Agitation mit Hilfe von Schriften und Volksversammlungen sowie gründliche öffentliche Kritik und Diskussion der verschiedenen Programme gebraucht. Nur auf diese Weise wird die breiteste Masse der Bevölkerung gleich nach der Revolution in die Lage versetzt, sich genau klarzumachen, was sie von den Vertretern verlangt, die sie nach reifem Nachdenken und völlig bewusst in die Verfassungsgebende Versammlung wählt. Deshalb liegt auf der Hand, die Wahlen nicht Hals über Kopf, sondern in aller Ruhe und mit der dafür benötigten Zeit durchzuführen.

Ferner benötigen die Beratungen, nachdem die Wahlen beendet sind und die Volksvertreter sich in der Verfassungsgebenden Versammlung zusammengefunden haben, entsprechend ausreichende Zeit. Zum einen hat diese Versammlung eine große Anzahl von Angelegenheiten zu regeln, mit denen der ganze neue politische Zustand im Staat errichtet wird. Zum anderen werden in der Versammlung die Vertreter verschiedener sozialer Klassen, verschiedener Interessen, verschiedener Parteien und Programme nebeneinander sitzen. Zu jedem einzelnen Punkt der abzufassenden Konstitution werden sich hier die unterschiedlichsten Meinungen reiben, wird es Diskussionen geben, solange, bis sich herausgestellt hat, wo die Stimmenmehrheit zu finden ist. Deshalb können, solange die Beratungen der Verfassungsgebenden Versammlung nicht beendet sein werden und bis die neue Verfassung schließlich vereinbart und verkündet wird, selbstverständlich Wochen oder gar Monate ins Land gehen. Bei den bisherigen Revolutionen, in denen die Bourgeoisie bestrebt war, die Herstellung der neuen Zustände möglichst zu

verschleppen, um Zeit zu gewinnen und währenddessen das Proletariat zu entmachten, konnten sogar Jahre vergehen, bis die Konstituante zusammentrat und die neue Verfassung verabschiedet wurde.

Während dieser langen Zeit aber wäre das gesellschaftliche und staatliche Leben unmöglich ohne Regierung, ohne Machtbehörde. Die öffentlichen Angelegenheiten und das öffentliche Leben können nicht einen Tag lang ausgeschaltet werden. Die Steuern müssen regelmäßig von der Bevölkerung erhoben werden, die Gerichte müssen funktionieren und über die Fälle entscheiden, die Schulen müssen geöffnet sein, für die Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten müssen die Beamten, seien sie nun, wie sie seien, ständig verfügbar sein usw. usf. Um aber diesen ganzen Mechanismus zu regeln, ist eine stabile und sofortige zentrale Machtbehörde für das gesamte Staatsgebiet erforderlich, da das Alltagsleben der Millionenbevölkerung unter den Bedingungen des heutigen Staates nicht warten kann, bis die Wahlen zur Konstituante durchgeführt und deren Beratungen beendet sein werden. Deshalb wird sofort eine aus dem Schoß der Revolution hervorgegangene Provisorische Regierung gebraucht, mit der die staatlichen Angelegenheiten geregelt, die Herrschaft ausgeübt sowie das oberste Gericht geführt werden, solange, bis die aus dem Volkswillen hervorgegangene Konstituante neue Zustände geschaffen hat.

Doch es gibt noch einen weiteren Umstand. Solange die Bevölkerung nach dem Sieg der Revolution mit den Wahlen befasst sein wird und ihre Vertreter in der Verfassungsgebenden Versammlung damit befasst sein werden, die neue Verfassung abzufassen, könnten sich die Schiffbrüchigen der alten Zarenregierung und die reaktionären Kreise der Bourgeoisie und des Adels, des Beamtentums und der Armee unbemerkt erneut zusammenschließen und die Reihen stärken, wäre nämlich keine entsprechende Machtbehörde vorhanden, die sie im Zaum halten und ihnen das Messer an die Gurgel setzen könnte. Die Geschichte aller modernen Revolutionen zeigt uns, dass die gestürzten Regierungen und deren Anhänger, sobald die Bevölkerung ihrem Sieg vertrauend sich auf Wahlen einlässt und anschließend auf die Beratungen über die neue Verfassung, immer danach gestrebt hatten, Zeit zu gewinnen, um den konterrevolutionären Anschlag vorzubereiten und die Verfassungsgebende Versammlung wieder auseinanderzujagen. Das geschah so in Deutschland, als nach der siegreichen Märzrevolution 1848 das Parlament solange seine Beratungen hielt, bis die alte Regierung, die besiegt wurde, aber nicht beseitigt worden war, neuerlich zu Kräften kam und das

Parlament nach Hause schickte, den Absolutismus wiedererrichte und für lange Zeit das ganze Werk der Revolution kassierte. Das gleiche geschah in Österreich, wo ebenfalls nach der Revolution von 1848 das Parlament schließlich von der Regierung auseinandergejagt wurde, die nach ihrer ersten Niederlage nicht beseitigt und durch eine starke Revolutionsregierung ersetzt wurde, so dass sie nun innerhalb weniger Monate ihre Kräfte wiederherstellen und die Revolution endlich niederwerfen konnte, indem alle in blutigen Volkskämpfen errungenen Früchte zunichte gemacht wurden.

Um einen solchen Umsturz durch Reaktion und Absolutismus vorzubeugen und um der Konstituante ein ruhiges und sicheres Beraten zu ermöglichen, wird eben eine revolutionäre Provisorische Regierung gebraucht, die die Herrschaft ausübt, die sich um die Bewaffnung des revolutionären Volks kümmert, die auf Ränke und Verschwörung der Reaktion achtgibt, solange nämlich, bis die Konstituante ihr Werk vollbracht und eine neue Regierung und eine neue Verfassung dauerhaft errichtet hat.

So ist die revolutionäre Provisorische Regierung zugleich Wacht und Verteidigungsschild für die Verfassungsgebende Versammlung, die Schildwache, die den Finger am Abzug hält, unter deren Obhut die Bevölkerung sich in Ruhe um die Wahlen ihrer Vertrauensleute kümmern kann und die Volksparlamentarier sich in Ruhe auf die Beratungen zur neuen Verfassung konzentrieren können, ohne den Verrat und den Umsturz des bereits niedergeworfenen Absolutismus fürchten zu müssen. Diese Wacht über das Werk und über die unter blutigen Opfern des Proletariats eroberten Früchte der Revolution muss das Proletariat selbst einsetzen, indem es gleich nach dem Sieg die Provisorische Arbeiterregierung bildet. Natürlich werden nach dem Sturz der Zarenherrschaft nicht nur die Arbeiter über die neuen Gesetze beraten und über die neue Verfassung bestimmen, sondern die gesamte erwachsene Bevölkerung des Staates. Gerechtigkeit verlangt, dass die politische Ordnung, unter der alle leben werden, und dass die Gesetze, die für alle gelten sollen, auch durch den Willen aller entschieden und angenommen werden. Die neue Verfassung abzufassen, ist folglich nicht die Sache einer einzigen Klasse oder Partei, sondern eine der gesamten Bevölkerung, die zu diesem Zweck in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen ihre Abgeordneten für die Verfassungsgebende Versammlung bestimmen. Wenn die Stimmabgabe ansteht, wenn die Meinung über die neuen politischen Zustände gefragt ist, dann ist die gesamte Bevölkerung des Staates aufgefordert. Wenn es jedoch darum geht, die Reste der niedergeschlagenen

Reaktion energisch und mutig zu ersticken und das Werk der Revolution zu beschützen, wenn es um die Tat, um den Mut, um den politischen Scharfblick und um die politische Wachsamkeit bei der Verteidigung des bereits eroberten Siegs geht, dann kann nur jene Klasse die Aufgabe erfüllen, die in der Revolution selbst die Seele der Kämpfe gewesen war, die die Flamme der Rebellion trug, die anderen mit dem beispielhaftem Heldentum den Weg erhellte und die mit ihrem Bewusstsein und ihrer politischen Reife dem gesamten Volk voranging. Diese Klasse ist das sozialistische Proletariat.

So sind also die Provisorische Arbeiterregierung, die als erste Machtstruktur aus dem Schoß der Revolution hervorgeht, und die Verfassungsgebende Versammlung, die von der gesamten Bevölkerung gewählt wird, um unter dem Schutz und der Obhut der Provisorischen Regierung die Verfassung auszuarbeiten, diejenigen Organe, die berufen sind, die Bestrebungen und die Aufgaben der Revolution durchzusetzen, und die die politische Freiheit gleich nach dem Sieg einzuführen haben.

IV

Nachdem wir geklärt haben, was eine Verfassungsgebende Versammlung, was die Konstituante ist und was ihre Aufgaben sind, stellt sich nun eine weitere wichtige Frage: Sollte darauf gedrängt werden, nach dem Sturz des Absolutismus eine allgemeine Konstituante für das gesamte Staatsgebiet einzuberufen, oder sollten die polnischen Arbeiter verlangen, für Polen eine gesonderte polnische Konstituante und für Russland eine gesonderte russische Konstituante einzuberufen?

Die Polnische Sozialistische Partei, also die sogenannte PPS, versucht die polnischen Arbeiter zu überzeugen, dass nicht eine gesamtstaatliche Konstituante für die Russen, Polen und alle Nationalitäten, die im Zarenreich leben, notwendig sei, sondern vielmehr gleich zwei Konstituanten gebraucht würden, die eine in Petersburg für Russland, die andere in Warschau für Polen. Untersuchen wir also gründlich, welche Bedeutung und welchen Wert für das polnische Proletariat die Forderung der PPS nach einer gesonderten Warschauer Konstituante hat.²

2 Auf ihrem 7. Parteitag im März 1905 in Warschau forderte die PPS die rechtsstaatliche

Die Konstituante ist, wie wir wissen, die Versammlung der Abgeordneten, die gleich nach dem Sieg der Revolution durch die gesamte Bevölkerung gewählt werden und die zur Aufgabe haben, eine neue politische Ordnung im Staat auszuarbeiten, an die Stelle der absolutistischen Regierung ein neues Recht und neue Regierungen einzusetzen. So wird jeder verstehen, dass, sollte das polnische Proletariat danach streben, für unser Land gesonderte Rechte und eine andere politische Ordnung als in ganz Russland zu bekommen, es allerdings natürlich und unerlässlich wäre, dann auch zu verlangen, für Polen eine gesonderte Konstituante zu berufen, die dieses gesonderte politische Gefüge ausarbeiten müsste. Anders gesagt, würden die polnischen Arbeiter in der jetzigen Revolution ein gesondertes, ein anderes politisches Programm haben als die russischen Arbeiter, dann wäre es nur zu verständlich, dass sie auch eine gesonderte Verfassungsgebende Versammlung zur Umsetzung dieses Programms bräuchten. Doch welches Programm haben die kämpfenden polnischen Arbeiter in der jetzigen Revolution? Vom ersten Augenblick der ausbrechenden Revolution an tobt der Kampf bei uns in Polen unter derselben Losung wie in ganz Russland. Sturz des Zarenabsolutismus und Errichtung der demokratischen Republik, außerdem der Achtstundenarbeitstag im gesamten Staatsgebiet – das ist das gemeinsame Programm, das gemeinsame Bestreben des bewussten polnischen und russischen Proletariats. Selbst die Einzelheiten des politischen Programms der polnischen und russischen Arbeiter sind selbstverständlich gemeinsame: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht, Presse-, Meinungs- und Gewissensfreiheit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Wählbarkeit der Richter und Beamten, Gleichberechtigung für die Frauen, kostenfreie und obligatorische Volksschule – das alles verlangen die revolutionären russischen Arbeiter genauso wie die polnischen, die jüdischen, die lettischen, die armenischen Arbeiter, kurz, so verlangt es das gesamte Proletariat

Selbständigkeit aller Nationalitäten im Zarenreich, also auch der Polen, die in diesem Fall durch eine aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangene Konstituante in Warschau als höchste rechtsstaatliche Körperschaft näher bestimmt werden sollte. (Siehe PPS-Lewica 1906–1918. *Materiały i dokumenty*. Bd. 1. Warschau 1961. S. 4f.) Die Zusammenkunft wurde erst im Laufe der Beratungen zu einem Parteitag erklärt, wogegen es von einer Reihe Delegierten nicht unerheblichen Einspruch gab. Die im Laufe des Jahres 1906 erfolgte organisatorische Spaltung der Partei nahm auf diesem Parteitag bereits erste Gestalt an, da sich nicht zu übersehende Risse auftaten, die Grundfragen im Verständnis der Revolution betrafen.

im russischen Staat. Das verwundert nicht, denn alle litten und leiden gleichermaßen unter der Ausbeutung der Kapitalisten und unter dem Druck der einen despotischen Regierung. Ihr Klasseninteresse als ausgebeutete und unterdrückte Proletarier ist im gesamten Staat dasselbe – in Polen wie im Kaukasus, in Sibirien wie in Litauen, im Norden Russlands wie im Ural. Folglich sind auch die Bedürfnisse dieselben und die Ziele müssen dieselben sein.

Die Arbeiterklasse kann die Nationalitäten im russischen Staat aus der Hölle des Zarenregimes nur befreien, wenn die Republik errichtet und der achtstündige Arbeitstag im gesamten Staatsgebiet eingeführt wird, wodurch dem gesamten Proletariat zugleich die Möglichkeit eröffnet wird, die grenzenlose kapitalistische Ausbeutung wenigstens etwas einzudämmen und der endgültigen Befreiung, dem sozialistischen System, näherzukommen. Allerdings hätten wir, so wird den Arbeitern erzählt, in Polen noch besondere Bedürfnisse und Interessen, die der russische Arbeiter nicht habe.

Tatsächlich: Die Bevölkerung unseres Landes erlitt und erleidet im Zarenreich noch die besondere Unterdrückung der Nationalität. Das revolutionäre Proletariat, das zum Ziel hat, alle Unterdrückung zu beseitigen, muss auch die Beseitigung der Verfolgung der polnischen Nationalität fordern. Um der Bevölkerung unseres Landes die völlige Freiheit der nationalen Kultur zuzusichern, aber auch, um die ökonomischen und sozialen Bedürfnisse des Landes besser berücksichtigen zu können, verlangt die Sozialdemokratie neben der Republik für das gesamte Staatsgebiet außerdem noch die Landesselbstverwaltung für Polen, also die Autonomie.³ Das bedeutet: Sie fordert, dass in unserem Land in den Schulen, an den Gerichten, bei den Behörden die polnische Landessprache angewendet wird, dass die Stellen in den öffentlichen Behörden durch Einheimische, also durch Polen besetzt werden und nicht durch abgesandte fremde Beamte, die russifizieren, schließlich, dass neben einem Parlament für das gesamte Staatsgebiet, das die Gesetze verabschiedet wird, noch ein ständiger Landtag besteht, der von der polnischen Bevölkerung gewählt und Gesetze in denjenigen Fällen erlassen wird, die ausschließlich Fragen und Bedürfnisse des Landes

3 Bezieht sich auf die Punkte 1 und 2 in dem programmatischen Text »Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens«, den Rosa Luxemburg und Leo Jogiches bereits 1904 geschrieben und veröffentlicht hatten und der dann während der Revolution Anfang 1906 aktualisiert wurde. (Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 2. 6., überarb. Aufl. Berlin 2004. S. 53 ff.)

betreffen. Folgt aber daraus, dass die polnischen Arbeiter tatsächlich ihre besonderen Bedürfnisse und Ziele haben, die die russischen Arbeiter nicht kennen, dass deshalb eine gesonderte Konstituante nötig wäre, um diese Bedürfnisse zu berücksichtigen? Wer so etwas sagt, verunglimpft die russischen Arbeiter! Denn die Beseitigung der Unterdrückung der Nationalität gegenüber den Polen ist nicht nur eine Forderung des polnischen Proletariats, sondern ohne Abstriche ebenso des russischen Proletariats. Im Programm der russischen Sozialdemokratie betrifft ein Punkt die Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Zarenreich, die Beseitigung aller sie benachteiligenden Gesetze und die Sicherstellung der völligen Freiheit der nationalen Existenz und der Kultur für jede Nationalität.⁴ Allerdings fordern die bewussten russischen Arbeiter Freiheit und Selbstverwaltung für die anderen Nationalitäten im Staat nicht aus reiner Gefälligkeit oder aus Gerechtigkeitssinn. Denn die eigene Haut ist hierbei nicht weniger betroffen als das Schicksal der heute unterdrückten Nationalitäten. Die Unterdrückung der Polen, die Verfolgung der Juden, Armenier und Letten war stets nur ein Ausdruck für die allgemeine Politik des Zarendespotismus. Die Zarenregierung stärkte die Herrschaft über alle Nationalitäten und über das russische Volk selbst, indem sie die verschiedenen Nationalitäten verfolgte, mittels unterschiedlicher Gesetze voneinander trennte, die eine Nationalität gegen die andere aufhetzte. Und das betrifft nicht nur Russland, denn in allen heutigen Staaten, in denen es zur Unterdrückung der Nationalität gegenüber der Bevölkerung der eroberten Länder kommt, ist die Regierung zugleich ein Feind der Arbeitersache, versucht ebenso, die arbeitende Bevölkerung der eigenen Nationalität zu unterdrücken. Der auf die eroberten Nationalitäten ausgeübte Druck ist nur das eine Ende des Knüppels, das andere Ende trifft den Rücken des Proletariats der im Staat herrschenden Nationalität. Wir brauchen gar nicht lange nach weit entfernten Beispielen suchen. Bei

4 Im Paragraph sieben wurde die Gleichberechtigung der Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, des Glaubens, der Rasse und der Nationalität gefordert, im Paragraph acht wurde das Recht auf Schulunterricht in den Nationalsprachen und überhaupt die auf dem jeweiligen Gebiet gleichberechtigte Rolle der eigenen Sprache gegenüber der Staatssprache herausgestrichen. Im Paragraph neun allerdings wurde das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen im Russischen Reich gefordert. Mit dieser Position setzte sich Rosa Luxemburg entschieden und systematischer auseinander im ersten Kapitel ihrer 1908/1909 geschriebenen Arbeit »Nationalitätenfrage und Autonomie«. (Siehe Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Hrsg. u. übers. von Holger Politt. Berlin 2012. S. 43–83.)

uns im Land ist die Bevölkerung überhaupt und insbesondere die Arbeiterbevölkerung mehrheitlich polnisch-katholisch, die Juden bilden lediglich eine kleine Minderheit. Dennoch stehen die bewussten polnischen Arbeiter, sollte die Zarenregierung mit Hilfe ihrer Polizeiaagenten versuchen, den sozialen Abschaum zu Judenpogromen anzustacheln, den Juden solidarisch bei und verabreichen den Polizeihetzern oftmals eine blutige Tracht Prügel.

Doch wäre es im Interesse der Arbeiterklasse, wenn die polnischen Arbeiter erklärten, der Kampf gegen die antisemitische Hetze sei nicht ihre Sache, sondern Sache der Juden? Jeder Arbeiter wird sofort einwenden, dass nicht, denn jeder spürt und versteht nur zu gut, dass er, wenn er sich der verfolgten Juden annimmt, nicht eine fremde, sondern seine eigene Sache verteidigt, dass er sich nicht vom Mitleid oder von »christlicher« Nächstenliebe leiten lässt, sondern von einem gut verstandenen Klasseninteresse des Proletariats. Denn in dieser Hinsicht ist jedem bewussten Proletarier klar, dass ihm morgen das gleiche widerfahren könnte, was dem anderen heute zustößt. Die Regierung, die heute imstande ist, die Juden wegen der Religion oder Rasse brutal zu verfolgen, wird morgen sicher die Sozialisten genauso brutal verfolgen wegen der Überzeugung. Außerdem versteht heute jedes Kind, dass die Verfolgung der Juden für die Zarenregierung nur ein Vorwand ist, ein Mittel zum Zweck. Es geht ihr im Grunde genommen gar nicht darum, die jüdische Rasse oder Kultur auszutilgen. Das Zarentum wäre sogar selbst bereit, Juden, wären keine vorhanden, ausfindig zu machen und herbeizuschaffen. Denn es geht in Wirklichkeit darum, mit der antisemitischen Hetze die christliche von der jüdischen Bevölkerung abzugrenzen und abzusondern, die Solidarität und Klassenbrüderschaft zwischen dem christlichen und jüdischen Proletariat zu unterbinden, sie in zwei Lager zu entzweien, die sich gegenseitig hassen, wodurch die Kräfte sowohl der einen wie der anderen geschwächt werden, damit schließlich das Zarentum durch das Schüren von Hass gegen die Juden, durch ihre Bekämpfung und durch das Verbreiten der Auffassung, wonach die Juden die Ursache für alle Missstände seien, den gegen sich selbst als dem eigentlichen und hauptsächlichen Täter gerichteten Hass sowie den Kampf der christlichen Bevölkerung abwenden kann. Kurz gesagt, die Verfolgung der Juden ist für die Zarenregierung geradezu ein Mittel, um polnisches wie russisches Proletariat zu verdummen und zu demoralisieren.

Genauso verhält sich die Sache bei der Verfolgung der polnischen Nationalität. Die Bedrückung der Polen ist ein seit vielen Jahren bekanntes Mittel,

um unter der polnischen und russischen Bevölkerung gegenseitigen Hass zu säen, damit das Volk der einen Nationalität mit dem anderen in Unfrieden lebt, statt vereint gegen den Absolutismus vorzugehen. Der Zarenherrschaft war daran gelegen, an einer Legende Polens zu stricken, als ob nun aller Protest gegen die Zarenherrschaft immer »polnische Intrige« sei, ein Werk »polnischer Aufrührer«, damit die Auflehnung und der Kampf gegen den verbrecherischen Zarendespotismus in Russland wie in Polen erdrückt werden soll. Kurz, auch hier soll die Verfolgung der fremden Nationalität vor allem darauf hinauslaufen, die eigene und die fremde Bevölkerung zu ver-dummen und zu demoralisieren. Die Ziele der Nationalitätenpolitik im Zarenreich kamen übrigens ganz deutlich zum Vorschein, als in den letzten Monaten des Revolutionsjahres die Zarenbanditen, um die großartige revolutionäre Bewegung des Proletariats im Kaukasus niederzuringen, mittels Agenten eine schreckliche Metzelei zwischen tatarischer und armenischer Bevölkerung provozierten.⁵

Demzufolge ist klar, dass solche Fragen wie die Unterdrückung der Nationalität oder der Religion gemeinsame Angelegenheiten für das gesamte revolutionäre Proletariat im Staatsgebiet, also nicht bloße Hausangelegenheiten bei Polen, Litauern, Letten, Armeniern, Juden, Katholiken oder Unierten usw. sind, für die dann jede dieser Nationalitäten oder jede dieser Glaubensrichtung einzeln, auf eigene Rechnung kämpfen müsste. Wäre es so, dann bräuchte es, um diese Fragen zu lösen, nicht zwei Konstituanten, wie die PPS es verlangt, also eine polnische und eine russische, sondern ein halbes oder ein ganzes Dutzend: eine polnische, russische, litauische, lettische, armenische, tatarische, jüdische usw. Konstituante, denn was gut und richtig für die Polen ist, müsste auch Litauen, Livland, den Juden und dem Kaukasus zugestanden werden. Es ist klar, dass entsprechend dem Plan und nach Ansicht der PPS die Frage der Schaffung einer neuen politischen Ordnung gleich nach dem Sieg der Revolution sich in so viele Einzelgruppen aufspalten wird, wie es Nationalitäten im russischen Staat gibt. Das aber würde bedeuten, die Frage der Einführung von politischer Freiheit nach dem Sturz des Absolutismus sofort auf den Boden gegenseitiger Feindschaft und besonderer Interessen der verschiedenen Nationalitäten zu stellen, also

5 Bezieht sich auf die schweren Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Tataren in der in Aserbaidshan liegenden Stadt Jelisawetpol (heute Găcä), die am 24. Dezember 1905 kulminierten und große Teile der Stadt zerstörten sowie mindestens 2000 Menschen das Leben kosteten.

genau auf jenen Nährboden, auf dem die Politik im verendeten Zarenreich stand und den sie anzustreben suchte. Sollte also das Proletariat dem Rat und den Anweisungen der PPS folgen, würden sich später die Herren Trepow, Plewe und Murawjew im Grabe ins Fäustchen lachen, weil das revolutionäre Proletariat auf dem Grabhügel ihrer einstigen Herrschaft alsbald die gleichen Grundsätze anzuwenden pflegt, die sie mit ihrer blutigen Politik in die Tat umzusetzen suchten, um Revolution und Proletariat zu erdrosseln.⁶

In Wirklichkeit strebt in Russland nicht nur das bewusste Proletariat danach, alle Bedrückung und Verfolgung der polnischen Nationalität zu beseitigen, sondern selbst die liberale russische Bourgeoisie tut das. Es ist Tatsache, dass selbst diese jämmerlichen und gemäßigten liberalen Parteien, die jetzt in Russland zugange sind, in ihren Programmen Polen in irgendeiner Form die Selbstverwaltung und kulturelle Freiheit zusprechen, und zwar alle Parteien, angefangen von der Radikaldemokratie und der gemäßigten Konstitutionell-demokratischen Partei bis hin zu der Partei, die bereits der Reaktion nähersteht als dem Liberalismus, dem sogenannten Bund des 30. Oktobers, dessen Programm das berühmte Zarenmanifest selbigen Datums ist.⁷ Denn die liberalen bürgerlichen Parteien verstehen immerhin, dass die Regierung in einem zukünftig reformierten Russland mit politischer Freiheit, wenn sie weiterhin die fremden Nationalitäten unterdrückt, letztlich auch die eigene russische Nation unterdrücken wird. Selbst die liberale Bourgeoisie versteht folglich, dass die Interessen der Polen als Nationalität und die der Russen keine gesonderten und sich feindlich gegenüberstehenden, sondern solidarische sind. Für das Proletariat allerdings ist die Beseitigung aller Unterdrückung der Nationalitäten und die Gewährleistung der unerlässlichen politischen Rechte für alle Nationalitäten auf dem gesamten Staatsgebiet, damit sie sich kulturell unbehelligt entfalten können, ein gemeinsames Klasseninteresse und das gemeinsame Programm für alle Arbeiter im Staatsgebiet ohne Unterschied in der Nationalität.

6 Dmitri Trepow (1855–1906) war von Mai bis Oktober 1905 als stellvertretender Innenminister zuständig für Polizei und Gendarmerie im Zarenreich; Wjatscheslaw Plewe (1846–1904) war von 1902 bis 1904 Innenminister und wurde in St. Petersburg bei einem Attentat getötet; Nikolaj Murawjew (1850–1908) war von 1894 bis kurz nach Ausbruch der Revolution im Januar 1905 Justizminister und Generalstaatsanwalt.

7 Eigentlich Bund des 17. Oktober, die sogenannten Oktjabristen. Benannt nach dem 17. (30.) Oktober 1905, an dem der Zar sein berühmtes Oktobermanifest verkünden ließ.

V

Wenn also, wie gesehen, Programm und Aufgaben für die polnischen und russischen Arbeiter in der jetzigen Revolution vollkommen gleich sind, ohne allerdings die gesonderten Gesetze der Landesselbstverwaltung, also die Autonomie für das Königreich Polen auszuschließen, dann folgt daraus logisch, dass auch der Kampf für die Verwirklichung dieser Aufgaben ein gemeinsamer sein muss. Heute versteht das eine gewaltige Masse polnischer Arbeiter, denn seit dem ersten Ausbruch der Revolution, seit jener unvergesslichen Metzerei in Petersburg vom 22. Januar 1905, rührt sich das polnische Proletariat nach jedem revolutionären Signal aus Russland, beteiligt sich an jedem Generalstreik, an jeder revolutionären Demonstration, wie etwa am Jahrestag der Petersburger Metzerei am 22. Januar, an jeder politischen Aktion, wie etwa am revolutionären Boykott der Zarenduma, und bereitet sich vor auf den gemeinsamen bewaffneten Aufstand.⁸

Anders gesagt, die jetzige Revolution in Russland und in Polen ist die eine und dieselbe, sie ist unteilbar, das polnische und russische Proletariat bilden in ihr die Abteilungen einer und derselben Armee, die nach einem gemeinsamen Plan kämpft, die sich an die gemeinsame Taktik hält, die gemeinsame Schlachten ausficht und die gemeinsamen Kampfpausen nutzt, um sich weiter zu rüsten. Das Gefühl der revolutionären Gemeinschaft mit dem russischen Proletariat ist bereits so in Fleisch und Blut der polnischen Arbeiter eingegangen, dass die PPS, die vor der Revolution zwölf Jahre lang für die Abgrenzung der polnischen von der russischen Arbeiterklasse gewirkt hatte, gezwungen wurde, die Waffen niederzustrecken, und nunmehr zugibt, der revolutionäre Kampf sei ein gemeinsamer für das Proletariat in Polen und Russland.

Wenn die PPS gleichwohl den polnische Arbeitern einredet, sie sollten nach dem Sieg über den Absolutismus eine gesonderte polnische Konstituante fordern, sich also von den russischen Arbeitern absondern, dann gesteht sie damit ein, dass die Konstituante das Ende des Kampfes, das Ende der Revolution sei. Zwar gelte es, gemeinsam zu kämpfen, so nun wieder die PPS, doch könne jeder nach Hause zurückkehren, sobald die Schlacht

8 Siehe dazu jeweils entsprechende Beiträge in Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Hrsg. u. übers. von Holger Politt. Berlin 2015. Zur vieldiskutierten Frage des bewaffneten Aufstands insbesondere den Beitrag »Zum Kampf gegen die ›Konstitution‹ der Knute« (S. 133–140).

geschlagen sei, um dort zu versuchen, die Früchte des Kampfes auf eigene Faust zu genießen.

Die Arbeiter sollten auf diese Auffassung von der Konstituante und ihrer Bedeutung besonders achten, denn es ist eine grundsätzlich falsche und rein bürgerliche Auffassung.

Wir führten bereits an, dass in allen bisherigen bürgerlichen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich sich folgende charakteristische Tatsache nachweisen ließ. Sobald der Sieg über die alte Regierung errungen war, verkündete die Bourgeoisie, die Revolution sei nun vorbei, und ging daran, die Arbeiter zu entwaffnen, indem sie ihnen erklärte, die Waffen würden jetzt nicht mehr gebraucht. Für gewöhnlich ging das mit der Ausrede einher, jetzt, wo der Feind besiegt sei, komme die Zeit für die Verfassungsgebende Versammlung, jetzt werde die Konstituante alles das erledigen, was nötig sei, sie werde die neue ideale politische Ordnung errichten! Die Konstituante – so die Bourgeoisie gewohntermaßen – sei doch schließlich die Versammlung der vom Volk selbst, also der von der ganzen Nation gewählten Männer. Deshalb drücke in der Konstituante bereits das ganze Volk aus, was es wolle. Was die Konstituante beschließe, sei höchster Ausdruck für Volkes Willen und damit heilig, dem dürfe sich nicht entgegengestellt und das dürfe nicht behindert werden. Also nieder mit den Waffen, nieder mit dem Straßenkampf, nieder mit der revolutionären Agitation und den revolutionären Gewerkschaften – in der Konstituante ergreife das ganze Volk die Stimme, so dass weiterer Kampf und revolutionäre Agitation ein Verbrechen sei und Anarchie bedeuteten. Unter diesem Vorwand erfolgten nun jedes Mal die sofortige Entwaffnung des revolutionären Proletariats und die sofortige Bewaffnung der bourgeoisen Bürgermilizen, damit »Ruhe und Ordnung« vor den Exzessen der Anarchie geschützt werde, womit unter der Losung der Konstituante immer der Verrat am Arbeitervolk vorbereitet und dieses um die Früchte des Kampfes gebracht wurde.

Dem ersten Anschein nach mag es verwundern, dass die der Arbeiterklasse feindliche Bourgeoisie die Gesetzgebende Versammlung so verherrlichen kann, die ja tatsächlich Ausdruck des Volkswillens ist, soweit sie aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangen ist. Immerhin verlangt auch die Sozialdemokratie in Russland wie in Polen seit Beginn der Revolution die Verfassungsgebende Versammlung, damit das Volk endlich in die Lage versetzt wird, über sein Schicksal mitzusprechen und mitzubestimmen.

Das ist auch alles richtig, doch die Sozialdemokratie hat weder sich noch anderen jemals vorgemacht, dass die Verfassungsgebende Versammlung, sobald sie gewählt ist, ein wahrhaftiger Ausdruck für die Bestrebungen und Bedürfnisse des am meisten bewussten und revolutionärsten Teils des Arbeitervolks sein könnte. Im Gegenteil, es wäre ein grober Fehler, zu erwarten, dass nach gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen lauter Revolutionäre oder Verteidiger der Interessen des Proletariats in die Konstituante einziehen würden. Denn zusammen mit dem arbeitenden Volk wählen auch die Fabrikanten, Kaufleute, Großgrundbesitzer, das Kleinbürgertum, die wohlhabenden Bauern, die Geistlichkeit usw. ihre Vertreter. Auch wird ein sehr großer Teil unter denjenigen, die von der gewaltigen Masse des städtischen und ländlichen Proletariats gewählt werden, im politischen Sinne unaufgeklärt oder nur halbwegs aufgeklärt sein. Kein Arbeiter-Sozialist sollte sich täuschen, als ob die Mehrheit unseres Arbeitervolks bereits aus fertigen und klassenbewussten Revolutionären bestünde. Ein großer Teil von denen, die heute unter der Fahne der Revolution tapfer streiten und nur zu gut verstehen, dass die Zarenherrschaft gestürzt werden muss, wird morgen überhaupt nicht verstehen, welche politische Ordnung eigentlich anstelle der Zarenherrschaft eingeführt werden muss, so dass sie leicht den schönen Worten der bürgerlichen Demagogen und Bauernfänger auf den Leim gehen werden. Selbst in Deutschland, wo es die stärkste sozialdemokratische Partei gibt, die bereits seit vierzig Jahren in politischer Freiheit agitiert und seit dreißig Jahren allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen kennt, ohne dass sie es bisher geschafft hätte, für das Arbeitervolk eine Mehrheit zu erringen, verfügen die bürgerlichen Parteien zusammengenommen noch immer über eine Stimmenmehrheit. Umso weniger kann so etwas erwartet werden bei einer allerersten Wahl zur Konstituante, weil nämlich die Arbeiterbevölkerung in Polen und in Russland im Wahlkampf und im Parlamentsleben noch unerfahren und ungeübt ist. Deshalb hatte es die Bourgeoisie in allen Revolutionen bisher immer so eilig mit der Konstituante, denn sie wusste, dass, sobald der Straßenkampf aufhört und die Beratungen und Abstimmungen einsetzen, die Bourgeoisie dem Proletariat überlegen sein wird, denn in der Konstituante oder im Parlament wird das erste beste Advokatengroßmaul, das keinen Pffifferling wert ist, bisweilen zehn Abgeordnete der Bauern oder Arbeiter in Grund und Boden reden.

Aus alldem folgt nun, dass die Konstituante keine Versammlung sein wird, in der uns gebratene Tauben in den Mund fliegen werden, vielmehr wird sie das Feld eines neuen scharfen Kampfes für die Interessen und Forderungen des Proletariats sein. Wer die kämpfenden Arbeiter nicht täuschen möchte, der muss von vornherein offen sagen, dass in der Gesetzgebenden Versammlung die Vertreter des bewussten sozialistischen Proletariats vom ersten bis zum letzten Augenblick eine verbissene Auseinandersetzung führen werden mit den Vertretern der Bourgeoisie sowie mit den Vertretern aus jenen Kreisen des Volkes, die durch die Bourgeoisie in politischer Zurückgebliebenheit gehalten werden, ein Kampf um jeden und noch so kleinen Schritt: um die Republik, um die Landesselbstverwaltung, um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, um die Gewissensfreiheit, um das Koalitionsrecht für die Arbeiter, um den achtstündigen Arbeitstag, um die politischen Rechte für die Frauen, um die kostenlose Volksschule – mit einem Wort, ein Kampf um das gesamte Programm der drängendsten Aufgaben der Sozialdemokratie.⁹ Alles das, was wir heute auf der Straße, bei den Generalstreiks, inmitten der Demonstrationen unter roten Fahnen und in blutigen Straßenkämpfen verkünden, muss anderntags, nach dem Sturz der Zarenregierung, im Plenarsaal der Gesetzgebenden Versammlung gegen die Vertreter der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und des zurückgebliebenen Teils des Volks erkämpft werden. Kurzum, die Konstituante ist nicht das Ende der Revolution, sondern mit ihr wird die zweite Hälfte eröffnet, die zweite Phase der Revolution; nach dem Sturz des Absolutismus, hinter dem sich die Bourgeoisie versteckte, beginnt dann der bereits offen und direkt ausgetragene Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und für das Programm der Revolution.

Wir sagen, dass der Kampf in der Konstituante im Namen der Klasseninteressen und des Programms des Proletariats die Fortsetzung der Revolution ist, denn in dieser zweiten Phase geht der Kampf nicht restlos über in die Hände der wenigen Dutzend oder wenigen Hundert Abgeordneten, die vom Volk in die Konstituante gewählt werden, er geht nicht völlig von der Straße in den geschlossenen Versammlungssaal über. Die ganze große Masse des revolutionären Volks darf und kann diesmal nicht, wie in den bürgerlichen Revolutionen, mit Beginn der Beratungen in der Konstituante die Waffen strecken, auseinandergehen und zu alltäglicher Lohnarbeit zurückkehren,

9 Bezieht sich im Falle der polnischen Sozialdemokraten im Zarenreich auf den bereits erwähnten Text »Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens.« (Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 2. S. 37–89.)

sie darf nicht von der Bildfläche verschwinden, um abzuwarten, was die Konstituante dann beschließen werde. Im Gegenteil, die ganze Masse des Proletariats muss in Schlachtordnung bleiben, die Augen achtsam gerichtet auf die Konstituante, muss durch ihre Stärke ständigen Druck auf die Bourgeoisie ausüben, muss das mit Demonstrationen unterstreichen, muss die Forderungen der Arbeitervertreter in der Konstituante mit unablässiger Massenagitation auf der Straße unterstützen. Denn sollte die bürgerliche Mehrheit in der Konstituante, indem sie die Beratungen künstlich aufbauscht oder andere Kunstgriffe zur Hilfe nimmt, die Ziele der Revolution völlig verraten oder sich mit den Überresten der Zarenregierung verständigen, muss das Proletariat mit dem Mittel des Generalstreiks, im äußersten Fall sogar durch das Auseinanderjagen der Konstituante und durch Neuwahlen zeigen, dass das Volk die Waffen noch nicht gestreckt hat und den Verrat an der Revolution nicht zulassen wird.

Jetzt wird der Leser verstehen, weshalb wir gleich zu Beginn davon gesprochen haben, wie notwendig die Provisorische Arbeiterregierung ist, die sofort das Proletariat gebührend zu bewaffnen und über die Wahlen zur und über die Beratungen in der Verfassungsgebenden Versammlung zu wachen hat. Für den Sieg des Proletariats ist, wie in der ersten, so auch in der zweiten Phase der Revolution, die Organisation eine unerlässliche Bedingung, die die Stärke und den Klassenwillen zum Ausdruck bringt. Das Organ für die Stärke und den Willen des Proletariats sollte sofort nach dem Sturz des Absolutismus die Provisorische Arbeiterregierung sein, unter deren Leitung, bei gleichzeitigem unmittelbarem Druck der Massen, der Kampf um die Ziele der Revolution in der Verfassungsgebenden Versammlung geführt werden muss.

Wenn wir nun also sehen, dass die Konstituante nicht die Revolution beendet, sondern eine neue Etappe, ein neues revolutionäres Kampffeld ist, dann wird klar, dass wie bisher auch bei diesem Kampf die polnischen Arbeiter in der einen geschlossenen Armee mit den russischen Arbeitern gemeinsam vorzugehen haben, dass die Trennung in zwei einzelne Armeen, die in zwei abgesonderten Konstituanten zu kämpfen hätten, die Klassenstärke sowohl der einen wie der anderen schwächt. Weil das polnische Proletariat sich nicht vom russischen abgesondert hat bei den Generalstreiks, den Demonstrationen, beim Boykott der Zarenduma, weil es sich nicht absondern wird bei den kommenden Straßenkämpfen, kann und wird es sich auch nicht in der Konstituante von seinen russischen Brüdern absondern,

denn auch hier ist erneut das Kampffeld für dieselben Ziele gegeben – für die Republik und den achtstündige Arbeitstag. Wie es ein Verrat an der Revolution wäre, falls sich die polnischen Arbeiter von der Teilnahme am Generalstreik auf dem gesamten Staatsgebiet abgrenzen würden, um ein andermal einen eigenen »polnischen« Generalstreik durchzuführen, so wäre es auch ein Verrat an der gemeinsamen Sache der Revolution, falls sich die polnischen Arbeiter von den russischen Arbeitern absondern würden, indem sie eine gesonderte »polnische« Konstituante forderten.

Nun könnte eingewendet werden, der Kampf in der Konstituante sei nicht mehr gegen die Regierung, sondern nur noch gegen die Bourgeoisie gerichtet, so dass wir doch wohl selbst am besten mit unserer Bourgeoisie zurechtkommen würden, so wie die russischen Arbeiter mit ihrer Bourgeoisie. Zunächst einmal wäre unsere Absonderung von der russischen Revolution im Kampf gegen die Bourgeoisie bereits deshalb vergeblich, weil unsere Bourgeoisie ganz und gar nicht daran denkt, sich von der russischen Reaktion zu lösen. Im Gegenteil, so wie heute unsere Bourgeoisie eiligst zur Zarenduma drängt, so wird sie sich nach dem Sturz der Zarenherrschaft auf jeden Schritt mit dem reaktionären Teil der russischen Bourgeoisie zusammentun, um das Proletariat auf dem gesamten Staatsgebiet erdrosseln zu können. Ferner schöpft unser Proletariat auch im Kampf gegen die polnische Bourgeoisie seine Kraft aus der Verbindung mit dem russischen Proletariat zu der einen gewaltigen Klasse. Die Absonderung, um auf eigene Faust im Einflussbereich der eigenen »Nation« zu kämpfen, würde die Arbeiterklasse sofort schwächen und lähmen.

Wie bedeutend der Klassenzusammenhalt für das Proletariat ist, wird überall bereits durch den Gewerkschaftskampf verdeutlicht. Der jetzige Kampf der Schneider oder Schuhmacher in Warschau und Łódź für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist zunächst einmal die Sache des jeweiligen Berufsstandes, denn bei diesem Kampf geht es darum, den Widerstand einiger Dutzend Meister und Fabrikanten zu brechen. Doch die Arbeiter-Schuhmacher und Arbeiter-Schneider wären niemals in der Lage, sofort einen so mächtigen Druck auf die Handvoll ihrer Ausbeuter auszuüben, wie wir ihn jetzt erleben, wären es nicht die Zeiten der Revolution, wären also die Teilaktionen der Berufsstände von Schneidern und Schuhmachern gegen die scheußliche Ausbeutung durch das Kapital nicht Teil der gesamten gewaltigen Klassenaktion des Proletariats, stünde hinter den wenigen Tausend Schuhmachern und Schneidern nicht geschlossen das gesamte

revolutionäre Proletariat, dessen Macht und Schrecken seit anderthalb Jahren alle Ausbeuter umtreibt.

Genauso ist auch der Druck des Proletariats auf die gesamte polnische Bourgeoisie umso größer, je mehr und je enger unser Proletariat mit dem russischen Proletariat verbunden bleibt, so wie auch die Stärke und der revolutionäre Geist des russischen Proletariats im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zunehmen, sobald das polnische Proletariat am Kampf beteiligt ist. Die Interessen der Revolution und des Klassenkampfes erfordern mithin auch für die zweite Hälfte der Revolution, für die Konstituante, ganz wie bisher das geschlossene Auftreten des Proletariats auf dem gesamten Staatsgebiet. An dieser Stelle müssen wir einen weiteren Beweis erörtern, den die PPS für die Notwendigkeit einer gesonderten polnischen Konstituante anführt. Sie behauptet: Die Abgeordneten aus dem Kaukasus, aus Sibirien oder aus den Tiefen Russlands könnten sich in unseren örtlichen Angelegenheiten beim besten Willen nicht auskennen, weshalb über die Angelegenheiten unseres Landes die Bevölkerung unseres Landes selbst beratschlagen solle, so dass wir eine gesonderte Verfassungsgebende Versammlung fordern müssten.

Soweit tatsächlich reine örtliche Angelegenheiten in unserem Land zu entscheiden sind, etwa bei solchen Fragen, ob eine neue Eisenbahnstrecke zu bauen sei oder nicht, ob in einer bestimmten Stadt eine neue Schule aufzumachen sei oder welche Lehrfächer an der Universität in Warschau zu lehren seien, kann die örtliche Bevölkerung dies tatsächlich am besten tun. Deshalb verlangt die Sozialdemokratie neben der Republik für das gesamte Staatsgebiet auch die Landesselbstverwaltung, also die Autonomie für Polen, mit einem Landtag, der durch die Bevölkerung im Land gewählt wird und der ständig Gesetz zu verabschieden haben wird, die ausschließlich die örtlichen Alltagsfragen der Bevölkerung betreffen.¹⁰

Doch auf die Verfassungsgebende Versammlung, also auf die Konstituante, die die Ziele der jetzigen Revolution zu verwirklichen hat, kommen andere Aufgaben zu. Ihr Ziel ist die Festlegung der grundlegenden allgemeinen und unveränderlichen politischen Rechte wie Einführung der

10 Diese Aussage bezieht sich auf die entsprechende Passage in dem Text »Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens« (Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 2. S. 54–56). Die ausführliche Darlegung erfolgte später – 1908/1809. (Siehe Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Berlin 2012. S. 185–246.)

Republik, der Meinungs-, der Presse-, der Gewissens-, der Koalitions- und Versammlungsfreiheit, der Gleichberechtigung aller Nationalitäten, des achtstündigen Arbeitstages usw. Bei all diesen Angelegenheiten, mit denen die politische Freiheit durchgesetzt wird, handelt es sich nicht um irgendeine örtliche Angelegenheit in Polen, im Kaukasus oder in Sibirien, sondern um die Interessen des gesamten Proletariats, dass für diese Rechte kämpft. Sobald es aber um Arbeiterinteressen geht, wird der von den bewussten Arbeitern gewählte Abgeordnete nicht nur aus Sibirien oder dem Kaukasus, sondern auch aus Japan oder Australien sich besser auskennen in unseren, also in den Arbeiterangelegenheiten, als unser polnischer Vertreter der bürgerlichen Halsabschneider, als der »Nationaldemokrat« oder was für ein »nationaler« Feind des Proletariats auch immer. In der Konstituante wird es also nicht darauf ankommen, woher die gewählten Vertreter kommen, ob nun aus Polen, Russland, Livland oder dem Kaukasus, sondern darauf, auf wessen Seite sie stehen – ob auf der Seite der Ausbeuter-Fabrikanten und der Großgrundbesitzer oder ob auf der Seite der Ausgebeuteten. Anders gesagt, in der Konstituante, also bei der Festlegung der grundlegenden politischen Freiheitsrechte, spielen nicht die Interessen bestimmter Staatsgegenden eine Rolle, die überall andere sind und bei denen sich nur die auskennen können, die aus diesen Gegenden stammen, sondern die Klasseninteressen der Arbeiter, die dieselben sind im gesamten Staatsgebiet und gegen die sich die Bourgeoisie gleichfalls im gesamten Staatsgebiet auflehnen wird.

Wir hatten zuvor bereits geklärt, dass die Ziele und Bedürfnisse der polnischen Arbeiter in der jetzigen Revolution vollkommen übereinstimmen mit den Zielen und Bedürfnissen der russischen Arbeiter, darin eingeschlossen auch die Verteidigung der polnischen Nationalität, also die Durchsetzung der Landesselbstverwaltung, der Autonomie für Polen. An dieser Stelle muss noch hinzugefügt werden, dass alle Ziele und Bedürfnisse der polnischen Arbeiter, deren Umsetzung wir von der Konstituante verlangen müssen, den Interessen und Bestrebungen der polnischen Bourgeoisie geradezu entgegenstehen.

Die Vertreter der polnische Arbeiter müssen in der Konstituante die Republik fordern, also die völlige Beseitigung von Thron und Zarenmacht; die gesamte polnische Bourgeoisie hingegen will die Beibehaltung der Zarenmacht und diese lediglich begrenzen durch eine Verfassung. Die Nationaldemokratie, die jetzt an der Spitze der polnischen bürgerlichen Reaktion steht, hat in ihrem Wahlprogramm deutlich und offiziell erklärt, der Zar

möge »den Eid auf die künftige Verfassung schwören«, was bedeutet, sie möchte eine Verfassung mit dem Zaren.¹¹

Weiterhin werden die Vertreter der polnischen Arbeiter verlangen, den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, doch unsere Bourgeoisie will, wie wir wissen, davon nichts hören, so dass sich die Vertreter der Fabrikanten, Meister, Kaufleute und des polnischen Adels heftig gegen dies Forderung aussprechen werden.

Sodann müssen die Abgeordneten unserer Arbeiter von der Verfassungsgebenden Versammlung ein unbegrenztes Koalitions- und Streikrecht für das gesamte Stadt- und Landproletariat, für Männer wie Frauen verlangen. Unterdessen werden die Vertreter der polnischen Ausbeuter, denen Streiks, Arbeiterkoalitionen und der ganze Kampf unseres Proletariats zur Verbesserung der Existenzbedingungen ein Dorn im Auge sind, sich immer mit allen Kräften bemühen, das Recht auf Arbeiterkoalitionen zu beschneiden, indem sie nun wieder die Landarbeiter davon ausschließen, den Frauen den Beitritt zu den Gewerkschaften verbieten, die Streikbrecher rechtlich zu schützen suchen usw.

Also müssen die durch das polnische Arbeitervolk gewählten Vertreter bei der Einführung der künftigen politischen Freiheit immerzu die Vertreter der polnischen Ausbeuter wie Todfeinde bekämpfen, auch wenn die nun aus Polen und nicht aus dem Kaukasus oder Sibirien stammen.

Doch am interessantesten ist, dass das gleiche Spiel auch aufgeführt werden wird, sobald es um die Frage geht, für Polen die Landesselbstverwaltung einzuführen. Man könnte zwar vermuten, dass zumindest bei diesem Punkt, der sich auf die Verteidigung unserer Nationalität vor Unterdrückung bezieht, die Vertreter des polnischen Proletariats in der Konstituante gemeinsam und solidarisch mit den Vertretern der polnischen Bourgeoisie auftreten könnten. Denn wir, die Sozialdemokraten, verlangen die Landesselbstverwaltung, die Autonomie für Polen, so auch das Grüppchen, das sich Fortschrittsdemokratie nennt, so fordern es auch die sogenannten Versöhler, also die Partei der schlimmsten Feinde des Arbeitervolks unter den Kapitalisten und Adelsleuten.¹² Jetzt verlangen sie also in ganz Polen die

11 Mit dem Wahlprogramm der Nationaldemokraten setzte sich Rosa Luxemburg in dem Ende Februar 1906 geschriebenen Beitrag »Programm der ›nationalen‹ Betrügerei« auseinander. (Siehe Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. S. 192–195.)

12 Fortschrittsdemokratie bezeichnet eine politische Richtung, die 1904 als Demokratische Fortschrittsunion gegründet wurde. Die ideologischen Wurzeln gingen auf das positivis-

Autonomie, so dass nach einem ersten flüchtigen Blick sich wenigstens in dieser Frage das Dichterwort zu bewahrheiten scheint: »Nur ein einziges Wunder noch: Mit Polens Adel zieht das polnische Volk«¹³.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine Übereinstimmung allein dem Worte, nicht jedoch der Interessen und Ziele nach, denn unsere sozialdemokratische Losung von Autonomie unterscheidet sich von der Autonomie der Bourgeoisie und des Adels wie Himmel und Erde, so dass es sehr wichtig für die polnischen Arbeiter ist, diesen Unterschied zu kennen.

Zunächst führen wir uns also noch einmal vor Augen, was Autonomie oder Landesselbstverwaltung bedeutet. Es ist ein Zustand, bei dem aus der Verfassung eines gegebenen Staates folgt, dass dieser oder jener Teil des Staatsgebietes, also beispielsweise das Königreich Polen, das Recht erhält, die Schul- und Gerichtsbehörden, die Gemeindeverwaltungen, die Polizeibehörden mit Einheimischen, also in unserem Fall mit Polen zu besetzen, dass in allen diesen Einrichtungen, in den Schulen und bei Gericht, die Landessprache obligatorisch ist, also Polnisch, dass schließlich dieses Land neben dem Zentralparlament für das gesamte Staatsgebiet noch ein eigenes, ein Provinzparlament unterhält, einen Landtag also, dessen Vertreter von der Bevölkerung des Landes aller paar Jahre gewählt werden und dem die Aufgabe zukommt, lokales Recht in jenen Angelegenheiten zu verordnen, die den Interessen dieses Landes entsprechen.

tische Programm der sogenannten organischen Arbeit als Reaktion auf die Niederlage des Januaraufstands von 1863 zurück, speisten sich aber auch aus der Freidenkerbewegung. Versöhnler meint eine politische Richtung, die sich »realpolitisch« verstand, wobei sie einen historischen Ausgleich mit Zarenrußland erstrebte. Beide Richtungen hatten im bürgerlichen Lager geringe Möglichkeiten, sich gegen die Nationaldemokratie zu behaupten. Diese strebte laut Programm von 1903 die höchsten Formen einer selbständigen politischen Existenz für Polen an, was aber bereits einen Nationalaufstand gegen Rußland ausschloß. Im Laufe der Revolution 1905/1906 mutierte dieses Konzept immer mehr in Richtung der Autonomieforderung für das Königreich Polen, die schließlich ab Mai 1906 zur tragenden Säule der polnischen Abgeordneten in der Zarenduma wurde. In mehreren 1908 und später geschriebenen Beiträgen setzte sich Rosa Luxemburg mit diesem Autonomie-Konzept der Nationaldemokraten auseinander.

- 13 »Jeden tylko – jeden cud: Z szlachtą polską polski lud« (Zygmunt Krasiński: *Psalmy przyszłości* [Psalmen der Zukunft]. Hier Übertragung der Verszeilen durch den Übersetzer – H. P. Dieser 1845 veröffentlichte Text (dt. *Psalmen der Zukunft*, 1874) traf unter den Zeitgenossen u. a. auf beißende Kritik bei Juliusz Słowacki, weil der Adelsmann das Volk leichtfertig zur Tat, also zum Aufstand rufe, ohne sich im mindesten Rechenschaft zu geben, welch hohe Verantwortung das bedeute.

Auf dem ersten Blick scheint es sich hierbei um harmlose Dinge zu handeln, von denen für die Arbeiter keine Gefahr ausgeht. Indessen ist die Landesautonomie eine Sache, aus der sowohl eine neue Waffe zur Verteidigung der Arbeiterinteressen geschmiedet als auch ein neuer Strick um den Hals der Arbeiter geflochten werden kann. Wir können das am Beispiel Galiziens sehen. Dort besitzt die polnische Bevölkerung seit mehr als dreißig Jahren weitgehende Landesautonomie, so dass das zu Österreich gehörende Galizien einen polnischen Landtag, polnische Schulen und polnische Beamte hat.¹⁴ Doch das alles nutzt bisher vor allem dem galizischen Adel, um mit Hilfe der Selbstverwaltung das polnische Arbeitsvolk in noch größerer Knechtschaft zu halten. Im Landtag wird den Arbeitern überhaupt der Einzug versperrt, da das Proletariat vom Wahlrecht ausgeschlossen bleibt, die Ämterposten nehmen die Sprösslinge des Adels und die Beamtenseelen ein, die das polnische Volk kaum schlechter zurichten wie es bei uns die Tschinowniks tun; die Schule für das Volk macht nicht frei und hält dieses in schrecklichster Zurückgebliebenheit, so dass den galizischen Arbeitern von der ganzen Autonomie schließlich allein das Vergnügen bleibt, für Streiks und Agitation von ihren polnischen Starosten festgenommen und von ihren polnischen Gendarmen beschossen zu werden.

Und so fordern auch bei uns Bourgeoisie und Adel die Autonomie nur, um »ihren« polnischen Arbeiter restlos zwischen die Klauen zu bekommen und um hierzulande die unbegrenzte Klassenherrschaft der Ausbeuter einzuführen. Für uns, für die Arbeiter ist die Autonomie allerdings aus entgegengesetzten Gründen nötig, weil wir nämlich mehr Rechte bekommen wollen für die Verteidigung unserer Interessen vor der Ausbeutung durch unsere einheimischen Leuteschinder, weil für die Nationalkultur und Sprache völlige Freizügigkeit zugestanden werden muss.

Daraus folgt, dass die Vertreter der polnischen Arbeiter in der künftigen Konstituante bei der Festsetzung der Selbstverwaltung, also der Autonomie für unser Land, nicht gemeinsame Sache mit den Vertretern der polnischen Bourgeoisie und des polnischen Adels machen, sondern sie bei jedem Punkt bekämpfen werden. Natürlich wird unsere Bourgeoisie die Arbeiter von einer Teilhabe am Landtag auszuschließen suchen, so dass wir umgekehrt ein allgemeines, direktes, gleiches und geheimes Wahlrecht für den Landtag fordern müssen. Bourgeoisie und Adel werden das Recht beanspruchen, alle

14 1867 erhielt Galizien als Kronland Österreichs Autonomierechte mit einem Landtag in Lemberg. Polnisch wurde 1870 Amtssprache.

Landesämter mit ihren Bütteln besetzen zu können, während wir nun wiederum verlangen müssen, dass alle höheren Beamten und Richter nicht nur Polen sein müssen, sondern auch durch die gesamte Bevölkerung des Landes gewählt und derart vom Arbeitervolk abhängig sein müssen, damit es nun nicht wieder im Dienste der Ausbeuter niedergedrückt wird. Schließlich werden unsere Bourgeoisie und unser Adel ganz wie in Galizien verlangen, unserem Landtag breiteste Befugnisse zuzusprechen, also etwa das gesamte Versammlungsrecht für Polen, das Recht für die dörfliche Selbstverwaltung, das Koalitions- und Streikrecht für die polnischen Arbeiter, die Rechte für die staatliche Versicherung der Arbeiter, für den Arbeitstag hierzulande – das alles, um ausschließlich im Landtag beschließen zu können, damit unsere Bourgeoisie alles selbst in die Hände bekommt und losgelöst vom Zentralparlament ganz Russlands entscheiden kann. Die polnischen Arbeiter müssen hingegen verlangen, dass in allen Angelegenheiten, die die wichtigsten Interessen der Arbeiterklasse berühren und für die Arbeiter auf dem gesamten Staatsgebiet gemeinsame sind, nicht im Landtag, sondern im Zentralparlament entschieden wird. Zwar wird auch dort die russische Bourgeoisie bemüht sein, sich den Forderungen der Arbeiter entgegenzustellen, doch dort werden die Vertreter des polnischen Proletariats gemeinsam mit den Vertretern des russischen Proletariats kämpfen, und die vereinte Kraft des gesamten Proletariats aus dem gesamten Staatsgebiet wird einen stärkeren Druck auf die geeinte polnisch-russische Bourgeoisie ausüben, als der im Duell alleingeführte Kampf des polnischen oder russischen Proletariats es schaffen könnte.

Auch das können wir wieder am Beispiel Galiziens sehen. Das polnische Proletariat, das in Galizien nicht einmal in der Lage ist, den eigenen Adel zu zwingen, das Wahlrecht zum galizischen Landtag zu erweitern, ist allerdings zusammen mit dem übrigen Proletariat in Österreich sehr wohl in der Lage, dem Bündnis von österreichischem Adel und österreichischer Bourgeoisie das Wahlrecht für das Zentralparlament in Wien abzutrotzen, so dass es in Kürze allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Stimmrecht für dieses Parlament erhalten wird.¹⁵

15 Am 1. Dezember 1906 beschloss das Zentralparlament in Wien die Wahlrechtsreform, nach der im Mai 1907 der Reichsrat erstmals in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen durch die erwachsene männliche Bevölkerung in ganz Österreich, also in allen Kronländern, gewählt wurde.

So werden wir, allgemein gesagt, dann, wenn unsere Bourgeoisie versuchen sollte, die Landesautonomie soweit es geht auszudehnen, um so viel Macht wie nur möglich über das polnische Volk zusammenzuraffen, von vornherein bestrebt sein, die Macht des Landtags auf jenen unerlässlichen Umfang einzuengen und zu begrenzen, der tatsächlich nötig ist, uns die völlige Freiheit von Sprache und nationaler Bildung zuzusichern, und der die landesspezifischen kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Zugleich werden wir mit Nachdruck darauf drängen, alle die Arbeiterklasse betreffenden Angelegenheiten, die in ganz Russland gemeinsame sind, aus der Zuständigkeit des Landtags herauszunehmen.

So gibt es also im wahrsten Sinne des Wortes nicht eine einzige Angelegenheit, die in der Konstituante zu entscheiden wäre, angefangen vom achtstündigen Arbeitstag bis hin zur Landesselbstverwaltung, in der nicht mit Widerstreit und Kampf zwischen dem polnischen Proletariat und der Bourgeoisie zu rechnen wäre. Alles trennt uns von der polnischen Bourgeoisie, alles vereint uns mit dem russischen Proletariat. In der künftigen Konstituante werden anderntags nach dem Sieg über den Absolutismus genauso zwei, durch einen Abgrund getrennte Welten und Lager gegenüberstehen wie heute bereits seit Beginn der Revolution.¹⁶ Während wir vom ersten Augenblick an Arm in Arm mit dem russischen Proletariat zum Kampf gegen die Zarenherrschaft herausrückten, kroch unsere Bourgeoisie mit Denkschriften zu den Zarengelassen; wenn wir Generalstreik machen, verflucht ihn unsere Bourgeoisie und beschreit aus vollem Halse den Ruin der Industrie; während wir am 22. Januar den revolutionären Jahrestag der Metzerei in Petersburg begehen, ordnen sie an, den Jahrestag des Aufstands und die Schlacht von Raclawice zu feiern¹⁷; während wir die betrügerische Zarenduma boykottieren, treiben sie mit Hilfe der Kosaken zu den Wahlen an und sind versessen auf diese Duma – entsprechend wird morgen unsere Bourgeoisie in der Konstituante als unser Todfeind bei jedem Schritt, bei jedem Fall gegen uns auftreten, doch neben uns wird als unser Bruder und Genosse der russische Arbeiter stehen.

16 Siehe »Die beiden Lager« (Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. S. 84–93).

17 Unweit der zwischen Kraków und Sandomierz gelegenen Ortschaft Raclawice fand am 4. April 1794 die erste und für die polnische Seite siegreiche Schlacht im von Tadeusz Kościuszko angeführten Aufstand gegen die Aufteilung Polens statt, bei der die russischen Truppen geschlagen wurden. Ein Panorama der Schlacht wurde 1893/1894 gemalt und in Lemberg aufgestellt, heute ist es in einer speziellen Rotunde in Wrocław zu besichtigen. Auf dem einstigen Schlachtfeld selbst wurde 1934 ein Denkmal eingeweiht.

Die Konstituante wird nur die Fortsetzung der Klassenkämpfe und der jetzigen Revolution sein. Und wie es heute nur die eine Revolution gibt, den einen Klassenkampf auf dem gesamten Staatsgebiet, so werden wir auch diese eine und einzige Konstituante brauchen.

VI

Von welcher Seite wir die Sache auch immer betrachten, die Klasseninteressen der polnischen Arbeiter brauchen keine gesonderte »Warschauer Konstituante«, allerdings eine gemeinsame für ganz Russland und für Polen. Wenn also die PPS dennoch für eine gesonderte polnische Konstituante eintritt, so kann es sich höchstens um Forderungen handeln, die nicht im Interesse der Arbeiter liegen.

In der fraglichen Sache selbst meint die PPS, die gesonderte polnische Konstituante habe das Verhältnis Polens zum russischen Staat zu bestimmen.¹⁸ Was aber bedeuten nun diese rätselhaften Worte? Folgt man dem einfachen Verstand, so doch zunächst, dass die künftige Warschauer Konstituante entscheiden solle, ob das Königreich Polen weiterhin zum russischen Staatsgebiet gehören oder ob es sich von Russland abtrennen und einen unabhängigen polnischen Staat bilden werde.

So tritt hier bereits nicht mehr die Sache der politischen Freiheit für das gesamte Staatsgebiet hervor, sondern die alte Frage der Wiederherstellung Polens, mit der die PPS die polnischen Arbeiter zwölf Jahre lang behelligt hatte. Von 1893 an, also seit Beginn ihres Bestehens, bis hin zum Ausbruch der jetzigen Revolution redete die PPS dem polnischen Proletariat ein, das

18 Bezieht sich zum Beispiel auf einen Beitrag in der Zeitung »Robotnik«, Nr. 63 vom 19. Oktober 1905, wo unter dem Titel »Nasze stanowisko wobec wyborów« [Unsere Haltung zu den Wahlen] der Boykott zu den von der Zarenregierung vorgeschlagenen Duma-Wahlen begründet wurde. Zusammenfassend stand dort geschrieben: »Kämpfen wir also weiter, klären wir unsere Brüder auf, verurteilen wir die Dumakomödie, tragen wir unsere politischen Losungen weiter! Tragen wir die Idee weiter von der Volksrepublik, von der Verselbständigung Polens, von der Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante) nach Warschau, die nach allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung gewählt wird, die eine Verfassung festlegt und in Absprache mit einem solchen Volksparlament in Petersburg unser Verhältnis zu Russland festlegen wird.« (PPS-Lewica 1906–1918. Materiały i dokumenty. Bd. 1. Warschau 1961. S. 47.)

drängendste Problem sei die Abtrennung Polens von Russland und die Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Staates, weil in Russland die Arbeiter so schwach und zurückgeblieben seien, weshalb wir vergeblich darauf warten könnten, bis sie sich zum Kampf erheben und die Zarenregierung stürzen würden. Die Sozialdemokratie hatte den polnischen Arbeitern daraufhin immer erklärt, dass das gelogen sei, dass die Wiederherstellung Polens kein Programm für das polnische Arbeitsvolk sei und sein könne, denn die Arbeiter seien nicht imstande, Polen wiederherzustellen, könnten auf diesem Weg für sich also auch keine Erlösung finden. Unter den heutigen Bedingungen, in der der Kapitalismus Polen stärker an Russland bindet als Zarenbajonett und Zarenpeitsche, können wir erleben, dass unsere Bourgeoisie überhaupt nicht daran denkt, sich gegen Russland aufzulehnen, dass sie zum treuesten Hund der Zarenregierung geworden ist, dass unser früherer Aufstandsadel gemeinsam mit den Fabrikanten und der Kaufmannschaft kriecherisch die Vorzimmer der Minister und Generalgouverneurs aufsucht. Unser Kleinbürgertum, das sind die kleinen Meister und Krämer, denkt heute auch nur noch an die eigenen Taschen, an den Gewinn, nicht aber an das unabhängige Polen. Deshalb ist die Wiederherstellung Polens bereits seit langem nichts als ein Hirngespinnst einer Handvoll junger Leute aus der Intelligenz, die, für sich genommen völlig kraftlos, natürlich versuchen, sich an die Arbeiterbewegung zu heften, um den polnischen Arbeitern einzureden, sie sollten nun Polen erlösen, das sowohl Adel als auch Bourgeoisie und Kleinbürgertum gar nicht mehr haben wollen. Doch für die Arbeiterbewegung und die Arbeiterinteressen, für die sozialistische Sache wäre es völlig abträglich, ließen sich die Arbeiter auf diesen Irrweg drängen, anstatt gemeinsam mit den russischen Arbeitern die Arbeiterinteressen zu verteidigen, also gemeinsam auf den Sturz der despotischen Zarenregierung zu drängen und die Freiheit im gesamten Staatsgebiet durchzusetzen.

So sprach und so warnte die Sozialdemokratie.¹⁹ Und als im Januar 1905 in Petersburg die Revolution ausbrach, zeigte sich vor aller Welt und mit einem Mal, dass Programm und Agitation der PPS zwölf Jahre lang nichts weiter als ein Umherirren gewesen waren, dass hingegen das Wort der Sozialdemokratie haargenau bestätigt wurde. Denn es stellte sich heraus, dass in Polen keine Sterbensseele zum Aufstand für die Wiederherstellung

19 Siehe den 1895 geschriebenen Text »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache« (Neue Texte von Rosa Luxemburg. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig 2011. S. 33–87 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 8).

Polens ausdrücken wollte, weil diese Losung lediglich altgewordene kleinbürgerliche Tradition ist, die durch die Geschichte längst begraben wurde. Dafür erwiesen sich die Arbeiter in Russland im Kampf um die politische Freiheit als treue und tüchtige Weggefährten der polnischen Arbeiter. Der polnische Aufstand, auf den sich die PPS vorbereitete, erwies sich als leeres Trugbild, wohingegen die Revolution in Russland, deren Anbruch die PPS stets verbissen gelehrt hatte, nun Tatsache geworden ist.

Somit ist die PPS mit ihrem nationalistischen Programm gescheitert und wurde durch den Lauf der Ereignisse nunmehr gezwungen, an der russischen Revolution teilzunehmen, der sie so sehr misstraut hatte, als wäre sie leibhaftig der ungläubige Thomas, an die sie also erst nach der Metzelei in Petersburg am 22. Januar 1905 zu glauben anfang, nachdem selbst die Zarenregierung daran glauben musste.²⁰

Weiterhin an das Programm der Wiederherstellung Polens festzuhalten, war nunmehr ausgeschlossen, so dass die PPS gleich zu Beginn der Revolution das Programm änderte. Jeder kann sich einmal irren – das geht einzelnen Menschen so, das geht auch ganzen Parteien so. Allerdings sollte eine Partei, wenn der Fehler offensichtlich wird, sich rasch darum bemühen, diesen wettzumachen. Die PPS hat aber, anstatt sich offen von dem Fehler loszusagen, um eindeutig auf Arbeitergrund zu stehen, nunmehr die Losung von der gesonderten Warschauer Konstituante eronnen. Allerdings wird, wie wir sehen konnten, eine gesonderte polnische Konstituante gar nicht gebraucht, um die Republik einzuführen, um die Freiheit von Wort, Druck, Gewissen, Koalition und Versammlung einzuführen, um den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, um die Landesselbstverteidigung Polens einzuführen – denn bei allen diesen klaren Arbeiterforderungen stimmen die Interessen des polnischen und des russischen Arbeiters überein, so dass es nötig ist, diese zusammenzuführen zum gemeinsamen Kampf mit der Forderung nach der einen Konstituante, nicht aber nach ihrer Trennung. Eine gesonderte Warschauer Konstituante wird lediglich für das Ziel benötigt, Polen von Russland loszureißen, wobei dieses Ziel kein gemeinsames für das polnische und russische Volk sein kann, weil es ohnehin kein Ziel der Arbeiter ist und nichts zu tun hat mit der jetzigen Arbeiterrevolution. Die Losung von der Warschauer Konstituante ist also nur dem Scheine nach ein neues Programm, in Wirklichkeit ist es ein neuer Wandschirm, hinter dem die PPS ihr

20 »Spricht Jesus zu ihm: Weil du mich gesehen hast, Thomas, so glaubst du. *Selig sind, die nicht sehen und doch glauben!*« (Das Evangelium des Johannes 20, 29.)

altes, gescheitertes Programm der Wiederherstellung Polens zu verbergen sucht.

In Henryk Sienkiewicz' humoristischer Erzählung »Bartel, der Sieger« wird unser Bartel, der im Frankreichkrieg bei den deutschen Truppen dient, vom deutschen General gefragt, ob er überhaupt wisse, was Franzosen seien. Ja, antwortet Bartel brav, das seien auch Deutsche, nur viel schlimmere.²¹ In Anlehnung an Bartels Worte könnte gesagt werden, die Warschauer Konstituante ist zwar das Programm der Wiederherstellung Polens – allerdings ein viel schlimmeres. Gleich werden wir sehen, weshalb.

Zunächst ist die polnische Konstituante, die Polen wiederherstellen soll, die gleiche nutzlose Nebelwolke wie zuvor das offene Programm der Wiederherstellung. Die PPS hatte selbst jahrelang geschrieben und gesagt, nur ein bewaffneter Nationalaufstand könne Polen von Russland losreißen, also ein polnisch-russischer Krieg wie der Kościuszko-Aufstand und danach die beiden großen Aufstände von 1831 und 1863. Und die PPS war immerhin gut beraten, das so ehrlich und offen auszusprechen. Denn bisher ist kein einziger Fall bekannt, bei dem eine eroberte Nation anders ihre Unabhängigkeit erreicht hätte als über den Weg des Kriegs, des Nationalaufstands der gesamten Volksmasse. Weil sich nun aber gezeigt hat, dass ein polnischer Aufstand bei uns heute eine Utopie ist, an die nicht einmal mehr im Traum geglaubt werden kann, bürdet die PPS die Wiederherstellung nun der Konstituante auf. Doch durch welches Wunder sollte die Konstituante Polen von Russland losreißen können? Stellen wir uns also vor, so wie sich das die PPS vorstellt, unsere Bevölkerung hätte gleich nach dem Sieg über die Zarenregierung ihre Vertreter gewählt, die anschließend nach Warschau in die gesonderte Gesetzgebende Versammlung eilen. Was nun? Soll diese Versammlung, die sich aus wenigen Hundert Menschen zusammensetzt, eine Resolution per Abstimmung annehmen und veröffentlichen, wonach Polen ab sofort nicht mehr zu Russland gehöre und fortan selbständige Republik sei? Zunächst einmal fragen wir uns überhaupt, woher in der polnischen Verfassungsgebenden Versammlung der Wunsch nach der Unabhängigkeit Polens komme solle. Womöglich werden anderntags nach dem Sturz der Zarenregierung die Vertreter der polnischen Fabrikanten, oder des polnischen Adels, oder des polnischen Kleinbürgertums, die zur Zarenregierung sogar auf Samtpfoten schlichen, die Loslösung von Russland herbeiwünschen!

21 Henryk Sienkiewicz: Bartel, der Sieger. Wien und Leipzig 1904. Das Gespräch zwischen dem General und Bartel dort auf S. 59.

Werden die Nationaldemokratie oder die Versöhnler, die heute sofort bereit sind, jedermann in die Hände der russischen Gendarmen zu übergeben, der nur an die Lostrennung von Russland zu erinnern sucht, für die Wiederherstellung Polens stimmen? Oder womöglich werden die Vertreter des polnischen Bauerntums, das nie etwas von einer »polnischen Regierung« hören wollte und will, in der Konstituante sofort für die polnische Unabhängigkeit brennen? Natürlich wäre es Wahnwitz, zu erwarten, dass die bürgerliche polnische Gesellschaft sich in der Konstituante für die Lostrennung von Russland aussprechen würde, an dem sie heute mit beiden Händen festhält. Doch wird uns gesagt, dass dort schließlich auch polnische Arbeiter sein werden, mit denen zu rechnen sei, denn deren Vertreter würden sich in der Konstituante für die unabhängige polnische Republik erklären! Auch das ist eine gedankenlose Täuschung der Leute. Denn wären die polnischen Arbeiter in der Mehrheit für das Programm der Unabhängigkeit Polens, würden sie spüren, dass das dem Klasseninteressen entspreche und dass sie in der Lage wären, diese zu erreichen, dann würden sie nicht erst darauf warten, um in der Konstituante durch Abstimmung und mit der Zunge Polen wiederherzustellen, dann würden sie zum Straßenkampf aufstehen für die nationale Unabhängigkeit, so wie sie heute zum Kampf für die politische Freiheit aufstehen. Würde die PPS selbst, und sei es auch nur für einen kurzen Moment, daran glauben, dass eine Mehrheit der Arbeiter Polen wiederherstellen möchte und könne, dann hätte sie das Signal zum Aufstand gegeben, wie sie es ja versprochen hatte. Da sie aber selber gezwungen wurde, diese Losung aufzugeben, wie kann sie dann andererseits sich und andere darin täuschen, als ob die Arbeiter sich morgen in der Konstituante für dieses Unabhängigkeitsprogramm einsetzen würden? Die revolutionären Arbeiter sind keine Aufschneider wie diejenigen aus der bürgerlichen Intelligenz, die mit dem Maul auf der Versammlung vor einigen hundert Zuhörern Heldentaten für das Vaterland vollführen, doch weder die Kraft besitzen noch einen Gedanken daran verschwenden, im wirklichen Kampf den Worten auch Taten folgen zu lassen. Wie wir sehen können, ist die Hoffnung, die Warschauer Konstituante werde sich für die Unabhängigkeit Polens aussprechen, ausgemachte Phantasie.

Doch nehmen wir, um die Sache desto gründlicher untersuchen zu können, einmal an, die Konstituante würde sich tatsächlich für die Lostrennung Polens von Russland aussprechen. Was folgte daraus? Eines von beiden: Entweder bliebe dieser Entschluss nichts als Papier, ein frommer Wunsch,

den niemand weiter beachtete, so dass alles beim Alten bliebe. Oder die Bevölkerung würde diesen Entschluss ernst nehmen, würde eine polnische Regierung wählen, die polnische Armee vorbereiten, kurz, sich wie in einem unabhängigen polnischen Staat verhalten. Doch würde Russland dabei schweigend zusehen? Natürlich bleibt Russland nach dem Sturz der Zarenherrschaft und sogar nach Errichtung der Republik ein bürgerliches Russland, so wie Polen ein bürgerliches Polen bleiben wird. Doch das bürgerliche Russland würde sich ganz und gar nicht einverstanden erklären, trennte sich das Königreich Polen von Russland ab. Wir erleben doch, dass republikanische Staaten sich in blutigen Kriegen neue Länder aneignen, so wie die Vereinigten Staaten von Amerika vor einigen Jahren die Philippinen. Wir sehen, dass das republikanische Frankreich riesige Länder unterworfen hat, als Kolonien in allen Weltgegenden, und bei der geringsten Bewegung dort in Richtung einer Lostrennung sofort Militär entsendet, um die Einheimischen mit Feuer und Schwert zu verfolgen und sie mit Stumpf und Stiel auszurotten. Gleichsam wäre es eine Illusion, anzunehmen, die russische Bourgeoisie, selbst wenn sie bereit wäre, Polen die Autonomie zuzugestehen, würde ruhig zuschauen, falls die Polnische Konstituante die polnische Unabhängigkeit verkünden und die polnische Bevölkerung sich tatsächlich von Russland losreißen sollte. Am Ende würde die russische Bourgeoisie das Militär nach Polen schicken, um die Aufrührer zu »besänftigen«. Das alles würde schließlich wiederum auf einen Nationalaufstand hinauslaufen, also auf einen polnisch-russischen Krieg, von dem die PPS nun auf ihren letzten Parteitag selber meinte, die Sache sei beerdigt, so dass sie nun versucht, sie in jedem Fall zu umgehen.²² Doch da zeigt sich der Pferdefuß,

22 Bezieht sich neben dem 7. Parteitag vom März 1905 in Warschau auf den 8. Parteitag, der vom 12. bis 23. Februar 1906 in Lemberg stattfand. In der Beschlussfassung wurde u. a. festgestellt: »Der Gedanke an einen Nationalaufstand (polnisch-russischer Krieg) ist utopisch, da die polnischen besitzenden Klassen keinen revolutionären Kampf führen und nicht führen wollen. Er entspricht also nicht dem Wesen des proletarischen Kampfes, der sich auf das solidarische Auftreten der Arbeiterklasse im gesamten Staatsgebiet stützt. Die Solidarität der Arbeiterklasse, die gegen die Zarenherrschaft und die bürgerliche Konterrevolution kämpft, die immer größere Geschlossenheit der proletarischen Reihen, die Gemeinsamkeit der Aufgaben des Proletariats im gesamten Staatsgebiet – das ist der Ausgangspunkt für unsere revolutionäre Taktik. Mit der Idee des Nationalaufstands hat diese Taktik nichts gemein. Deswegen erachtet es der 8. Parteitag als notwendig, dass unsere Partei alle möglichen Vorbereitungen unternimmt, um an der bewaffneten Revolution des Proletariats im Zarenreich teilzunehmen« (PPS-Lewica 1906–1918. Materiały i dokumenty. Bd. 1. Warschau 1961. S. 82).

denn die Warschauer Konstituante bringt, egal von welcher Seite sie betrachtet wird, die Tatsache ans Tageslicht, dass auch das Programm der Wiederherstellung mittels einer Konstituante aus denselben Gründen ein Hirngespinnst und Utopie bleibt wie das frühere Programm der Wiederherstellung durch einen Aufstand.

Die PPS spürt das selbst nur zu genau, weil sie angesichts dessen nun fordert, die Warschauer Konstituante solle Polen nicht ganz wiederherstellen, sondern nur zu »drei Vierteln«. Denn die PPS fordert, Polen solle freie Republik werden, die mit der russischen Republik föderativ verbunden bleibe, es solle also zwei unabhängige Republiken geben, die sich unter den Arm fassen und ihrer Wege gehen.²³

Es lohnt nicht, viele Worte über diesen neuesten Einfall zu verlieren. Sobald darüber nachgedacht wird, kommt jeder bewusste Arbeiter von allein darauf, dass es sich um eine künstliche und sonderbare Schöpfung handelt, wie sie nur unreifen Gehirnen entspringen kann. Niemand wird verstehen, wozu und weshalb die polnischen Arbeiter diesen föderativen Bund, also die lockere Verbindung zwischen der polnischen und der russischen Republik benötigen. Entweder – oder. Entweder ist ein unabhängiges Polen möglich und entspricht den Interessen der Arbeiter, dann sollte der Mut dazugehören, es offen zum Programm zu erklären und dafür zu wirken, also folglich mit einem Nationalaufstand zu rechnen. Oder es ist unmöglich, dann ist es aber auch nicht zur »Hälfte« oder zu »Dreivierteln« möglich, denn diese an Russland angehängte selbständige Republik ist nicht weniger phantastisch als das frühere gänzlich unabhängige Polen. Das Programm dieser »Föderation der Republiken« ist weder Fisch noch Fleisch, es ist ein Programm, das bereits auf den ersten Blick ausschaut, als wolle es zwar, könne aber nicht richtig, und das lediglich den Bankrott des Programms der Wiederherstellung Polens verrät, allerdings diesen Bankrott um jeden Preis zu verbergen sucht.

Deshalb sagen wir, die heutige Losung der Warschauer Konstituante ist schlimmer als das frühere PPS-Programm.

Falls sich heute jemand offen und klar an die polnischen Arbeiter wenden wollte, um sie zur Wiederherstellung des unabhängigen Polens, zum Nationalaufstand zu überreden, würden die Arbeiter in überwältigender Mehrheit ihm sofort den Rücken zudrehen, denn sie wissen zu gut, dass es ihnen

23 Mit der Föderationsidee in den linken Kreisen der PPS setzte sich Rosa Luxemburg 1906 zur selben Zeit in der Broschüre »Program federacji, czyli PPS w błędnym kole« [Das Föderationsprogramm der PPS oder: Die PPS im Teufelskreis] auseinander.

fremde Interessen, keine Arbeiterforderungen und trügerische Losungen sind, die unter den heutigen Bedingungen vom Weg des Klassenkampfes wegführen und gegen das Streben nach Sozialismus gerichtet sind. Wenn nun aber zu den Arbeitern salbungsvoll von der »Warschauer Konstituante« gesprochen wird, davon, dass sie die »Föderation« der polnischen und russischen Republik herbeiführen werde, dann wird nur jeder Zehnte wissen, was gemeint ist, denn »Konstituante« und »Föderation« sind für das polnische Volk neue Wörter, so dass es erst ein wenig Nachdenken und größerer politische Reife braucht, um zu erkennen, was hinter diesen Worten steckt. Also werden viele Arbeiter annehmen, diese »Warschauer Konstituante« und jene »Föderation« seien ein völlig neues Programm, weil sie nicht wissen, dass in diesen angeblich neuen Losungen der alte Nationalismus steckt, der für die Klassensache des Proletariats, für die Revolution und für den Sozialismus schädlich ist.

VII

Weder aus der Warschauer Konstituante noch aus der »Föderation« der freien polnischen mit der russischen Republik wird etwas werden, wie ja auch aus dem polnischen Aufstand nichts geworden ist, obwohl die PPS die ganzen Jahre davon sprach und damit rechnete. Wieder wird es bei den leeren Versprechungen für die Arbeiter bleiben, denn zur Einberufung der gesonderten polnischen Konstituante wird es gar nicht erst kommen, sollte es aber doch dazu kommen, dann wird sie nicht die Lostrennung von Russland verkünden, falls sie es aber dennoch tun sollte, dann wird sie trotzdem nichts erreichen. Die Konstituante ist eine Versammlung, deren Aufgabe nicht darin besteht, das zu verwirklichen, was einer Partei in den Kopf kommt, vielmehr hat sie jene Losungen zu verwirklichen, für die das Volk während der Revolution im gesamten Staatsgebiet tatsächlich gekämpft hat. Diese Losungen aber waren die gemeinsame politische Freiheit, die Republik für das gesamte Staatsgebiet und der achtstündige Arbeitstag, nicht aber die Lostrennung Polens von Russland, in welcher Form auch immer.

Allerdings wird diese Losung eine andere Wirkung hervorrufen. Wenn zu einer gesonderten Warschauer Konstituante aufgerufen wird, dann ist das ein neues Mittel, um die polnischen Arbeiter von den russischen Brüdern

abzusehen. Zwölf Jahr lang trachtete die PPS danach, das polnische Proletariat vom russischen abzugrenzen durch das gesonderte Programm der Wiederherstellung Polens, indem gesagt wurde, die russischen Arbeiter seien nicht fähig und nicht reif für den Kampf um die politische Freiheit. Als nun jedoch diesen Worten zum Spott der Ausbruch der Revolution in Russland das Proletariat Polens und Russlands zu einer gewaltigen Armee zusammenfugte und die Welt in Staunen versetzte, findet die PPS mitten im Kampf einen neuen Vorwand, um diese brüderliche Armee auseinanderzutreiben. Die Arbeiter, die gemeinsam kämpften, die gemeinsam streikten, die gemeinsam Hungers starben, gemeinsam das Blut verströmten, sollen sich morgen, nach dem Sturz des Zarentums, sofort trennen, die polnischen Arbeiter sollen auf »ihre« gesonderte Konstituante und »ihr« Programm der Absonderung Polens hinwirken, die russischen Arbeiter hingegen auf ihre russische Konstituante und ihre russische Republik! Doch versteht man heute nur zu gut, dass die ganze Kraft der Arbeiter in ihrem Zusammenhalt, in ihrer Klassensolidarität liegt. Mit diesem Zusammenhalt und mit dem gemeinsamen Kampf sind die Arbeiter gerade dabei, die Zarenregierung zu stürzen. Die ganze Macht der jetzigen Revolution zeigt sich, wenn sich die polnischen, russischen, jüdischen, lettischen, armenischen Arbeiter zu der einen Klasse mit dem einen Ziel und um das eine Programm zusammenschließen. Das polnische Proletariat von dieser gemeinsamen Armee durch gesonderte Losungen auszuschließen, bedeutet, die polnischen und russischen Arbeiter zu schwächen, die Arbeiterrevolution zu schwächen und zu erschüttern. Zugleich bedeutet es, die Arbeiterbewegung in Polen vom Klassen-, vom Arbeiterstandpunkt wegzuführen.

An der Abgrenzung des polnischen Arbeitervolks vom russischen machen sich bereits andere eifrig zu schaffen: die polnische Bourgeoisie, die polnischen Ausbeuter. Auch deren Repräsentantin, die Nationaldemokratie, versucht immerzu klarzumachen, dass das polnische Volk »seine eigenen« Bedürfnisse und Ziele habe, dass »wir Polen« nicht auf »die Russen« schauen, sondern vielmehr auf eigene Faust auf die Verbesserung unseres »nationalen« Seins drängen sollten. Doch der moralische Sinn dieser Belehrungen ist immer derselbe: die polnische Bourgeoisie, die polnischen Ausbeuter, die polnische »Nation« sollen sich völlig zusammenschließen, nötig sei eine »nationale Solidarität«, also die »Solidarität« der polnischen Ausbeuter mit den Opfern ihrer Ausbeutung. Anders gesagt, es sei nötig, dass die polnischen Arbeiter aufhörten, gegen ihre polnischen Kapitalisten zu kämpfen

und dass sie einwilligten, sich wie eine Schafherde vorführen zu lassen – im Namen der »gesonderten Interessen des polnischen Volks«.

Die Absonderung der polnischen von den russischen Arbeitern läuft, ob nun gewollt oder ungewollt, immer darauf hinaus, die polnischen Arbeiter mit den polnischen Ausbeutern zusammenzuschließen, was also der Arbeitersache und der Sache des Sozialismus schadet. Und jeder, der – unter welchem Vorwand auch immer – versucht, das polnische vom russischen Proletariat loszureißen, egal ob nun als Nationaldemokrat oder als Sozialist, egal ob er nun zum Nationalaufstand aufruft oder zur »Warschauer Konstituante«, leitet stets nur Wasser auf die Mühle der polnischen Bourgeoisie, auf die Mühle des schlimmsten Feinds des polnischen Arbeiters. Deshalb, Arbeiter, seid achtsam bei der Losung, die zur »Warschauer Konstituante« aufruft! Es lebe die gemeinsame, die zentrale Konstituante, in der wir mit dem russischen Proletariat zusammen sein werden!

Warschau, 1906

Übersetzt aus dem Polnischen und mit Fußnoten versehen von Holger Politt

ROSA LUXEMBURG

Vor dem Wendepunkt

Die Revolution nähert sich rasch einem wichtigen Wendepunkt in ihrer Entwicklung. Bis zum Mai dieses Jahres dauerte bereits anderthalb Jahre der offene erbitterte Kampf zwischen der Volksmasse und der verbrecherischen zarischen Regierung. Dieser Kampf wuchs seit dem Beginn am denkwürdigen 22. Januar 1905 unaufhörlich in die Tiefe und in die Breite. Immer neue Städte, neue Gegenden des Riesenreiches erhoben die lodernde Fackel der Revolution, immer neue Volkskreise warfen das rote Banner des zielbewußten Kampfes auf. Industriearbeiter, Bauern, Soldaten des Landheeres und der Marine rebellieren gegen die infame Schurkenbande, die sich die Regierung des letzten Nikolaus nennt. Die Blut- und Eisenregierung gebrauchte alle erdenklichen Mittel, um die Revolution niederzumachen – alles umsonst. Ihr letzter Versuch war nun – die Einberufung der famosen Duma, die den Zweck hatte, in den rebellischen Volkskreisen den Glauben hervorzurufen, als sollte von nun an eine neue Ordnung »auf friedlichem Wege« herbeigeführt werden.¹

Es sind kaum zwei Monate vergangen, seit die Duma zusammengetreten ist, und heute schon ist dieser ganze Schwindel vor den breitesten Volksschichten entlarvt und wir stehen vor einem wichtigen Moment, vor einem Wendepunkt im Gange der Ereignisse.

Die Duma kann absolut nichts tun und wird nichts tun – das ist es, was heutzutage auch für das blödeste Auge wie auf flacher Hand klar und offen liegt. Vom ersten Tage und bis auf den heutigen Tag hat die ganze Duma nichts, aber auch rein gar nichts geleistet, was die Zustände gebessert, was

1 Im Frühjahr 1906 fanden die Wahlen zur Duma statt, die von den Arbeiterparteien, darunter SDKPiL und SDAPR, wegen des diskriminierenden Wahlrechts boykottiert wurden. Vor allem innerhalb der Menschewiki gab es allerdings heftigere Auseinandersetzungen zum Boykott. Die so gewählte Duma trat erstmals am 10. Mai 1906 nach einer Thronrede des Zaren im Taurischen Palast in der russischen Hauptstadt zusammen. Am 22. Juli 1906 wurde die 1. Duma nach Zarenerlass wieder aufgelöst und auseinandergejagt. Diese Entscheidung ist in dem Beitrag noch nicht berücksichtigt worden, obwohl das Erscheinungsdatum danach liegt. Eine eingehende Analyse der ersten drei Zaren-Dumas schrieb Rosa Luxemburg 1908. (Siehe Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte. Hrsg. u. übers. von Holger Politt. Berlin 2015. S. 245–266.)

die Gewalt- und Willkürherrschaft eingeschränkt, was die furchtbaren Leiden des arbeitenden Volkes gelindert hätte. In Petersburg an der Newa sitzen im schönen Prachtsaal auf gepolsterten Sesseln 500 sogenannte »Volksvertreter« und reden sich heiser Tag für Tag gegen die Zarenwirtschaft – und in demselben Petersburg, im ganzen Reich hausen nach wie vor Kosaken und Gendarmen, die Arbeiter sterben vor Hunger, die Bauern werden niedergemetzelt zu hunderten, die Gefängnisse füllen sich tagtäglich mit neuen Opfern, es vergeht kein Tag ohne neue Bluturteile und der Henker hat Hände voll zu tun, die besten und tapfersten Söhne des Proletariats auf den Galgen zu schleppen.

Was hat sich denn geändert seit Anfang Mai? Wo ist die geringste Besserung? Wo eine Hoffnung, daß die Gewaltherrschaft einer Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit weichen will?

Nicht ein Schatten, nicht eine Spur von Besserung ist zu vermerken seit die verehrte Duma in Petersburg zusammengetreten ist! Und weshalb dies? Haben etwa die Herren, die in der Duma sitzen und reden, Mangel an gutem Willen? Durchaus nicht! Alle diese Herren Liberalen, die die Mehrheit in der Duma bilden, möchten von Herzen gern den Absolutismus, die Zarenwirtschaft abschaffen und an ihre Stelle »Ruhe und Ordnung«, das heißt eine richtige kapitalistische Bourgeoisie-Gesellschaft einführen, wie sie jetzt in Deutschland oder in England herrscht. Allein die Herren haben gar keine Macht, um dies auszuführen, und da liegt eben der Hund begraben! Sie könnten in der Duma hundertmal beschließen, daß die politischen »Verbrecher«, das heißt die Opfer des Freiheitskampfes amnestiert werden müssen – die Regierung, die Minister lachen sich eines ins Fäustchen und geben keine Amnestie. Die Duma beschließt feierlich, daß die Todesstrafe abgeschafft ist – die Minister aber und die Generäle und all die sonstigen Schurken henken und morden, soviel sie wollen. Die Duma mag jeden Tag ein neues schönes Gesetz fabrizieren über Pressefreiheit, über Vereinsfreiheit und dergleichen mehr – was hilft's, wenn all diese Gesetze in den Papierkorb wandern, und die zarische Regierung nach wie vor macht, was sie – will!

Denn fragen wir: wer hat bis jetzt die ganze Verwaltung des Reiches in den Händen? Die zarische Regierung! Wer besetzt all die Tausende von einflußreichen Posten der Gouverneure, Generalgouverneure, Tschinowniks und so weiter mit eigenen gehorsamen Dienern? Die zarische Regierung! Wer hat noch die Finanzen, die Staatskassen, die Steuern in der Hand? Die zarische Regierung! Wer hat das Kommando über das Heer und die Marine?

Die zarische Regierung! Wer hat die gesamte Polizei und Gendarmerie und die Gefängnisse in der Hand? Die zarische Regierung!

So hat die Bande des Absolutismus nach wie vor alle Mittel der Staatsherrschaft, alle wirklichen Machtmittel in der Hand, und da wollen und hoffen die Herren Liberalen in der Duma, die bloß eine Zunge und sonst gar nichts haben, daß in Rußland plötzlich Ruhe und Freiheit an Stelle des Blutregimes trete!

Tatsächlich läßt sich eine neue Ordnung gar nicht anders schaffen, als auf dem einfachen Wege, daß man der zarischen Regierung alle wirklichen Machtmittel aus der Hand reißt, das heißt, daß man die absolute Regierung wirklich stürzt und verjagt, und dann erst neue Gesetze und neue Ordnung schafft. Dies aber können natürlich die Herren Liberalen aus der Duma nicht, denn sie sind allesamt Bourgeois, Grundbesitzer, Unternehmer, Kaufleute, Professoren und Rechtsanwälte. Die Regierung wirklich stürzen kann nur das arbeitende Volk in einer allgemeinen gewaltigen Erhebung und im offenen Kampf. Gewalt kann nur vor Gewalt weichen, und es gibt heutzutage im Zarenreich nur noch zwei Gewalten: die reaktionäre Gewalt der Zarenregierung und die revolutionäre Gewalt des aufgeklärten Arbeitervolkes. Die Duma, das heißt die liberale Bourgeoisie, die sich vor der Regierung wie vor dem Volke gleich fürchtet, befindet sich sozusagen zwischen den beiden Gewalten wie zwischen zwei Mühlsteinen. Und sie wird natürlich zwischen ihnen zerrieben.

Die Lage verschärft sich zusehends. Nach einer ganzen Reihe von Zusammenstößen zwischen der Duma und der Regierung kommt es jetzt zu einem heftigen Stoß aus Anlaß der Bauernfrage. Das Landvolk ist wieder allenthalben in hellem Aufruhr.² Die Bauern wollen die Erntearbeiten auf den Gutshöfen nicht verrichten, sie stellen Forderungen, sie schreien nach Grund und Boden, sie plündern und verbrennen die Höfe verhasster Grundbesitzer. Kein Wunder, daß die Herren Liberalen in der Duma vor dem roten Hahn zittern und allerlei schöne Projekte der Bauernbeglückung aufs Papier kritzeln. Das gefällt aber wieder der Regierung nicht, die ganz offen und ungeniert in einem direkten Aufruf an das Landvolk den Bauern erklärt, sie

2 Die großen Bauerunruhen in vielen Gegenden des Zarenreiches vom Herbst 1905 bis Frühjahr 1906 wurden mit äußersten Gewaltmitteln brutal niedergeschlagen und kosteten etwa 50 000 Menschen das Leben. Demgegenüber wurden die im Sommer 1906 wieder aufgeflamten Bauernunruhen aus Sicht des Zarenregimes vergleichsweise schnell und ohne die riesige Opferzahl niedergeschlagen, auch wenn das blutig geschah.

sollen nur nichts auf die Versprechungen der Duma geben und sich ja keine Hoffnungen in den Kopf setzen, denn sie, die Regierung, wird schon dafür sorgen, daß aus den Versprechungen der Duma nichts wird und die Bauern kein neues Land bekommen.³ Das war natürlich eine direkte Ohrfeige der Duma ins Gesicht. Die Duma fühlt, daß sie etwas antworten muß. Aber was? Es bleibt ihr nichts übrig, als sich in einem Aufruf an das Landvolk zu wenden und es gegen die Regierung aufzupeitschen! So kommt aber die ganze Duma-Komödie vielleicht sehr bald zu Ende. Zwischen der Duma und Regierung muß es aus Anlaß dieser beiden Aufrufe an das Volk zu einem entscheidenden Kampf kommen. Das wichtigste aber ist, daß beide Streitenden gegen den eigenen Willen selbst an das Volk appellieren und so diejenige Macht zum Richter anrufen, die der Komödie allein ein Ende machen und die offene Revolution von neuem entfesseln werden. Es handelt sich hier zwar zunächst nur um das Landvolk, um die Bauern. Aber sobald der Bauernkrieg im Ernst beginnt, wird und kann natürlich die städtische Arbeiterschaft nicht ruhig bleiben. Ja, noch mehr. Die Bauern – sind nur erbittert und sie wollen Grund und Boden bekommen. Aber sie sind unklar, unorganisiert, sie können sich noch von jedem Schwindler an der Nase herumführen lassen. Die einzige Klasse, die in den kommenden Kämpfen der Revolution an der Spitze stehen kann, als führendes, leitendes Element, ist die städtische Arbeiterschaft, die in ihrem sozialdemokratischen Programm einen sicheren Leitstern und in ihrer sozialdemokratischen Parteiorganisation einen sturmsicheren Panzer besitzt. Drum wieder, wie vordem, Genossen: das Auge klar, den Willen fest, den Mut kampfbereit, denn wir gehen ernsten Zeiten entgegen!

Vorwärts. Organ der Sozialdemokratie Russisch-Polens
und Litauens. Łódź. Nr. 6, 28. Juli 1906. S. 1/2.

- 3 Im Mai und Juni 1906 brachten die beiden größten Duma-Fraktionen, die Kadetten und die sogenannten Trudowiki, also die Bauernvertreter, jeweils Agrarprojekte ein, die auf sofortige Ablehnung der Regierung stießen, die sich auf das Eigentumsrecht berief, das sie zu schützen habe. Anfang Juli 1906 warnte die Zarenregierung die Bauern, den Verheißungen aus der Duma Glauben zu schenken, wobei sie zugab, sowieso am längeren Hebel zu sitzen. In der Folge des festgefahrenen Agrarkonfliktes löste der Zar schließlich am 22. Juli 1906 die Duma kurze Zeit später auf, weil die Duma am 19. Juli 1906 erneut die Verteilung auch von privaten Ländereien an bedürftige Bauern versprochen hatte.

WILLI BEITZ

Rosa Luxemburg in Andrej Platonows Roman »Tschewengur«

Die Gestalt einer deutschen Revolutionärin im Werk eines russischen Schriftstellers – das ist nichts Ungewöhnliches, wenn man bedenkt, welche herausragende Rolle Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterbewegung für die russische Revolution und deren Akteure – sowohl bei der Nutzung internationaler Erfahrung als auch bei der Bestimmung des eigenen gesellschaftlichen Weges – gespielt haben. Ungewöhnlich ist das poetisch-intime Verhältnis, das in »Tschewengur«, einem der frühen Romane Andrej Platonows, zur toten Rosa – fast wie zu einer Lebenden, einer geliebten Frau – hergestellt wird.

Dieses Thema ist in der russischen und internationalen Literaturwissenschaft dank einer in den letzten Jahrzehnten enorm intensivierten Platonow-Forschung mehrfach behandelt worden.

Davon zeugen die aus dem In- und Ausland stark besuchten Platonow-Konferenzen in Russland, vor allem der Jahre 1999, 2001, 2004, 2011 und entsprechend umfangreiche Publikationen. Die Slawistin Dr. Lola Debüser (Berlin) hat an diesem Prozess einen nicht geringen Anteil. Sie hat im einstigen DDR-Verlag »Volk und Welt« und danach noch im Berliner Oberbaum-Verlag eine ganze Reihe von Platonow-Editionen betreut und mit gehaltvollen Nachworten versehen, darunter auch die erste deutsche Ausgabe des Romans »Tschewengur« (Berlin: Volk und Welt 1990).

Platonows Roman »Tschewengur« bietet die erste große epische Auseinandersetzung dieses Schriftstellers mit dem Problem des gesellschaftlichen Kurses in der UdSSR unter der Stalinschen Führung. Dieser Roman war das zweite größere Werk Platonows, der Hauptteil entstand in den Jahren 1927/1929. Es geht darin um nichts weniger als den Versuch, an einem fiktiven Ort irgendwo in der mittlrussischen Ebene (nicht weit von Platonows Woronesher Heimat) eine Kommune, mehr oder weniger ein Land Utopia zu errichten. Dies geschieht ohne absichernden Kontakt mit Personen aus der russischen Zentrale. Es ist ein waghalsiges Unternehmen einfacher Leute an der dörflichen Basis. Natürlich gibt es bei den unvermeidlichen Verunsicherungen Beratungsbedarf, doch es bleibt beim bloßen

Benennen möglicher Ratgeber – von Marx bis Mehring, von Karl Liebknecht bis Trotzki und natürlich auch Lenin. Jedoch nur in einem Falle, nämlich bei der ermordeten Rosa Luxemburg, kommt es bei einem der Revolutionäre, einem einfachen Mann namens Stepan Kopjonkin zu mehr als einer um Rat suchenden Hinwendung. Und dies ist keine flüchtige Neigung, sondern eine dauerhafte emotionale Bindung, der die Idee entspringt, eines Tages mit dem Schlachtroß (das den sinnigen Namen »Proletarische Kraft« trägt) zum fernen Grab der geliebten Rosa aufzubrechen... Vergewärtigen wir uns den Charakter dieser einzigartigen Beziehung. Einerseits brodelt es in Stepan wie in einem leidenschaftlichen Liebhaber (dem auch Anwendungen von Eifersucht nicht fremd sind). Und doch steht über allem ein großes Anliegen – nämlich die ferne Geliebte (wenigstens ideell) in die eigene revolutionäre Tätigkeit zu integrieren. Daher wacht Stepan eifersüchtig über die Einzigartigkeit dieser Beziehung, gerät auch mal wie ein echter Liebhaber aus der emotionalen Balance, doch vergisst er nie den höheren Zweck seiner Beziehung, letztlich für die Weltrevolution.

Wie dieses auffällige Geschehen in Platonows Roman zu beurteilen ist – dazu wurden auf den erwähnten Konferenzen verschiedene interessante Gedanken geäußert.

Einen besonders ergiebigen Beitrag leistete hierzu der westdeutsche Slawist Hans Günther, ein ausgewiesener Kenner der sowjetischen Kulturszene.¹ Er ordnete die Ideenwelt des Romans »Tschewengur« mehr oder weniger einer vom frühen Bolschewismus geprägten »utopischen Woge« zu. Der geistigen Disposition und Denkweise dieser Periode entspreche bei Platonow die »Liebe zum Fernsten« (das ist ein aus der Philosophie Nietzsches – auch dies eine geistige Station des suchenden jungen Platonow – entlehntes Motiv) als eine dem Utopiedenken angemessene Ethik (bei Nietzsche heißt es bekanntlich im »Zarathustra«: »Höher als die Liebe zum Nächsten ist die Liebe zum Fernsten und Künftigen ...«²). Hingegen erlange nach dem Abschwollen der utopischen Woge, etwa in Platonows Erzählungen der 1930er Jahre wie »Fro« oder »Unsterblichkeit«, das umgekehrte Prinzip, nämlich die Liebe zum Nächsten, Dominanz.³ Es lag nun nahe, den von

1 Verwiesen sei hier besonders auf die kulturgeschichtlich aufschlussreiche Studie Hans Günthers: *Der sozialistische Übermensch. M. Gor'kij und der sowjetische Heldenmythos*. Stuttgart, Weimar 1993.

2 Friedrich Nietzsche: *Werke in drei Bänden*. Bd. 2. Darmstadt 1997. S. 324.

3 Ch. Gjunter: *Ljubov' k dal'nemu i ljubov' k bližnemu*. In: »Strana filosofov« Andreja Platonova: *problemy tvorčestva*. Vypusk 4. Jubilejnyj. Moskva 2000. S. 304f.

seinen revolutionären Ideen ebenso wie von seiner Fernliebe erfüllten revolutionären Reiter Kopjonkin mit einer anderen durch die Lande reitenden und gleichfalls einer geliebten Frau ergebenden weltliterarischen Figur zu vergleichen – natürlich dem Don Quichote bei Cervantes. In diesem Zusammenhang setzte sich Vsevolod Bagno (St.-Petersburg) mit der Frage auseinander, zu welcher spezifischen Variante des Romans »Tschewengur« eigentlich gehöre – und schloß sich dem Vorschlag Michail Epschteins an, ihn wie das berühmte Werk von Cervantes dem Typus des Ritterromans zuzuordnen.⁴ Interessant war der Beitrag eines Konferenzteilnehmers aus Taiwan, Lai Intschuan, der auf die »Idee der Wanderschaft« (bzw. des Lebens auf Wanderschaft) und ihren Reflex in Platonows Roman einging. Er verwies auf den Unterschied zur Literatur des Mittelalters, wo der Wanderweg im Dienste Gottes angetreten wurde, während Stepan Kopjonkins Weg zur Revolution, zu Rosa Luxemburg und zum Proletariat führe. Doch gleichwohl stehe Kopjonkin dem »europäischen Typ des Wanderers« nahe.⁵ Beachtenswert war auch ein Hinweis in dem Beitrag von Natalja Poltawzewa (Moskau), sie zitierte den britischen Kultursoziologen Tom Osborn, der geäußert hatte: »Es gibt kaum jemand, der besser über die Bedeutung der Utopie im zwanzigsten Jahrhundert Bescheid wusste als der unglaublich begabte russische Schriftsteller Andrej Platonow. Für Platonow spielte die Utopie nicht nur in der Gedankenwelt oder der Phantasie eine Rolle – vielmehr war sie das, was man zum Leben braucht.«⁶

In allem, was hier zur Rolle der Rosa-Luxemburg-Figur (oder auch nur ihres erweckenden und symbolträchtigen Namens) im Roman gesagt werden konnte, wurde deutlich: dies war nicht schmückendes Beiwerk oder Mittel zur historischen Datierung, sondern für den Autor notwendiger Ausdruck seines eigenen, von starken Erwartungen geprägten Gesellschaftsdenkens. Platonow hat sich in der zeitgenössischen politischen Szene wie auch bei ihren wissenschaftlichen Protagonisten umgeschaut, und so läßt er die Akteure des Romans, besonders die an dem Kommunismus-Versuch von Tschewengur Beteiligten, immer wieder nach den herausragenden Theoretikern

- 4 Vs. Bagno: »Zabludjaščie kavalery« v romane Platonova. In: »Strana filosofov« Andreja Platonova. Problemy tvorčestva. Vypusk 6. Moskva 2005. S. 68.
- 5 Lai Inčuan' (Taipeh): Ideja stranničestva v romane »Čevengur« v svete epochi kul'turnoj transformacii. Ebenda. S. 152f.
- 6 Zit. nach N. Poltavceva: Čevengur. Ideologija ili utopija? In: »Strana filosofov« Andreja Platonova. Problemy tvorčestva. Vypusk 6. Moskva 2005. S. 161.

der Revolution von Marx bis Mehring, von Lenin bis Liebknecht fragen, bei ihnen authentische Antworten suchen, wenn sie vor einem neuen Problem stehen, oder wenn die Demagogie ihrer Gegner sie vom Wege abzubringen sucht. Keiner dieser Fälle ist jedoch mit der sehr intimen und tief verinnerlichten Liebesbeziehung Kopjonkins zu Rosa Luxemburg vergleichbar – und nicht zuletzt ist zu beachten, dass das Verhältnis Platonows zu Rosa Luxemburg in den frühen nachrevolutionären Jahren noch durch einige zusätzliche Akzente geprägt wurde, die sich aus seinen utopisch-revolutionären Ansichten ergaben.

Aufschlussreich ist in dieser Beziehung das Textfragment einer Powest mit dem Titel »Stroiteli strany«, das Platonow in den Jahren 1925/1926 niederschrieb. Der Petersburger Literaturforscher V. V'jugin hat den Textkorpus dieses Werks rekonstruiert und mit seinen Kommentaren im Jahre 1995 veröffentlicht.⁷ Und was sehen wir? Auch in diesem Text erscheint bereits die Gestalt der deutschen Revolutionärin. Die Akzentsetzung unterscheidet sich allerdings von derjenigen des späteren Romans. In den Kommentaren von V'jugin wird auf eine Textstelle verwiesen, wo es heißt: »Dwanow und Kopjonkin ritten zu zweit auf einem Pferd zwar in eine Richtung, jedoch zu zwei Frauen: Rosa Luxemburg und Sofja Alexandrowna« (Dwanows Geliebte). Dann stolpert man über den Satz: »Der Sozialismus war für sie zu einer Nebenaufgabe geworden auf dem Wege zur Liebe.«⁸ Das revolutionäre Ziel nur noch eine Nebenaufgabe, der Liebe nachgeordnet – Hierzu merkt V. V'jugin folgendes an: »Wer nur ein wenig mit dem Werk Platonows vertraut ist, wird sich wohl kaum über eine solche – auf den ersten Blick ungewöhnliche – thematische Koppelung wie Liebe und Sozialismus wundern. Diese Begriffe nehmen im System der Vorstellungen Platonows von den Gesetzen des Daseins im Kosmos einen der wichtigsten Plätze ein. Sozialismus – das ist nicht einfach eine besondere Ordnung, eine besondere Organisation der Gesellschaft, sondern ein Phänomen eschatologischen Charakters. Mit ihm ist die Frage des Daseinsziels, des Weltendes und dessen, was danach kommt, unmittelbar verbunden [...] Dasselbe gilt für die Auffassung von Liebe ...«⁹ Diese Feststellung gilt also, wohlgemerkt, für den frühen Platonow!

7 Povest' A. Platonova »Stroiteli strany«. K rekonstrukcii proizvedenija. Publikacija, vstupil'eľnaja stat'ja i kommentarii V. Ju. V'jugina. In: Iz tvorčeskogo nasledija russkich pisatelej XX veka. M. Šolochov, A. Platonov, L. Leonov. St.-Peterburg 1995. S. 309ff.

8 Ebenda. S. 312f.

9 Ebenda. S. 337.

Aus der Reihe wissenschaftlicher Analysen und Kommentare zum Roman »Tschewengur« ragt das Nachwort von Lola Debüser zur oben erwähnten Edition des Romans im Berliner Verlag »Volk und Welt« 1990 heraus. Die Verfasserin analysiert äußerst vielseitig und gründlich vor allem die sozial-historischen Aspekte des dargestellten Versuchs, eine Art ländlicher und von der Umwelt relativ abgeschotteter Kommunismus-Utopie auf russischem Boden zu verwirklichen. Debüser stellt heraus, dass (und wie) sich die Chancen und Risiken für das große Projekt mit den Jahren verändern – was entsprechende Veränderungen der Darstellungsweise nach sich zieht: Satire und Ironie weichen bejahendem Realismus.

In diese geschichtlichen Vorgänge wird auch das Rosa-Luxemburg-Motiv einbezogen. Die beiden Reiter Sascha Dwanow und Iwan Kopjonkin werden von Debüser mit den russischen Märchenhelden, die auf Feuerrossen daherkommen, oder mit Rittern aus der mittelalterlichen Sage verglichen. In diesem Zusammenhang heißt es dann: »Kopjonkin, gleichsam ein Don Quichote auf seiner Rosinante, hackt sogar wie ein armer Ritter von der traurigen Gestalt das Buschwerk ab, um die Signale der Bourgeoisie durcheinanderzubringen. Sein Heiligtum, die Weltrevolution, ist für ihn in der ›Dame seines Herzens‹ – Rosa Luxemburg – verkörpert. Ihr Grab im fernen Deutschland ist sein Lebensziel: Dort will er der Weltbourgeoisie, die Rosa ermordet hat, ein Ende bereiten und der Weltrevolution zum Siege verhelfen.«¹⁰

10 Lola Debüser: »Der Anfang der kommunistischen Gesellschaft«. In: A. Platonow: Tschewengur. Die Wanderung mit offenem Herzen. Roman. Berlin 1990. S. 501.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Die Biografin von Rosa und Karl

Annelies Laschitza zum 80.*

Ihren Namen hörte ich das erste Mal als ich 18 war. Damals, 1974, herrschte unter meinen älteren Freunden aus dem ISKRA-Klub Berlin helle Aufregung. Denn Annelies Laschitza und der – früh verstorbene – Günter Radczun hatten soeben den 4. Band der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg vorgelegt, in ihm: »Die russische Revolution«, das Fragment aus dem Jahre 1918. Diese Schrift war im »sozialistischen Lager« – bis zu seinem Ende – ansonsten verboten. (Die ausgedruckte polnische Ausgabe, der einzige Versuch der Veröffentlichung von »Die russische Revolution« zuvor, hatte Wladyslaw Gomułka 1957 auf Druck Moskaus einstampfen lassen müssen.)

Wir lasen mit hochroten Ohren den Text, fanden uns dabei rrrrevolutionär und verstanden – nichts. Nicht einmal, dass es sich um eine Selbstverteidigungsschrift handelte, in der Rosa Luxemburg sagen wollte, was sie im Falle einer deutschen Revolution alles anders machen würde als die Bolschewiki: keinen Terror, keine Unterdrückung der politischen Freiheiten, keine Minderheitendiktatur. (Selbst wenn diese Schrift erschienen wäre, hätte sie Rosa Luxemburg nichts geholfen. Auch dann wäre sie als »Bolschewistin« gejagt und ermordet worden; Deutschland halt ...)

Von da an verfolgte ich aufmerksam Annelies Laschitzas Publikationen, freute mich über das zwischen den Zeilen und 1986 über den Rosa Luxemburg-Film von Margarethe von Trotta; wissenschaftliche Beratung: Annelies Laschitza. Meine Freude währte nur kurz. Ein Politbüromitglied entschied: So etwas wollen unsere Menschen nicht sehen; gemeint war: Dem Volk muss die Religion erhalten bleiben. Der Film wurde zurückgezogen. Da hatte Annelies Laschitza mit ihren Kollegen längst den nächsten Meilenstein gesetzt: mit der sechsbändigen Ausgabe der Briefe von Rosa Luxemburg, sie erschien ab 1980.

* Neues Deutschland. 6. Februar 2014. S. 14 (Berlin-Ausgabe).

1990 setzte der Dietz Verlag Berlin Annelies Laschitza den Stuhl vor die Tür: So etwas wie Rosa Luxemburg habe sich erledigt. Jetzt wurde Ruth Fischer (»Stalin und der deutsche Kommunismus«, 2 Bände, 1991) gedruckt – von denselben Leuten, die bis 1989 stets in Treue fest zur SED-Führung gestanden hatten. Ruth Fischer hatte übrigens einst die Ansichten Rosa Luxemburgs als die »Syphilis in der Arbeiterbewegung« bezeichnet und Rosa Luxemburgs Grab geschändet ... Annelies Laschitza gab nicht auf und ging zum Aufbau Verlag: Ihre Rosa Luxemburg-Biografie »Im Lebensrausch, trotz alledem« (1996) wurde ein gewaltiger Erfolg. 2007 folgte »Die Liebknechts«. Unterdessen ist Annelies Laschitza wieder bei Dietz und hat zu ihrem 80. Geburtstag heute sich zusammen mit Eckhard Müller das größte Geschenk selbst gemacht: mit dem fast tausendseitigen Band 6 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg (Ergänzungsband 1893 bis 1906). Weitere Bücher sind in Planung.

Jörn Schütrumpf ist Leiter des Karl Dietz Verlages Berlin.

GÜNTER BENSER

Vielseitiges Engagement

Die Historikerin und Biographin Annelies Laschitzka feiert heute ihren 80. Geburtstag*

Wenn Rosa Luxemburg trotz mancherlei Attacken nicht im Strudel der Verunglimpfungen untergegangen ist, die der »Wende« des Jahres 1989 folgten, so ist dies nicht zuletzt Prof. Dr. Annelies Laschitzka zu danken, die heute ihren 80. Geburtstag begeht. Sie hat sich unermüdlich für die Erforschung und Verbreitung von Luxemburgs Leben und Werk engagiert und eine vielbeachtete, detailgetreue Biographie vorgelegt.

Der Weg der Jubilarin zur Historikerin und Spezialistin für die Geschichte der Linken in der deutschen Sozialdemokratie ist ohne die Bildungschancen, die im Osten Deutschlands eröffnet wurden, schwer vorstellbar. Am 6. Februar 1934 in Leipzig geboren, machte sie nach Besuch der Volks- und Hauptschule beim Rat der Stadt Leipzig ihre Ausbildung. Bereits in jungen Jahren lehrte sie an Verwaltungsschulen. Nach Ablegen einer Sonderreifeprüfung eröffnete sich für sie die Möglichkeit eines Geschichtsstudiums an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wo Walter Markow und Ernst Engelberg zu ihren akademischen Lehrern gehörten. An der Seite ihres ebenfalls als Historiker tätigen Mannes nach Berlin übersiedelt, wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und dann Sektorleiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, das für drei Jahrzehnte ihre wissenschaftliche Wirkungsstätte werden sollte. Hier widmete sie sich der Erforschung der Geschichte der deutschen Linken und der Edition der Werke und Briefe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihre wissenschaftlichen Kenntnisse flossen in eine Doppelbiographie von Karl und Sophie Liebknecht sowie in gewichtige Kollektivwerke der DDR-Historiographie ein. Mit Themen aus diesen historischen Feldern promovierte und habilitierte sie sich.

Stets war ihre Forschungs- und Editionstätigkeit mit ehrenamtlicher Arbeit verbunden, so als langjährige Vizepräsidentin der Historikergesellschaft der DDR.

* Junge Welt. 6. Februar 2014. S. 12.

Laschitza gab nicht auf, als im Jahre 1989/1990 ihr gesamtes bisheriges Lebenswerk in Frage gestellt schien. Sie stand in erster Reihe jener Mitarbeiter ihres Instituts, die sich für eine kritische Bestandsaufnahme und für eine Neuprofilierung der Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung einsetzten und das von jeglicher politischer Bevormundung freie Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung aus der Taufe hoben. Ein auf ihre Initiative und dank ihres wissenschaftlichen Ansehens im März 1991 durchgeführtes Rosa-Luxemburg-Kolloquium erfreute sich einer starken Beteiligung westdeutscher und ausländischer Experten und belegt, dass die heute gängige Stigmatisierung der DDR-Geschichtswissenschaft zunächst nicht existierte, sondern Ergebnis einer politisch gesteuerten Ausgrenzung ist. Nicht zufällig bildete sich am Rande dieses Kolloquiums ein bis heute aktiver Förderkreis »Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung«, der sich bleibende Verdienste bei der Bewahrung der damals gefährdeten Überlieferungen der deutschen Arbeiterbewegung erworben hat.

Annelies Laschitza schuf ihr wissenschaftliches Werk, ohne die Pflege ihres schwer erkrankten Ehemanns zu vernachlässigen. Mit dem Buch »Leben mit Parkinson« hat sie anderen Betroffenen Mut gemacht.

Freuen wir uns mit der Jubilarin darüber, dass rechtzeitig zu ihrem Geburtstag nach fast 40jähriger Unterbrechung ein von ihr betreuter weiterer Band der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs erschienen ist, und wünschen wir ihr Kraft und Gesundheit, damit sie diese für die Linke so wichtige Werkausgabe zum Abschluss bringen kann.

Am 15. Februar um 11 Uhr beginnt im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, eine Vorstellung des 6. Bandes der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs, bei der Annelies Laschitza zugegen sein wird.

MANFRED NEUHAUS

Ein Forscherinnenleben für Rosa Luxemburg

Prof. Dr. sc. phil. Annelies Laschitza zum 80. Geburtstag*

»Irgend etwas sträubte sich in mir von Anfang an gegen den ›Festvortrag‹, und ich entsann mich der Bemerkung von Rosa Luxemburg in einem Brief an Clara Zetkin von Anfang April 1908, in dem sie über ihren Greuel vor März- und Maigedenkreden berichtete und schrieb: ›Ich taue zu einer Festrede wie die Kuh zum Menuett¹«. Mit diesem unerwarteten Bekenntnis hat Annelies Laschitza am 28. März 1992 die zu ihrem ersten Stiftungsfest erwartungsfroh versammelten Mitglieder des Rosa-Luxemburg-Vereins in Leipzig aufhorchen lassen. Ich zitiere es nicht ungerne und werde Ihnen auch gestehen warum: Diese Worte stehen am Beginn einer wunderbaren Freundschaft und beschreiben ziemlich genau meine heutige Gemütsverfassung: Gibt es überhaupt etwas, was ich armer Tor den großartigen Laudatoren Günter Benser, Hartmut Henicke und Jörn Schütrumpf noch hinzufügen könnte?²

Doch hören wir zunächst, wie sich unsere Jubilarin vor zwei Jahrzehnten aus der Affäre gezogen hat. Obwohl sich, wie wir hörten, manches in ihr sträubte, hat sie dann doch einen mit viel Beifall bedachten Festvortrag, so vermelden es die Annalen, gehalten. Er trägt den Titel »Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zukünftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption«. Obwohl bereits wenige Wochen später als Heft 8

* Festrede, gehalten am 15. Februar 2014 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, Anfang April 1908. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 2. S. 327.

2 Siehe Hartmut Henicke: Annelies Laschitza – ein aufregendes und ergebnisreiches Historikerleben. Zum 70. Geburtstag. In: Mensch sein, das heißt ... Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart. Internationales Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Annelies Laschitza. [Hrsg. von Rainer Holze und Eckhard Müller.] Berlin 2004. S. 6–63 (Pankower Vorträge. H. 69/1). – Jörn Schütrumpf: Die Biografin von Rosa und Karl. Annelies Laschitza zum 80. In: Neues Deutschland. 6. Februar 2014. S. 14 (Berlin-Ausgabe). – Günter Benser: Vielseitiges Engagement. Die Historikerin und Biographin Annelies Laschitza feiert heute ihren 80. Geburtstag. In: Junge Welt. 6. Februar 2014. S. 12.

der »Mitteilungen des Rosa-Luxemburg-Vereins« veröffentlicht, harrt er, dem damaligen Zeitgeist gemäß schlicht gewandert, noch der Aufnahme in das Verzeichnis der Werke unserer Jubilarin. Und so wird es nicht schaden, daraus weiter zu zitieren: »Ich teile mit Rosa Luxemburg die Abneigung gegen so etwas ›Festliches‹ oder gar ›Feierliches‹, nicht weil ich mich unverstanden zieren möchte, sondern weil ich das Thema angesichts des Ernstes der Situation für viele Menschen in diesem Lande und im Augenschein der nicht enden wollenden desillusionierenden Erfahrungen im Umgang mit Rosa Luxemburg in jeder neuen Phase der Entwicklung für zu problembeladen halte, als daß da ruhige Beschaulichkeit und gediegene festliche Originalität angesagt sein könnten. Politischer und geschichtswissenschaftlicher Realitätssinn, kritische Sicht und Meinungsstreit sind hier wohl eher angebracht, so etwa, wie Rosa Luxemburg in ihrem Artikel ›Märzenstürme‹ 1912 schrieb³, um dagegen anzugehen, im Wust der Tagespolitik den Maßstab für große und kleine Dinge zu verlieren, denn es gelte zu lernen, alte Fehler zu vermeiden und neue zu zerstören.«⁴

Das sind hehre Maßstäbe, denen ich nicht ohne weiteres genügen kann. Wahr ist aber auch: Nur wenn der Korb hoch hängt, wird auch hoch gesprungen. Lassen wir es also darauf ankommen.

In der von Männern dominierten DDR-Historikerzunft der sechziger, siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war Annelies Laschitza eine Ausnahmeerscheinung. Wer bedenkt, dass Vertreterinnen des schöneren Geschlechts auf Lehrstühlen ungeachtet aller frauenemanzipatorischen Rhetorik auch heute noch eine Minderheit sind, erkennt, wie ungewöhnlich die wissenschaftliche Karriere unserer Jubilarin ist. Obwohl ich mir durchaus bewusst bin, dass allzu große Nähe die Wahrnehmung blenden kann, will ich zu ergründen versuchen, worin das Erfolgsgeheimnis unserer verehrten Kollegin ruht.

Annelies Laschitza entstammt einer Angestelltenfamilie der Universitäts-, Buch-, und Messestadt Leipzig, und so liegt es nahe zu fragen, ob in diesem Milieu erfahrene mentale Prägungen die Zumutungen jahrzehntelanger Diaspora im hauptstädtischen Berlin überdauert haben?

3 Rosa Luxemburg: Märzenstürme. In: Werke. Bd. 3. Juli 1911 bis Juli 1914. 2. Aufl. Berlin 1978. S. 146.

4 Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zukünftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. In: Mitteilungen 8. Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig 1992. S. 3.

Sie ahnen gewiss, woran ich denke, nämlich zuerst und vor allem an die sprichwörtliche sächsische Vigilanz. In Lehmstedts »Sächsischem Volkswörterbuch«, zweite Auflage, Leipzig 2013, erfahren wir auf Seite 342 zum Lemma vigilant: »geistig und körperlich beweglich, pfiffig, aufgeweckt, gewitzt, schlau, klug und geschickt, munter, gelenkig, wendig«, in der Volksspr. noch sehr beliebtes Wort; v[igilant] und helle [...] zu sein, d. h. sich in allen Lebenslagen zu helfen zu wissen und sich nicht betrügen zu lassen, gilt als ein Wesensmerkmal der sonst so *gemietlichen Sachsen*; sie *sind fihilante Kerlchen*, die in die Welt passen und sich nichts vormachen lassen«. Jeder weitere Kommentar hierzu, da werden Sie mir sicher zustimmen, dürfte sich einstweilen erübrigen.

Die vigilante junge Sächsin Annelies Wegert erlernt zunächst den Beruf der Verwaltungsangestellten und unterrichtet bald selbst an sächsischen Verwaltungsschulen. Wie es der Zufall will, trifft sie im erzgebirgischen Bermsgrün in Gestalt des fünf Jahre älteren Horst Laschitza nicht nur einen erfahreneren Berufskollegen, sondern auch den künftigen Ehepartner. Im Jahr ihrer Eheschließung erwerben beide an der Leipziger Arbeiter- und Bauern-Fakultät die Sonderreifeprüfung und beginnen ein Geschichtsstudium an der Alma mater lipsiensis. Sie trägt seit ein paar Monaten den Namen des bärtigen Welterklärers aus Trier und zählt mit Ernst Bloch, Werner Krauss und Hans Mayer das intellektuelle Spitzenpersonal der jungen Republik zu ihren angesehensten Ordinarien. Zu den akademischen Lehrern der Laschitzas gehörten zwei heute viel bewunderte Gelehrte. Es ist unschwer zu erraten, dass nun von Walter Markov und Ernst Engelberg die Rede sein sollte. Immerhin waren es Engelberg und Josef Schleifstein, die Annelies Laschitza in einem der üblichen Spezialseminare erstmals mit dem großen Thema ihres Forscherinnenlebens in Berührung brachten. So gerüstet mag es nicht allzu fern gelegen haben, 1958 in den Dienst des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu treten; wenn ich mich nicht täusche, dürfte Ehegatte Horst mit der Parteihochschule Karl Marx als Einsatzort für einen hoffnungsvollen Absolventen die schlechteren Karten gezogen haben.

Annelies Laschitza war und ist eine leidenschaftliche Forscherin.

Gefeit vor der Gunst des Augenblicks und beflügelt durch die Zusammenarbeit und Freundschaft mit Günter Radczun und Feliks Tych, hat sie ein auch in der Rückschau geradezu verwegenes Editions- und Forschungsprogramm entfaltet, retardierenden Umständen getrotzt, modifizierende Kompromisse gefunden und, sonst säßen wir nicht in dieser trauten Runde, mit unglaublicher Fortune zu verwirklichen vermocht.

Am Beginn steht der kategorische Imperativ der Historikerin. Er umfasst nur zwei Worte, die seit Erasmus und Melanchthon für die Rückbesinnung auf die Originaltexte stehen: *ad fontes* – zu den Quellen.

Die Beherzigung dieses Grundsatzes bewahrte sie wie ein innerer Kompass davor, auf dem schmalen Grat zwischen erwarteter Loyalität und intellektueller Selbstbehauptung die Balance zu verlieren.

Es wäre allzu naiv anzunehmen, die Rituale der poststalinistischen Wissenschaftskultur hätten nur in der akademischen Provinz, nicht aber der Höhle des Löwen gegolten; unter dem Kanzeldach der Kirche war die Charaktermaske des Diskurspolizisten allgegenwärtig.

Unsere Jubilarin vertraute der hermeneutischen Kraft der Editionsphilologie. Ihre penible Rekonstruktion der Debatten, Gemeinsamkeiten und gravierenden Differenzen zwischen Luxemburg und Lenin lieferte die Argumente, um das Vollständigkeitspostulat der Editionsphilologie gegen die Zensur zu behaupten und das von Stalin, aber nicht nur von ihm verteuflte Manuskript »Zur russischen Revolution« im vierten Band der »Gesammelten Schriften«⁵ zu veröffentlichen.

Jörn Schüttrumpf hat in seinem Geburtstagsgruß für Annelies Laschitza im »Neuen Deutschland«⁶ pointiert, wie sensationell junge Leute 1974 die Lektüre empfunden haben.

Wie meine akademische Lehrerin Jutta Seidel mochte auch unsere Jubilarin keine Eleven, die sich vor dem Aktenstaub der Archive fürchten und vor der deutschen Schreibschrift kapitulieren.

Gemessen an Habitus und Verfahren der ewig jungen Leitfiguren jener die DDR prägenden »Aula«-Generation verhielt sich Annelies Laschitza atypisch. Schon bevor sie Professorin wurde, war ihr das Wohl und Wehe aller Schutzbefohlenen enorm wichtig. Sie ist mit einem großen Talent zur Freundschaft gesegnet. Ihr ungekünstelter Charme wird den heutigen Ehrungsмарaton vor Steifheit und Förmlichkeit bewahren. Unsere Jubilarin mag ein gepflegtes Understatement und hat, wenn ich es recht sehe, ihre Mitstreiter zu selbstbewusster Bescheidenheit ermutigt. Sie zählte nie zu jenen, denen die Brust vor eigener Bedeutung schwillt. Und so konnte

5 Siehe Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: *Gesammelte Werke*. Bd. 4. S. 366–373. – Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengest. und eingel. von Annelies Laschitza. Berlin 1990.

6 Siehe S. 65f.

im wissenschaftlichen Arbeitsalltag gemeinsam verinnerlicht werden, dass Lust und Liebe die Fittiche zu großen Taten sind, was es heißt, durch fordern zu fördern; ebenso, dass Kreativität nicht nur eine Frage des Talents ist. Große Erfolge, das hat sie bald erfahren, sind selten, müssen hart erkämpft werden und kommen oft teuer zu stehen.

Annelies Laschitza lehrte wissenschaftlich zu argumentieren und hat dabei nie vergessen, die deutsche Fußnote, deren tragische Ursprünge Anthony Grafton so meisterhaft beschrieben hat⁷, zu ehren.

Modischer Firlefanz und pseudogelehrtes Brimbamborium, dafür könnte ich mich verbürgen, sind ihr immer fremd geblieben.

Außerordentliches wäre über die, wie wir heute sagen, Managementqualitäten unserer Jubilarin zu berichten. Sie führte, dem äußeren Anschein nach, mit langer Leine, wird die Zügel aber spätestens dann straff in die Hand genommen haben, wenn es Zielführung und Dignität der anspruchsvollen Editionsprojekte geboten.

Ohne eine solche Balance, ohne jenes bereits von Marx in der berühmten Inauguraladresse angemahntes *fortiter in re, suaviter in modo*⁸ ist keine moderne Unternehmensführung denkbar. Ich will gerne bekennen, dass dies zu verstehen schon schwierig, es dann aber selbst mit der Meisterschaft und dem Erfolg unserer Freundin handhaben zu wollen, selten gelingt.

»Wer zu Beginn des 21. Jahrhunderts aktuelle Schriften der weltweiten, sich gerade erst von schwersten Niederlagen erholenden Linken studiert« – die zutreffende Beobachtung von Dietmar Dath kann uns erfreuen – »begegnet überall Luxemburgs Denken.«⁹ Mitunter werde sogar, was Rosa Luxemburg wollte und wie sie es begründete schon wieder wichtiger genommen als ihre Passionsgeschichte.

Die Theoretikerin Rosa Luxemburg Sorge, wo sie fortwirke, stattdessen für das, was ihr am liebsten war, nämlich für Bewegung.

Und daran, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben unsere verehrte Jubilarin und viele anwesende Freunde und Kollegen keine geringe Aktie.

Meinem schüchternen Versuch, die Editorin Annelies Laschitza zu würdigen, soll ein bereits mehrfach geäußerter Gedanke vorausgeschickt werden,

7 Siehe Anthony Grafton: Die tragischen Ursprünge der deutschen Fußnote. Aus d. Amerik. von H. Jochen Bußmann. Berlin 1995.

8 Marx an Engels, 4. November 1864. In: MEW. Bd. 31. S. 16.

9 Dietmar Dath: Rosa Luxemburg. Berlin 2010. S. 8 (Suhrkamp-Basis Biographie 35).

nämlich die Feststellung: Es gilt als Besonderheit deutscher Kultur- und Geistesgeschichte und wird weltweit anerkannt und bewundert, dass die Texte unserer bedeutendsten Dichter und wirkungsmächtigsten Denker der Nachwelt in wohlfeilen Werkausgaben überliefert werden.

Was Annelies Laschitza, Günter Radczun und Feliks Tych geleistet haben, um das literarische Erbe von Rosa Luxemburg für künftige Generationen zu bewahren, ist bewunderungswürdig. Die unter der Ägide Radczuns und Laschitzas edierten »Gesammelten Werke«¹⁰ und »Gesammelten Briefe«¹¹ gelten als internationaler Standard. Inzwischen beträchtlich, nämlich um je-

- 10 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz Verlag Berlin. Bd. 1. 1893 bis 1905 [Red. Georg Adler, Brigitte Hoefl, Elisabeth Piwka, Günter Radczun unter Mitarb. v. Elke Kleeberg. Übers. a. d. Poln. Hildegard Bamberger. Kontrollübers. Elisabeth Piwka, Reinhold Jeske. Ltg. d. Red. Günter Radczun.] Erster Halbbd. 1970. 49*, 835 S.; 8., überarb. Aufl. 2007; Zweiter Halbbd. 1970. 667 S.; 7., überarb. Aufl. 2000. – Bd. 2. 1906 bis Juni 1911 [Red. Brigitte Hoefl, Elisabeth Piwka, Günter Radczun unter Mitarb. v. Georg Adler u. Gisela Keck. Übers. a. d. Poln. Hildegard Bamberger, Elisabeth Piwka, Reinhold Jeske. Übers. a. d. Russ. Maria Uhlmann. Ltg. d. Red.: Günter Radczun.] 1972. 34*, 590 S.; 6., überarb. Aufl. 2003. – Bd. 3. Juli 1911 bis Juli 1914 [Red. Georg Adler, Brigitte Hoefl, Elke Kleeberg, Günter Radczun unter Mitarb. v. Gisela Keck u. Elisabeth Piwka. Ltg. d. Red. Günter Radczun.] 1973. 33*, 501 S.; 6., überarb. Aufl. 2003. – Bd. 4. August 1914 bis Januar 1919 [Red. Georg Adler, Brigitte Hoefl, Elke Kleeberg, Günter Radczun unter Mitarb. v. Erna Herbig u. Gisela Keck. Ltg. d. Red. Günter Radczun.] 1974. 58*, 558 S.; 6., überarb. Aufl. 2000. – Bd. 5. Ökonomische Schriften [Red.: Brigitte Hoefl, Eckhard Müller, Günter Radczun unter Mitarb. v. Georg Adler u. Erna Herbig. Vorw. H. Lehmann. Ltg. d. Red. Günter Radczun.] Berlin 1975. 34*, 807 S.; 6., überarb. Aufl. 2000. – Bd. 6. 1893 bis 1906. Hrsg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hrsg. u. bearb. v. Annelies Laschitza u. Eckhard Müller. Mit e. Vorw. v. Annelies Laschitza. Karl Dietz Verlag Berlin 2014. 990 S.
- 11 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz Verlag Berlin. Bd. 1–5 [Red. Georg Adler, Erna Herbig, Brigitte Hoefl unter Mitarb. v. Marianne Dingel. Übers. a. d. Poln. Hildegard Bamberger, Eduard Ullmann unter Mitarb. v. Ines Mietkowska-Kaiser. Ltg. d. Red. Annelies Laschitza, Günter Radczun.] Bd. 1. 1893 bis 1902. 1982. 54*, 720 S.; 3. Aufl. 1989. – Bd. 2. 1903 bis 1908. 1982. 3*, 456 S.; 3., korr. u. erg. Aufl. 1999. – Bd. 3. 1909 bis 1910. 1982. 3*, 334 S.; 2. Aufl. 1984. – Bd. 4. 1911 bis 1914. 418 S.; 3., überarb. Aufl. 2001. – Bd. 5. August 1914 bis Januar 1919. 1984. 512 S.; 2. Aufl. 1987. – Bd. 6. Hrsg. v. Annelies Laschitza. Red. Annelies Laschitza. Zeitw. Mitarb. Georg Adler, Erna Herbig, Elke Keller, Eckhard Müller. Zweitw. wiss.-techn. Unterstützung: Marianne Dingel, Gudrun Hofmann, Annett van der Meer. Übers. a. d. Franz. Rosemarie Giese. Übers. a. d. Poln. Gerd Kaiser, Ines Mietkowska-Kaiser, Maria Uhlmann. Übers. a. d. Russ. Emilija Fichtner, Maria Uhlmann. 1993. 22*, 385 S.

weils einen Band mit spektakulären Texten und Briefen erweitert und durch Nachauflagen gravierend verbessert, bieten sie die gesicherte Textgrundlage für moderne Ausgaben in aller Welt, wie beispielsweise die 2011 in Sao Paulo von Isabel Loureiro begonnenen »Textos escolhidos de Rosa Luxemburgo«¹².

Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschirmte verlegerische Engagement des Karl Dietz Verlages für die Werke und Briefe von Marx, Engels und Luxemburg verdient Respekt und Anerkennung. Nach Marx' Nobilitierung durch die UNESCO besitzt es die Aura des Weltkulturerbes.

Man könnte auch vom Tafelsilber des Verlages sprechen, das, um im Bild zu bleiben, selbst bei größter Haushaltsnot nicht à la Marx ins Pfandhaus wandern, sondern emsig geputzt werden sollte, so dass es stets gebrauchsbereit zu blinken vermag. Wenn ich das in meiner Phantasie weiter ausmale, sehe ich wiederum Annelies Laschitza und Eckhard Müller, Holger Politt, Jörn Schütrumpf, Klaus Kinner und Erhard Hexelschneider, nicht zu vergessen Ottokar Luban, und, blicken wir zu Marx und Engels, den unermüdlichen Rolf Hecker, im Weinberg des Herrn zu Werke gehen.

Im analogen Zeitalter galt ein Brief, das wissen wir von Goethe, als »der schönste, unmittelbarste Lebenshauch«¹³. Heute verdrängen Handy- und Facebook-Kommunikation zunehmend die handgeschriebene, der Jugend romantisch, wenn nicht verstaubt anmutende Briefkultur. Paradoxerweise wird das editorische Bemühen um »Gesammelte Briefe« dadurch kaum in Mitleidenschaft gezogen. Bibliothekskataloge, Feuilletondebatten und Kaufinteresse bezeugen: Briefwechselfausgaben werden in erstaunlicher Anzahl verlegt und erfreuen sich anhaltender Publikumsgunst. Erlauben Sie dazu eine möglicherweise erhellende Arabeske: Die Lektüre fremder Briefe hat, diese Beobachtung verdanken wir Peter von Matt, etwas Unanständiges: Es ist, als sitze man mit einer Tarnkappe in einer fremden Stube und höre zu, wie die Leute einander Dinge sagen, die sie nie sagen würden, wenn sie

12 Siehe *Textos escolhidos de Rosa Luxemburgo*. Vol. 1. (1899–1914). Trad. do alemão Stefan Fornos Klein. Trad. do polonês Bogna Thereza Pierzynski. Vol. 2. (1914–1919). Organização, trad. do alemão e notas Isabel Loureiro. São Paulo, SP: Ed. UNESP 2011. XXIII, 511 S., X, 413 S.

13 Johann Wolfgang von Goethe: *Die Wahlverwandtschaften*. In: *Goethes Werke in zwölf Bänden*. Bd. 5. 5. Aufl. Berlin und Weimar 1988. S. 356 (Bibliothek deutscher Klassiker).

wüssten, dass noch einer im Raum ist. Und darauf, so Matts Pointe, möchte wohl auch künftig niemand verzichten.¹⁴

Rosa Luxemburg korrespondierte mit mehr als 150 Briefpartnern in Europa und Amerika. Ihre überlieferte, in den Bänden 1 bis 6 der »Gesammelten Briefe« mustergültig edierte Korrespondenz umfasst mehr als 2700 Briefe, Postkarten und Telegramme. Dass spektakuläre Funde nicht nur der Vergangenheit angehören, hat unlängst Klaus Kinner unter Beweis gestellt. Das von ihm für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen aus Privathand erworbene, an die Presskommission der »Leipziger Volkszeitung« gerichtete Schreiben unserer Namenspatronin vom 27. September 1902¹⁵ gilt laut Annelies Laschitzas Expertise als der sechste und mit Abstand umfangreichste Brief, der seit dem Erscheinen des sechsten Bandes der »Gesammelten Briefe« 1993 von Forschern entdeckt oder, wie im vorliegenden Fall, aus Privatbesitz an das Tageslicht gefördert wurde. Sein Gehalt ist zudem so aufschlussreich, dass die oft grundlos bemühte Metapher von der nun endlich geschlossenen Forschungslücke dem philologischen Befund tatsächlich gerecht wird.

In einem erhellenden Essay, dem eine ebenso originelle, wie subtile Untersuchung des gesamten Textkorpus vorausging, plädiert Volker Caysa dafür, das von Rosa Luxemburg geführte exemplarische Leben, das glücklicherweise von ihr selbst in ihren Briefen dokumentiert und in Maximen, Sentenzen, Lebens- und Überlebensregeln für sich selbst und für andere reflektiert ist, als ihr philosophisches Hauptwerk zu betrachten und gleichberechtigt neben die Werke zu stellen. In den Briefen Rosa Luxemburgs werde getröstet, geweint, geflucht, geschimpft, bemitleidet, gelitten. Immer gehe es darum, Stand zu halten, »inneren Halt« zu gewinnen, sich zu beherrschen, Haltung zu zeigen, um sich selbst achten zu können und zu tun, was man sich und seinen Idealen schuldig ist. In dieser Hinwendung der, so Caysa, »beinharten« Politikerin Rosa Luxemburg zum Menschlich-Allzumenschlichen, in diesem Mitleiden mit der geschundenen Kreatur, bestehe das eigentliche philosophische Politikum.¹⁶

14 Peter von Matt: Vom Keifen und Kneifen, Streicheln und Trösten. Theodor und Emilie Fontanes Briefe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Nr. 231, 6. Oktober 1998. S. L 27.

15 Siehe Rosa Luxemburg: Brief an die Presskommission Leipzig vom 27. September 1902. In: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. H. 8. Leipzig 2011. S. 19–23. – Klaus Kinner: Ein bisher unbekannter Brief Rosa Luxemburgs. Eine Lücke in der Luxemburg-Forschung schließt sich. Ebenda. S. 9–15.

16 Volker Caysa: Rosa Luxemburg – das Leben als Werk. In: Rosa Luxemburg. Historische

Nachdem Caysa einen neuen Blick auf die philosophische Dimension des Luxemburgischen Briefkorpus eröffnet hat, ist es mehr als überfällig, dessen literarischen Rang zu rühmen: Es ist Karl Kraus, der sprachmächtigste Polemiker deutscher Zunge, dem wir die erste und bis heute unübertroffene Würdigung von Rosa Luxemburgs Briefen als großer Literatur verdanken. Kraus hatte in öffentlicher Lesung in Berlin, später auch in Dresden und Prag, den heute vielzitierten Büffelbrief vorgetragen. Was er darüber im Juli 1920 in der »Fackel« berichtet, darf ich Ihnen nicht vorenthalten: »Der tiefste, je in einem Saal bewirkte Eindruck war die Verlesung des Briefes von *Rosa Luxemburg*, den ich am Pfingstsonntag in der Arbeiter-Zeitung gefunden und auf die Reise mitgenommen hatte. Er war im Deutschland der unabhängigen Sozialisten noch völlig unbekannt. Schmach und Schande jeder Republik, die dieses im deutschen Sprachbereich einzigartige Dokument von Menschlichkeit und Dichtung nicht allem Fibel- und Gelbkreuzchristentum zum Trotz zwischen Goethe und Claudius in ihre Schulbücher aufnimmt und nicht zum Grausen vor der Menschheit dieser Zeit der ihr entwachsenden Jugend mitteilt, daß der Leib, der solch eine hohe Seele umschlossen hat, von Gewehrkolben erschlagen wurde. Die ganze lebende Literatur Deutschlands bringt keine Träne wie die dieser jüdischen Revolutionärin hervor und keine Atempause wie die nach der Beschreibung der Büffelhaut: ›und die ward zerrissen‹.«¹⁷

Ich will mir die naive Hoffnung nicht nehmen lassen, dass künftige Leser der »Gesammelten Briefe« wirkungsgeschichtliche Anmerkungen dieser Art nicht schnöde überblättern werden. Dies gilt gleichermaßen für einen weiteren aufschlussreichen Sachverhalt, den Karl Kraus allerdings noch nicht kennen konnte. Dabei habe ich nicht nur das literarische Echo im Ohr, das die Briefe aus dem Gefängnis bei den größten deutschen Lyrikern des 20. Jahrhunderts, bei Brecht, Celan und Bobrowski hinterlassen haben, sondern auch die Werke vieler bildender Künstler vor Augen, die von Rosa Luxemburgs Persönlichkeit fasziniert waren.

Der Briefeditor, so könnten Sie nun gegen solche Vorschläge zur Modernisierung des Kommentars im Falle von Nachauflagen einwenden, hat es ja

und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. S. 15.

17 Karl Kraus / Rosa Luxemburg: Büffelhaut und Kreatur. Die Zerstörung der Natur und das Mitleiden des Satirikers. Hrsg. und mit e. Nachw. von Friedrich Pfäfflin. 2. Aufl. Berlin 2009. S. 3.

ohnehin besonders schwer. Laschitza, Müller und Politt brauchen nur auf die Handschriften zu verweisen; nicht jede kann im Sauseschritt transkribiert werden. Um das Textverständnis zu erleichtern, sind schließlich Sachverhalte zu erläutern, die oft spezielle Untersuchungen voraussetzen. Von einem guten Kommentar solle man nämlich erwarten, dass er sich ähnlich verhält wie ein aufmerksamer Diener, der stets zur Stelle ist, wo man ihn braucht, aber nach Möglichkeit vermeidet sich aufzudrängen, wenn nicht nach ihm verlangt wird.

Die bislang prominenteste Nutzerin der erfolgreichen Editionsarbeit von Annelies Laschitza, Georg Adler, Marianne Dingel, Erna Herbig, Brigitte Hoefl, Elke Keller und Eckhard Müller ist zweifellos Margarethe von Trotta. Sie hat in Interviews nie ein Hehl daraus gemacht, wie bedeutsam die Lektüre der Briefe Rosa Luxemburgs und die Gespräche mit unserer Jubilarin für die Annäherung an ihre Filmheldin waren: »Ich konnte im Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED bis dahin unveröffentlichte Briefe Rosas einsehen, seltene Fotodokumente, Zeichnungen, Aquarelle und bekam sogar eine Kopie ihrer Gefängnisblätter. Das Wichtigste aber war, Annelies immer wieder zu fragen: Wie siehst du denn das, welches Gefühl hast du, wenn Rosa dies schreibt. Diese Gespräche halfen mir jedenfalls ganz wesentlich, mich dem Bild von Rosa zu nähern.«¹⁸

Nach dem Welterfolg von John Peter Nettls großartiger, in der DDR als ideologische Konterbande sekretierter Biographie¹⁹, gehörte, zumal unter den angedeuteten Auspizien, eine gehörige Portion Mut und Gottvertrauen dazu, dem britischen Soziologen auf das verminte Terrain der kommunistischen Märtyrerbiographie zu folgen. Für Kenner der Materie schien alles längst gesagt zu sein, die Grimmsche Märchenmetapher vom Hasen und dem Igel empfahl sich, die Perspektive zu deuten.

Nun war bei den großen akademischen Lehrern der eine oder andere Fingerzeig zu gewahren, so in Engelbergs monumentalem Bismarck-Ge-

18 Raymund Stolze: Die heitere Geduld der Margarethe von T. [Interview mit M. von Trotta]. In: Junge Welt, 31. Oktober 1986.

19 Siehe J[ohn] P[eter] Nettl: Rosa Luxemburg. Vol. 1.2. London [u. a.]: Oxford University Press 1966; Rosa Luxemburg. Aus dem Engl. von Karl Römer. Köln [u. a.]: Kiepenheuer & Witsch 1967 (Vom Autor gekürzte Volksausg. [1969]); Rosa Luxemburg. Traduzione di Giorgio Backhaus. Vol. 1.2. Milano: Il saggatore 1970; La Vie et l'œuvre de Rosa Luxemburg. Traduit par Irène Petit et Marianne Rachline. Vol. 1.2. Paris: F. Maspero 1972; Rosa Luxemburg. Introduction by Hannah Arendt. New York: Schocken Books 1969; Rosa Luxemburg. Édition abrégée par l'auteur. Paris: Amis de Spartacus [2012].

mälde, mehr noch in Markovs Meistererzählung »Die Freiheiten des Priesters Roux«, ihren Subtexten und nicht alltäglichen Entstehungsbedingungen.²⁰

Vergessen wir nicht das Textgebirge des Meisterdenkers aus Trier: Nichts sei wünschenswerter, so lautet ein Aperçu aus dem Jahre 1850, als dass die Leute, die an der Spitze der Bewegungs-Partei standen, »endlich einmal mit derben rembrandtschen Farben geschildert werden, in ihrer ganzen Lebendigkeit. Die bisherigen Darstellungen malen uns diese Persönlichkeiten nie in ihrer wirklichen, nur in ihrer offiziellen Gestalt, mit dem Kothurn am Fuß und der Aureole um den Kopf. In diesen verhimmelten raphael'schen Bildern geht alle Wahrheit der Darstellung verloren.«²¹

Wie wir wissen, war es alles andere als selbstverständlich, die dieser Metapher innewohnen Maßstäbe für das biografische Genre auf die Lebensgeschichte ihres Schöpfers anzuwenden. Wie ihre Autoren, um diese Bestandaufnahme wird niemand herumkommen, litten nicht nur die meisten Marx- und Engels-, sondern auch Liebknecht- und Luxemburg-Erzählungen des vergangenen Jahrhunderts an der Erdschwere der Blockkonfrontation und den ihr immanenten Adorations- bzw. Verdammungsritualen.

Gemessen an diesem ernüchternden Befund und verglichen mit der in verschiedenen Aspekten heute noch durchaus aufschlussreichen Darstellung des Autorenduos Radczun/Laschitzka aus den Jahren 1971 und 1981 wirkt die nach dem Epochenwandel 1996 im Aufbau-Verlag erschienene Biographie »Im Lebensrausch, trotz alledem« wie ein Paukenschlag.²² Hier haben wir endlich rembrandtsche Farben.

Als Annelies Laschitzka ihr Opus magnum schrieb, sinnierte Peter Glotz in der Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit«: »An Rosa Luxemburg, der tragischen Jahrhundertfigur, ist nichts mehr zu entdecken [...] Der berühmte Satz aus ihrem hellsichtigen, erst posthum veröffentlichten Pamphlet über die russische Revolution »Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Den-

20 Siehe Walter Markov: Die Freiheiten des Priesters Roux. Berlin 1976; Exkurse zu Jacques Roux. Berlin 1970 – Forschungs- und Darstellungsprobleme einer historischen Biographie. Dem Wirken Ernst Engelbergs gewidmet. Berlin 1985 (darin auf S. 26–32 A. L.: Gedanken zur Biographischschreibung aus Erfahrungen über Rosa Luxemburg).

21 Karl Marx / Friedrich Engels: Rezensionen aus Heft 4 der »Neuen Rheinischen Zeitung, Politisch-ökonomische Revue«. In: MEGA I/10. S. 275/276.

22 Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin: Aufbau-Verlag 1996. 687 S. 2. Aufl. 1996. – Taschenbuchausgabe Berlin: Aufbau-Taschenbuch-Verlag 2000. 688 S. 3. Aufl. 2009.

kenden< wird inzwischen sogar von den Nachfahren ihrer Feinde respektvoll daher geplappert; [...] Ein Teil der Linken spricht schon nur noch per Vorname von ihr, wie reiche Leute von ihren Dienstmädchen. Noch Fragen?«²³

Von wegen nichts mehr zu entdecken? Weilte er noch unter uns, würde ich Peter Glotz selbstverständlich das große Werk von Annelies Laschitzka zur Lektüre anempfehlen.

Als Quintessenz jahrzehntelanger Quellenstudien gewinnt ein neues Bild vom Leben und Werk der Rosa Luxemburg Konturen: Eine durch die Erfahrungen des Epochenwandels sensibilisierte, nachdenkliche und immer wieder abwägende Autorin schildert den Lebensgang ihrer Protagonistin, die zu Krieg und Frieden, Reform und Revolution, Gewalt und Terror, Demokratie und Diktatur geführten Jahrhundertdebatten, aber auch die alltäglichen Freuden, Sorgen und Liebesnöte mit ganz anderen Augen.

Nicht jeder hat Annelies Laschitzka die für ein solches Werk unabdingbare Lernbereitschaft und Gestaltungskraft zugebilligt. Wichtig war, dass Aufbau-Verleger Lunkewitz ihrer physischen und mentalen Konstitution vertraute.

Wie haben wir während der Leipziger Buchmesse ein begeistertes Publikum in überfüllten Sälen genossen.

Ein haptisches Erlebnis zum Schluss: Vielleicht hat der eine oder andere schon davon gehört: Die Taschenbuchausgabe des Aufbau-Verlages hat Levent Bakaç ins Türkische übertragen. Die türkische Lizenzausgabe ist bereits 2010 in Istanbul Verlag Yordam Kitap unter dem Titel »Rosa Luxemburg. Her şeye Inat. Tutkuyla Yasamak«²⁴ erschienen.

Als ich sie vor ein paar Tagen in der guten alten, inzwischen zur Nationalbibliothek gemauerten DB endlich in den Händen hielt, ist mir nochmals bewusst geworden, welchen erstaunlichen Weg der Erkenntnis unsere vigilante Sächsin in sechs Jahrzehnten zurückgelegt hat.

Die in Warschau und Tokio, Paris und Tel Aviv, Beijing, Moskau und New York geschätzte Luxemburg-Editorin und Biografin ist aber nur eine Seite der Medaille.

23 Peter Glotz: Auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht. Die erneuerte Aktualität des radikalen Internationalismus der Rosa Luxemburg. In: Revision. Denker des 20. Jahrhunderts auf dem Prüfstand. Eine ZEIT-Serie. Hrsg. und mit e. Vorw. von Ulrich Greiner. Hildesheim 1993. S. 164f. (Erstveröffentlichung in: Die Zeit. Nr. 48, 20. November 1992).

24 Siehe Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg. Her şeye inat, tutkuyla yaşamak. Alman-cadan çeviren Levent Bakaç. Çağaloğlu, İstanbul: Yordam Kitap. 2010. 480, [32] S.

Ihr herausragendes wissenschaftliches Werk vollbrachte Annelies Laschitza als Ehefrau eines auch jenseits der eigenen Instituts Grenzen hoch angesehenen Historikers, den ein tückisches Leiden Jahrzehnte in den Rollstuhl bannte.

Sie forschte in einem nicht gerade als Dienstleistungs-oase gerühmten Lande ohne Haushaltshilfe und zog gleichzeitig die Töchter Elke und Beate groß.

Eigentlich ist es unmöglich über Annelies Laschitza zu sprechen, ohne an Horst Laschitza zu denken, die Liebe ihres Lebens, den Mann, mit dem sie seit jenen fernen Tagen im idyllischen Bermgrün fast sechs Jahrzehnte Freud und Leid geteilt hat. Von beiden können wir lernen, wie auch ein Leben unter extremen Bedingungen gelingen kann. Selten hat mich ein Text so angerührt wie »Leben mit Parkinson. Nicht verzagen, mutig wagen«²⁵.

Summa summarum: Wo, liebe Annelies, wären wir ohne Dich? Trüge die parteinahe Stiftung der Linken ohne das stringente Argumentieren und das Insistieren von Dir und unseren Freunden ihren heutigen Namen?

Liebe Annelies, auch im Namen vieler gemeinsamer Leipziger Freunde danke ich Dir herzlich für Zuspruch und Ermutigung in guten und in schlechten Zeiten.

Deine Generosität, Weltoffenheit und Noblesse zählen zu unseren schönsten Erfahrungen.

25 Siehe Annelies Laschitza: Leben mit Parkinson. Nicht verzagen, mutig wagen! Erfahrungen und Erlebnisse aus über 30 Jahren. Berlin 2003.

ECKHARD MÜLLER

Aus der Werkstatt von Band 6 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg

Drei Jahre haben Annelies Laschitza und ich am soeben erschienenen Band 6 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg gearbeitet. Wir können unsere Freude nicht verhehlen, dass bereits nach der Manuskriptabgabe im August 2013 mit der Vorbereitung der Drucklegung begonnen wurde und der Band Ende Januar 2014 erschienen ist.

Editionsarbeit war und ist Kärnerarbeit. Der neue Band dokumentiert auf 992 Druckseiten die Jahre 1893 bis 1906. 270 Dokumente werden erstmals bzw. erstmals wieder veröffentlicht. Darunter befinden sich acht Übersetzungen aus dem Französischen und eine aus dem Russischen. Der noch ausstehende Band 7 für die Jahre 1907 bis 1918 wird wahrscheinlich einen ähnlichen Umfang gewinnen.

Unsere Ausgabe der Werke Rosa Luxemburgs soll außerdem durch einen Band mit sämtlichen Arbeiten, die sie in polnischer Sprache verfasst hat und die bislang noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegen, komplettiert werden. Die Übertragung aus dem Polnischen und die Kommentierung liegen bei Holger Politt in guten Händen.

Oft wurden und werden wir mit der Frage konfrontiert: Wieso gibt es noch so viele unveröffentlichte Arbeiten Rosa Luxemburgs? Von 1970 bis 1975 waren bekanntlich fünf Bände der Gesammelten Werke mit ihren wichtigsten deutschsprachigen Schriften erschienen. An Band 5 mit Rosa Luxemburgs ökonomischen Arbeiten war ich als Bearbeiter unmittelbar beteiligt. In den genannten fünf Bänden war das gesamte von Rosa Luxemburg hinterlassene Schriftgut jedoch nicht unterzubringen. Allerdings lautete die seinerzeit offiziell beschlossene Maßgabe fünf Bände. Nach dem Willen der Parteiführung der SED galten für die editorische Erschließung von Rosa Luxemburgs Werk andere Maßstäbe als für die unangefochtenen Klassiker Marx, Engels und Lenin. Und so musste beispielsweise auf die Wiedergabe von handschriftlich überlieferten Vorarbeiten bzw. Entwürfen zu ihren Schriften verzichtet werden. Anonym erschienene oder nur mit Rosa Luxemburgs Korrespondenzzeichen versehene Presseartikel sollten nur abgedruckt werden, wenn sie uneindeutig autorisiert werden konnten. Angesichts des auf fünf Bände begrenzten Umfangs der Ausgabe konnten nicht

sämtliche in den verschiedenen sozialdemokratischen Presseorganen zum gleichen Thema veröffentlichte Artikel berücksichtigt werden. Ebenso sollten nicht allzu viele Zeitungsberichte über Versammlungen aufgenommen werden, weil sie die Handschrift anderer Autoren trügen. So gut wie generell galt, dass Polizeiberichte über Reden und Auftritte von Rosa Luxemburg nicht gebracht wurden.

Die intensive Auswertung der Tausende von Briefen Rosa Luxemburgs, die in der von Annelies Laschitzka herausgegebenen sechsbändigen Briefedition (1982–1993) vorliegen, und Briefe Dritter ermöglichten es uns, weitere Artikel und Reden zu autorisieren. In Spezialstudien von Feliks Tych, Narihiko Ito, Erhard Hexelschneider, Klaus Kinner, Harald Koth, Ottokar Luban, Ulla Plener und Bernd Florath sowie in regionalen Publikationen fanden wir weitere Spuren zu ungezeichneten Artikeln und Versammlungsauftritten Rosa Luxemburgs.

Die Durchsicht von einschlägigen Bibliographien, Spezialinventaren und Recherchen in Archiven und Bibliotheken führte zu neuen Entdeckungen, so aus den Kreisarchiven von Zwickau und des Vogtlandkreises bisher unbekannte Berichte über Rosa Luxemburgs Sachsentour im Reichstagswahlkampf 1903. Von der Essener Stadtarchivarin erhielten wir einen Zeitungsartikel über eine Wahlversammlung, die Rosa Luxemburg 1905 für den erkrankten August Bebel abgehalten hatte. Wie uns die Essener Archivarin schrieb, hätte sie die Recherchen zu Rosa Luxemburg sehr gern selbst zu Ende geführt.

Das Sichten von Mikrofilmen zeitgenössischer Zeitungen und Zeitschriften in Bibliotheken erbrachte ebenfalls Hinweise auf die Autorschaft von Rosa Luxemburg. So konnte eine große Anzahl neuer Dokumente, die bisher auch noch nicht bibliographisch erfasst waren, ausfindig gemacht werden. Im Unterschied zum großen Umfang des handschriftlichen Nachlasses, der im Band 7 veröffentlicht werden soll, erhält der vorliegende Band 6 nur relativ wenige handschriftliche Zeugnisse von Rosa Luxemburg, darunter allerdings einige bemerkenswerte Texte. Da ist zunächst ein handschriftlicher Entwurf zu nennen, den Rosa Luxemburg im Promotionsverfahren an der Universität Zürich 1897 für die Klausurarbeit über die Lohnfondstheorie verfasst hat. Das Manuskript wurde im Nachlass von Jürgen Kuczynski in der Berliner Zentral- und Landesbibliothek entdeckt. Im Band 6 wird es nun erstmals veröffentlicht, und zwar im Kontext der beiden Klausurarbeiten, die die Doktorandin über Staatsverträge und Lohnfondstheorie geschrieben hat.

Als eine bisher völlig unbekannte Rarität könnte man die kritischen Bemerkungen zu Friedrich Engels' Artikel »Die Polendebatte in Frankreich« im neuen Band bezeichnen. Rosa Luxemburg hatte sie 1902 für Franz Mehring notiert, der sie in der Einleitung zum dritten Band der von ihm herausgegebenen »Gesammelten Schriften 1841 bis 1850« von Marx und Engels postwendend verwertet und für diese Expertise freundlichst gedankt hat. Diese wertvolle Quelle verdanken wir indirekten Hinweisen in Jürgen Kuczynskis Memoiren.

Von besonderem Interesse könnte außerdem sein, dass sich unter den handschriftlichen Notizen Rosa Luxemburgs im Kuczynski-Nachlass zwei Blätter befinden, die von oben bis unten längs durchgestrichen sind. Wie quellenkritische Vergleiche ergaben, handelt es sich dabei um die von Franz Mehring in Rosa Luxemburgs Artikel »Zur Schlichtung der polnischen Zwistigkeiten« gestrichenen Passagen, über die es im September 1902 zwischen den Beiden zu so heftigen Auseinandersetzungen und zum Austritt Rosa Luxemburgs aus der Redaktion der »Leipziger Volkszeitung« (»LVZ«) gekommen war.

Bei unseren Recherchen stießen wir auch auf Zeugnisse dafür, dass die junge Rosa Luxemburg bereits ins Visier der deutschen Polizeibehörden geraten war, als sie noch in der Schweiz lebte. Auf das Ersuchen des Präsidenten der Dresdener Polizeidirektion vom 13. November 1896 um Auskünfte über Rosa Luxemburg wusste der Berliner Polizeipräsident unter anderem zu berichten: »Die Luxemburg ist jetzt der Mittelpunkt aller oppositionellen Strömungen in der polnisch-sozialistischen Bewegung und zählt sie außer in Paris und Zürich auch unter den polnischen Genossen in Posen, Breslau und Zabrze viele Anhänger«¹. Umso intensiver wurde sie nach ihrer Übersiedelung nach Deutschland 1898 überwacht. Wir fanden Mitschriften von Überwachungsbeamten der Polizei oder anderer staatlicher bzw. städtischer Behörden über Versammlungsauftritte von Rosa Luxemburg unter anderem in Hamburg, Berlin, Kolmar/Provinz Posen, Glauchau und Adorf > die in den vorliegenden Band aufgenommen worden sind.

Die meisten Texte des neuen Bandes sind Artikel aus sozialdemokratischen Tageszeitungen und Berichte über Reden nach Zeitungsmeldungen. Besonders hervorzuheben sind zum Beispiel die ausführlichere Wiedergabe der Rede Rosa Luxemburgs auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris 1900 anhand des französischsprachigen Protokolls sowie ihre

1 Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12330, Bl. 150f.

Verteidigungsreden vor den Landgerichten in Zwickau 1904 und Weimar 1906. Ihre Verteidigungsrede in Zwickau ist in einem Artikel des »Vorwärts« mit der Überschrift »Nachspiel zur Breslauer Kaiserrede« enthalten. Aus Akten im Sächsischen Hauptstaatsarchiv geht hervor, dass dieser Prozess gegen Rosa Luxemburg wegen angeblicher Majestätsbeleidigung von Wilhelm II. erst auf Druck des sächsischen Ministeriums des Innern und auf Anweisung des sächsischen Justizministeriums von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Zwickau angestrengt wurde.

Der Band enthält 21 Reden in Volks- und Wahlversammlungen, einige informative Notizen über öffentliche Auftritte sowie Beiträge auf Parteitagungen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und anderen innerparteilichen Zusammenkünften. Viele der Reden auf Volksversammlungen, oft mit Hunderten und Tausenden von Zuhörern, besitzen zum Teil höchst aktuelle Bezugspunkte. Rosa Luxemburg griff zum Beispiel, um den Doppelcharakter und die widersprüchliche Wirkung von Sozialreformgesetzen, deren sich Wilhelm II. rühmte, zu einprägsamen Vergleichen von Arbeiterschutz- und Jagdgesetzen: »Wir haben Jagdgesetze, welche für das Wild eine Schonzeit bestimmen, damit dieses sich vermehren und heranwachsen kann. Damit aber wird nichts an der Tatsache geändert, dass das Wild in den Gaumen der Feinschmecker wandert; die Jagd soll durch die Schonzeit nur rationeller gemacht werden. Und ebenso verhält es sich mit der Arbeiterschutzgesetzgebung. *Die Arbeiter werden vor völliger Ausbeutung geschützt, damit die Ausbeutung eine immer rationellere sein könne.*«² Anknüpfend an ihre Rede auf dem Sozialistenkongress in Paris warnte sie im Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel am 13. Dezember 1900 erstmals vor einem Weltkrieg: »Heute sucht Deutschland in der ganzen Welt alle möglichen und nur unmöglichen Plätze unter der Sonne zu erobern. Wenn heute, am Schlusse des Chinakrieges noch keine endgültige Aufteilung Chinas eingetreten ist, so ist der Grund darin zu suchen, daß eine der beteiligten Mächte der Erste sein will, diesen Raub zu vollziehen, denn ein unabsehbarer Weltkrieg könnte hieraus entbrennen.«³

2 Rosa Luxemburg: Bürgerliche Sozialreform und Sozialdemokratie. In: Gesammelte Werke. Bd. 6. 1893 bis 1906. Hrsg v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hrsg. u. bearb. v. Annelies Laschitza u. Eckhard Müller. Mit e. Vorw. v. Annelies Laschitza. Berlin 2014. S. 335.

3 Rosa Luxemburg: Weltpolitik und Sozialdemokratie. Ebenda. S. 311/312.

Die Leser des neuen Bandes werden Rosa Luxemburg als exzellente Journalistin kennenlernen. Dreimal zeichnete sie für einige Wochen bzw. wenige Monate in einflussreichen sozialdemokratischen Presseorganen als Chefredakteurin bzw. Redakteurin verantwortlich und hinterließ mehr politische und persönliche Spuren als bisher bekannt war. Dabei offenbaren sich ihre besonderen journalistischen Fähigkeiten

In der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« (»SAZ«) fanden sich für die Zeit vom 5. Juli bis 30. Oktober 1898 vierzig Beiträge bzw. Notizen mit hohem zeitgenössischem Informationscharakter aus ihrer Feder. Rosa Luxemburg wertete die neuesten Meldungen ausländischer Zeitungen und Zeitschriften aus und schilderte Tatsachen der französischen, belgischen, englischen und italienischen Arbeiterbewegung. Mehrfach beschäftigte sie sich mit dem beispielhaften kommunalpolitischen Engagement der französischen Sozialisten. Unter der Überschrift »Erörterungen über die Taktik« richtete sie in der »SAZ« ab 16. Oktober 1898 eine Rubrik ein, in der die Auseinandersetzung mit den Thesen von Eduard Bernstein zur Revision der Lehre von Marx vorangetrieben werden sollte. Im Interesse eines wirkungsvollen Disputs über die bisherige und die künftige Taktik der Sozialdemokratie sollten darin auch gegenteilige Auffassungen zu Wort kommen. Der Leser konnte auf diese Weise sowohl Hauptakteure der Debatte als auch deren Argumente kennen lernen. Für Rosa Luxemburg gehörte ein solches Herangehen zu den Prämissen einer sinnvollen Streitkultur. Es gelte Meinungsverschiedenheiten prononciert auszusprechen und nicht zu verkleistern, nicht zu beschwichtigen, sondern Klarheit im Widerstreit der Meinungen zu erreichen.

Für Rosa Luxemburgs Mitarbeit an der »LVZ« im Jahre 1902 konnten insgesamt 43 Beiträge ermittelt werden, von denen bereits 17 im ersten Band der »Gesammelten Werke« veröffentlicht worden sind. Weitere 26 vorwiegend ungezeichnete Beiträge konnten für den vorliegenden Band als Texte aus ihrer Feder identifiziert werden. So resümierte sie als Rezensentin von Kautskys Broschüre »Die soziale Revolution« folgendermaßen die Haltung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie: »Die Demokratie ist für das Proletariat, was Luft und Licht für den Organismus, ohne sie kann es seine Kräfte nicht entfalten. Aber über dem Wachstum der einen Klasse darf man nicht das gleichzeitige Wachstum des Gegners übersehen. Die Demokratie hindert nicht die Entwicklung des Kapitals, dessen Organisation, dessen politische und ökonomische Macht zur selben Zeit zunehmen, wie die Kraft des Proletariats.«⁴

4 Rosa Luxemburg: Sozialreform und soziale Revolution. Ebenda. S. 439.

In ihren für die »LVZ« verfassten Arbeiten hat sich Rosa Luxemburg auch dem Thema Religion zugewandt. Dies dokumentieren ihre Artikel »Der neue Glaube« und »Proletariat und Religion«. Sie differenzierte dabei zwischen der Entstehung der Religionen und deren jeweiliger historischer Rolle. Buchstäblich in letzter Minute, der Band war schon gesetzt, erhielten wir über einen zweiteiligen Artikel Rosa Luxemburgs für eine Enquete zum Antiklerikalismus in der französischen Zeitschrift »Le Mouvement Socialiste« im Januar 1903 Kenntnis. An dieser internationalen Umfrage von November 1902 bis Juni 1903 hatten sich insgesamt 24 Autoren beteiligt, darunter Karl Kautsky, Paul Göhre, Georg von Vollmar, August Bebel, Paul Lafargue, Emile Vandervelde, und Wilhelm Ellenbogen. Dank der Hilfe und Unterstützung von Jörn Schüttrumpf und dessen Einsatz für die Übersetzung aus dem Französischen ist es uns gelungen, diese Artikelserie noch in den Band aufzunehmen. Rosa Luxemburg hat in diesen Beiträgen zur Religionsproblematik unter anderem auf die frühen Arbeiten von Marx zum Judentum zurückgegriffen.

Das dritte Mal wurde Rosa Luxemburg im Aufwind der russischen Revolution von 1905, deren internationale Bedeutung für sie unbestritten war, Chefredakteurin des »Vorwärts«, nämlich vom 1. November bis 28. Dezember 1905. Im ersten Halbband des ersten Bandes der »Gesammelten Werke« sind für die Zeit ihrer Leitungstätigkeit lediglich drei Artikel aus dem »Vorwärts« abgedruckt. In einer Spezialstudie über Rosa Luxemburg und den »Vorwärts« 1905 hat Bernd Florath schon vor Jahren auf diesen Mangel aufmerksam gemacht. Im jetzt vorliegenden Band unterbreiten wir von Rosa Luxemburg 63 Artikel und Beiträge sowie von der Rubrik »Aus der Partei«, für die sie ab 28. November verantwortlich gezeichnet hat, weitere 38 ausgewählte Texte. Für das Jahr 1905 enthält der Band demnach insgesamt 125 Dokumente. In dem Artikel »Unsere Aufgabe« vom 31. Oktober 1905, der bisher noch nicht bibliographisch erfasst war, umreißt Rosa Luxemburg für jene Zeit wichtige journalistische Grundsätze: So gelte es, neue Scharen zu gewinnen und zu Klassenkämpfern zu erziehen, die »fest und sicher auf dem Boden der Marxschen Theorie« stehen.⁵ Aus dem Wust der äußeren Gegebenheiten seien das Wesentliche und Grundlegende herauszuschälen, deren ökonomische Bedingtheit und Bedeutung zu zeigen. Durch neue Inhalte in den Beilagen der Zeitung solle das Blatt zusätzlich ein neues Gesicht erhalten. Eine solche Erfahrung hatte sie schon einmal Anfang 1905 ge-

5 Rosa Luxemburg: Unsere Aufgabe. Ebenda. S. 597.

wonnen. Wir haben aus ihrer Feder im »Vorwärts« auch die zweiteilige Beitragsfolge »Aus dem Marxschen Buche« gefunden. Rosa Luxemburg offerierte darin zwei von ihr ausgewählte Textproben aus den von Karl Kautsky herausgegebenen »Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript »Zur Kritik der politischen Ökonomie« von Karl Marx«. Damit wollte sie demonstrieren, welchen intellektuellen Genuss und welche theoretische Bereicherung die Lektüre Marxscher Gedanken bereiten kann, so zum Beispiel anhand des Dialogs zwischen Arbeiter und Kapitalist über die Frage, wie entsteht der Profit?

Das Hauptaugenmerk ihres journalistischen Engagements aber galt in erster Linie der russischen Revolution von 1905 und allen daraus erwachsenden Problemen und Erfahrungen. Aus ihren Leitartikeln verdienen viele Äußerungen zur Einschätzung des Verlaufs, der Ursachen, der Triebkräfte, der Taktik und der Kampfformen, der Ziele und auch der ungebrochenen Stärke des Gegners hervorgehoben zu werden. Rosa Luxemburgs Revolutionsbegeisterung sowie die detaillierte Darstellung der Revolution und deren Lehren für Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Bewegung durchziehen als Grundanliegen sämtliche Artikel und Notizen im vorliegenden Band.

Mit der Rubrik »Die Revolution in Russland« entfaltet sie ein zeitgeschichtliches Panorama, wie es Historiker kaum hätten besser zeichnen können: Das Auf und Ab des Revolutionsgeschehen kommt faktenreich zum Tragen, ohne dass die restaurativen Gegenkräfte aus dem Blickfeld geraten würden.

Der neue Band enthält auch Rosa Luxemburgs Vorwort zur russischen Ausgabe ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«. Darin ging sie vor allem auf den Verlauf und die Ergebnisse der Debatten über das Für und Wider von Massenaktionen in der deutschen Sozialdemokratie ein. Denn für Rosa Luxemburg war klar, dass sich im Massenstreikproblem als strittigen Fragen der deutschen Arbeiterbewegung kreuzen. Außerdem war es ihre Absicht, die russische Sozialdemokratie von der sklavischen Nachahmung der deutschen Bewegung abzuhalten.

Am Ende des Bandes finden wir die Rubrik »Aus der Partei«. In 38 Beiträgen wird anhand eines vielfarbigen Themenspektrums veranschaulicht, in welchem Maße Rosa Luxemburg die Debattenkultur der Sozialdemokratie in jener Zeit geprägt und Wortmeldungen von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu pointieren vermochte.

Wie wir einem Brief an Robert Seidel entnehmen können, hat sich Rosa Luxemburg in ihrem journalistischen Engagement von Ludwig Börne, einem der wichtigsten Wegbereiter der literarischen Kritik in Deutschland, inspirieren lassen: »Ich glaube, dass man jedes Mal, jeden Tag, bei jedem Artikel wieder die Sache durchleben, durchfühlen muss, dann würden sich auch frische, vom Herzen und zum Herzen gehende Worte für die alte, bekannte Sache finden. Aber man gewöhnt sich so an eine Wahrheit, dass man die tiefsten und größten Dinge so herplappert wie ein Vaterunser. Ich nehme mir vor, beim Schreiben nie zu vergessen, mich für das Geschriebene jedes Mal zu begeistern und in mich zu gehen. Ebendeshalb lese ich von Zeit zu Zeit den alten Börne, er erinnert mich treu an meinen Schwur.«⁶

In einem Interview mit der »Stuttgarter Zeitung« hatte Annelies Laschitza bereits 1997 die folgenden Überlegungen zu Protokoll gegeben: »Seit ich mich mit Rosa Luxemburg beschäftige, verließ mich kaum einmal die Spannung, mit der ich in das Leben, die Ansichten, das politische Verhalten und die unterschiedliche Wirkung dieser leidenschaftlichen Sozialistin eindrang [...] Wahrlich, ich konnte mit Rosa Luxemburg viel erleben und einiges bewerkstelligen. Bis 1989 lebte ich allerdings mit dem Widerspruch, einerseits in einem Institut der SED maßgeblich an der Edition der umfassendsten und international geachteten Werkausgabe und der vollständigen Ausgabe der Briefe Rosa Luxemburgs beteiligt zu sein, andererseits aber beobachten zu müssen und nicht verhindern zu können, dass von den Führungskräften der SED zu wenig, zunehmend fast gar nichts getan wurde, das Erbe Rosa Luxemburgs zu popularisieren, dass vor allem nicht dafür gesorgt wurde, dass ihre kritischen und weitsichtigen Warnungen vor terroristischen Verbrechen und unmenschlichen Einschränkungen der Demokratie im Sozialismus ernst genommen und beherzigt werden [...] Rosa Luxemburg beeindruckt durch die persönliche Note ihrer Lebensart und Kampfesweise sowie den humanistischen Reichtum ihrer unterschiedlichen Partnerbeziehungen in der Liebe, im politischen Alltag und im theoretischen Disput.«⁷

In dem profunden Vorwort zum Band 6, in dem Annelies Laschitza die neuen Forschungsergebnisse resümiert, ist diese Spannung in jeder Zeile zu spüren. Diese Leidenschaft ist ansteckend und wird uns bei der gemeinsamen weiteren Editionsarbeit zur Komplettierung der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs anspornen.

6 Rosa Luxemburg ab Robert Seidel, 23. Juni 1898. In: Gesammelte Briefe. Bd. 1. 3. Aufl. Berlin 1989. S. 153.

7 Stuttgarter Zeitung. 21. Juni 1997.

Worte des Dankes von Annelies Laschitzka

Sichtlich bewegt, richtete Annelies Laschitzka Dankesworte an alle Freunde und Kollegen, die der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrer Partnereinrichtungen in Brandenburg und Sachsen gefolgt waren, um das Erscheinen des sechsten Bandes der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg und das 80. Geburtsjubiläum seiner Herausgeberin und Editorin zu würdigen. Ihr besonderer Dankesgruß galt dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Florian Weis, dem Laudator Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, ihrem Editorkollegen Dr. Eckhard Müller, Dr. Detlef Nakath, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, und Dr. Till Schelz-Brandenburg, Universität Bremen.

Die Jubilarin war durch die erneute Begegnung mit Maja Liebknecht, Enkelin von Karl Liebknecht, und deren Freunden aus Bremen, angerührt. Dass ihre Töchter Elke und Beate, die Schwiegersöhne Klaus-Dieter Greiner-Petter und Henrik Köhler, zwei von vier Enkeln, nämlich Enkel Felix und Enkelin Jolan mit Freund Fredy, die Würdigung der Mutter und Großmutter miterleben konnten, hat sie sehr erfreut. Dies gilt gleichermaßen für die Anwesenheit von Dr. Gerd-Jürgen Fischer, der als Facharzt für Neurologie und Psychiatrie ihrem an Parkinson schwer erkrankten Gatten Horst mehr als drei Jahrzehnte Beistand geleistet und ihr auch persönlich sehr geholfen hat.

Dass ihr Geburtsjubiläum mit dem Erscheinen des sechsten Bandes der »Gesammelten Werke« Rosa Luxemburgs zusammenfallen könnte, daran habe weder sie noch ihr Mitstreiter Eckhard Müller auch nur zu denken gewagt. Zu beschwerlich sei der Weg vom Erscheinen der ersten fünf Bände mit Werken von Rosa Luxemburgs vor vier Jahrzehnten bis zur gegenwärtigen Vervollständigung dieser Ausgabe gewesen. Ihr heimliches Ziel habe allerdings darin bestanden, mit Band 6 wenigstens die erste Etappe dieses Vorhabens, zu dem ja auch noch Band 7 gehören soll, möglichst vor dem 70. Geburtstag von Eckhard Müller und ihrem 80. Geburtsjubiläum abzuschließen. Dass der besagte Band 6 mit immerhin 992 Druckseiten in Format und Anmutung der 1971 begonnenen Werkausgabe seit dem 23. Januar 2014 nun fix und fertig vorliegt, bereite ihr Riesenfreude. Dafür gebühre dem Verleger Dr. Jörn Schüttrumpf und Verlagslektorin Christine Krauss besonderer Dank.

Annelies Laschitza hat dann erneut darauf verwiesen, wie sehr die eigene Entwicklung durch die jahrzehntelange wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Leben und Werk Rosa Luxemburgs geprägt worden sei. Wer sich mit der Lebensleistung und den individuellen Lebensansprüchen dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit vertraut mache, könne die von ihr ausgehende Faszination auch anderen Menschen vermitteln und Kraft schöpfen, das eigene Leben zu meistern. Ganz in diesem Sinne rief die Jubilarin nochmals in Erinnerung, was Rosa Luxemburg am 31. August 1915 Franz Mehring bekannt hatte: »Und was ist denn Jugend anderes als diese unverwüstliche Freude am Arbeiten, am Raufen und am Lachen, worin Sie uns alle noch jeden Tag in die Pfanne hauen? Sie wissen gar nicht, wie sehr mich gerade das Beispiel Ihrer wunderbaren Arbeitskraft, der Gedanke an Ihre geistige Elastizität und auch die leise Hoffnung auf Ihren Beifall beschämen und anspornen, wenn ich wieder einmal im Begriff bin – Sie kennen nur zuwenig meine schändlichen Schwächen –, mich zu verträumen oder aus dem Joch der Pflicht vor Ungeduld Reißaus zu nehmen.«¹ Nicht nur nach den Erfahrungen von Rosa Luxemburg vermögen Alte durch Leidenschaft ewig jung zu bleiben. Dagegen können Junge durch Trägheit erschreckend früh altern. Rosa Luxemburg habe versucht, alles »im Sturm, in Leidenschaft« zu erobern, denn »was man so mit Glut erfaßt, das hat in einem feste Wurzeln«².

Sympathisch an Rosa Luxemburg sei obendrein ihre unverwüstliche Lebenslust. Selbst als sie als »Schutzhäftling« in der Festung Wronke eingekerkert war, habe sie versucht, Luise Kautsky, so mit ihrem Brief vom 26. Januar 1917, zu erheitern. Sie erinnerte die Freundin eindringlich an Stunden der Champagnerstimmung, wenn einem »das Leben in den Fingern prickelt und man zu jeder Narretei aufgelegt ist«. Und weiter heißt es: »Von unserem letzten ›Gelage‹ [August 1912] habe ich übrigens eine sehr heitere Erinnerung. Es war im letzten Sommer, als ich im Schwarzwald war. Er [Hugo Faisst] kam eines Sonntags mit Costia [Zetkin] zu Besuch von Wildbad heraufgekraxelt; es war ein herrlicher Tag, und wir saßen nach dem Essen im Freien um eine kleine Batterie Mumm-Flaschen, freuten uns der Sonne und waren sehr lustig. Am meisten trank natürlich ›der edle Spender‹ selbst. Er erlebte wieder einmal ›eine unvergeßliche Stunde‹, lachte, gesti-

1 Rosa Luxemburg an Franz Mehring, 31. August 1915. In: Gesammelte Briefe. Bd. 5. 2. Aufl. 1987. S. 70.

2 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 30. März 1917. Ebenda. S. 196.

kulierte, schrie und stürzte ein perlendes Glas nach dem andern in seine breite schwäbische ›Gosch‹. Besonders amüsierte ihn das um uns auf der Veranda wimmelnde Sonntagspublikum. ›Schauen Sie, wie diese Philister uns angafften‹, rief er immerzu begeistert, ›wenn die erst wüßten, wer hier zecht!‹ Und das Gelungenste war, daß nur wir die Ahnungslosen waren, denn der Wirt hatte, wie er mir selbst abends erzählte, irgendwie mein unglückliches ›Inkognito‹ herausbekommen und es natürlich allen seinen Gästen aufgetischt. Der Schelm bediente uns auch mit so merkwürdigem Schmunzeln und ließ die Pfropfen extra knallen, die Philister aber waren, wie Du Dir denken kannst, über dieses ›sozialdemokratische Sektgelage‹ höchlichst erbaut.«³

Auch in diesem Sinne werde Dr. Florian Weis jetzt zu einem Gläschen Rotkäppchensekt laden und das Büfett eröffnen. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

3 Rosa Luxemburg an Luise Kautsky, 26. Januar 1917. Ebenda. S. 162.



Der Historiker und langjährige Direktor des Jüdischen Historischen Instituts Warschau bei einer Rede in der Münchener Synagoge. Foto: Marina Maisel (Polen und wir 2/2015, S. 15)

Gern leben und eine Aufgabe haben. Zum Tod von Feliks Tych (1929–2015)

Nekrologe von Holger Politt*

Die Arbeiterrevolution kam doch. Was nur noch ein Gegenstand historischer Forschung zu sein schien, stand eines Tages unverhofft vor der eigenen Haustür. Als der »Solidarność«-Aufstand das Land in den Grundfesten erschütterte, begann sich auch das berufliche Leben desjenigen Mannes zu ändern, der in den zurückliegenden Jahren der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung mit wissenschaftlichen Methoden vielleicht am gründlichsten nachgespürt hatte. Feliks Tych sah sich von nun an starkem Gegenwind ausgesetzt, der schließlich in den Jahren 1989/1990 zum regelrechten Sturm geriet, mit dem der Forschungsgegenstand selbst von der Agenda weggefegt wurde, mit dem Argument übrigens, er sei ohnehin nicht viel mehr als Teil der verhassten und gestürzten Staatsideologie. Eine auf wissenschaftliche Institutionen gestützte und mit öffentlichen Mitteln geförderte Erforschung der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung entschwand vollkommen von der Bildfläche. Wer heute im guten Glauben sich auf die Suche nach vergangenen Spuren der polnischen Arbeiterbewegung aufmacht, kommt meistens nur noch bis zur legendären »Solidarność«-Zeit mit dem Arbeiterführer Lech Wałęsa an der Spitze.

Allerdings hatte der Historiker Feliks Tych zuvor geleistet, wofür er weltweit geschätzt wurde. An erster Stelle darf wohl der Fund der über 1000 Briefe von Rosa Luxemburg an Leo Jogiches stehen, auf die der junge Historiker Ende der fünfziger Jahre in Moskau stieß. Von 1968 bis 1971 wurden die meisten dieser Briefe in einer dreibändigen Ausgabe in Warschau auch der Öffentlichkeit zugänglich. Spätestens seit diesem Moment stand die gesamte Rosa-Luxemburg-Forschung auf anderen Füßen. Eine der

* Erstveröffentlichungen: *Polen und wir. Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung*. Berlin. Jg. 32. 2005. H. 2 (Nr. 111). S. 15. – *Das Blättchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft*. Berlin. Jg. 18. Nr. 5, 2. März 2015.

Folgen dieses Brieffundes war übrigens die in der DDR ab 1970 erscheinende große Werkausgabe, die nun 2019 zum 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches abgeschlossen werden soll und ohne die Quellenhinweise aus den Briefen Rosa Luxemburgs an ihren langjährigen Lebenspartner und engsten politischen Verbündeten gar nicht zu denken wäre.

Lang wäre die Liste, sollte hier aufgezählt werden, was Feliks Tych als Forscher der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung geleistet hat. Stellvertretend mögen deshalb zwei Vorhaben genannt werden, die gar nicht mehr abgeschlossen werden konnten. Zunächst wurde eine mehrbändige Ausgabe von Briefen Julian Marchlewski ein Opfer der Wende, denn das für den Druck bereits fertiggestellte Material fand in Polen keinen Verlag mehr. Und schließlich arbeitete Feliks Tych in den neunziger Jahren und mit Unterstützung deutscher Stiftungsgelder an einer politischen Biographie von Leo Jogiches. Erhalten geblieben sind erste Kapitel, die die Zeit in Wilna und in Zürich betreffen, sowie Fragmente. Seine Berufung zum Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, die Funktion übte er von 1996 bis 2006 aus, machte eine Weiterarbeit an der begonnenen Arbeit unmöglich.

Am 27. Januar 2010 hielt Feliks Tych im Deutschen Bundestag eine Rede, in der er an seinen Vater erinnerte, der deutsche Okkupanten noch aus der Zeit des Ersten Weltkriegs kannte und deshalb meinte, das Verhalten deutscher Soldaten gut einschätzen zu können. Dass er seinen jungen Sohn rettete, weil er ihn noch rechtzeitig aus dem Ghetto weggab, wird dem Vater in der Todesstunde in Treblinka kaum Trost gewesen sein. Feliks Tych trat im Deutschen Bundestag als Zeitzeuge auf, der die Vernichtung der polnischen Juden überlebt hatte. Dass die Abgeordneten an diesem Tag einem der größten und verdienstvollsten Luxemburg-Forscher zuhörten, wird kaum jemand unter ihnen wahrgenommen haben.

Als der junge Historiker ganz am Beginn seiner großen Laufbahn der Geschichte der Sozialdemokratie aus dem Königreich Polen nachzuforschen begann, jener legendären Partei von Leo Jogiches und Rosa Luxemburg, stieß er auf Gedanken wie diesen hier: Einmal erkämpft und mit teurem Arbeiterblut bezahlt, müsse die Arbeiterbewegung die Freiheit der Meinung, der Versammlung und der Organisation hüten wie den Augapfel, denn nur unter diesen Bedingungen könne der Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden. Die Gegenwart, in der Feliks Tych diesem Gedanken

damals folgte, schien genügend zu beweisen, dass es auch anders gehe. Erst als polnische Arbeiter zu Hundertausenden die einfache und unteilbare Freiheit der Meinung, des Versammelns und der Organisation einforderten – und der Historiker wusste, wie sehr das alles in vielerlei Hinsicht den einstigen Rezepten Rosa Luxemburgs glich – war die Gesellschaftsordnung am Ende, die irrigerweise Sozialismus genannt wurde. Wer darüber nachzudenken beginnt, wird am umfangreichen Werk, das Feliks Tych hinterlassen hat, nicht vorbeikommen.

Feliks Tych, eine Erinnerung

Niemals sollte Feliks Tych erfahren, was der Vater kurz vor dem Tod über die Deutschen gedacht hatte. Beim Abschied hatte der gemeint, er kenne die Deutschen, die seien anders als es in den Hitlerreden scheine. Der Sohn solle sich keine Sorgen machen, man werde sich wiedersehen. Die christliche Familie, die den jungen Feliks aufnahm, rettete ihn vor Treblinka.

Viele Jahre später erinnerte Feliks Tych an seinen Vater – im Deutschen Bundestag, am 27. Januar 2010. Der Junge aus Radomsko hielt die wichtigste Rede seines langen Lebens. Geladen ins deutsche Parlament wurde er an diesem Gedenktag auch deshalb, weil er von 1995 bis 2006 das renommierte Jüdische Historische Institut als Direktor geleitet hatte. In dieser Institution ist mit dem Emanuel-Ringelblum-Archiv aus dem Warschauer Ghetto eines der erschütterndsten Erinnerungsstücke der Weltgeschichte aufbewahrt.

Im Frühsommer 2006 besuchten Ilsegrit und Heiner Fink das Institut, sprachen dort länger mit seinem Direktor. Beiläufig kam die Rede auf das Besuchsprogramm in Warschau. Die Finks berichteten, wie sie auch nach Treblinka gefahren seien, diesem stillsten Ort auf dieser Welt, und wie tief sie das Erlebnis ergriffen habe. Niemand der anwesenden Deutschen konnte ahnen, welch tiefer Graben der Erinnerung in diesem Moment sich zwischen ihnen und Feliks Tych auftat. Von Beruf war Feliks Tych Historiker, sein Gegenstand die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung, vor allem die Zeit bis 1918. Das führte ihn frühzeitig in den 50er Jahren nach Moskau. Stalin war längst tot, die Archive, in denen zu Hauf wichtige Dokumente der polnischen Arbeiterbewegung lagern, begannen sich zaghaft zu öffnen. Feliks Tych stieß dort auf den wohl größten Fund seines Historikerlebens – auf fast 1000 Briefe, die Rosa Luxemburg an Leo Jogiches geschrieben hatte.

Nachdem er diesen Fund zwischen 1968 und 1971 in drei Buchbänden veröffentlicht hatte, stand die Rosa-Luxemburg-Rezeption weltweit auf anderen Füßen.

Zu Leo Jogiches kehrte er intensiver in den 90er Jahren zurück. Alle staatlichen Institutionen, die in Polen zur Geschichte der Arbeiterbewegung geforscht hatten, waren faktisch aufgelöst. An Geldmittel für die Erforschung des Lebensweges einer der herausragenden Köpfe der polnischen und europäischen Arbeiterbewegung war in Polen vorerst nicht mehr zu denken. Stiftungsgelder aus Deutschland glichen den Mangel aus, Ziel war es, eine umfassende politische Biographie des engsten Kampfgenossen von Rosa Luxemburg auf den Markt zu bringen. Es sollte aufgezeigt und nachgewiesen werden, wieviel Rosa Luxemburg dem Wirken dieses Mannes zu verdanken hatte. Wird die legendäre Anfangszeit der beiden von 1893 bis 1896 betrachtet, lässt sich kaum sinnvoll auseinanderhalten, was aus wessen Feder stammen soll. Meistens wird es bis heute Rosa Luxemburg zugeschlagen, was nicht falsch ist, doch fehlt dann eben der andere Teil. Feliks Tych's Absicht war, diese Dinge weitmöglich so zu rekonstruieren, dass hinter der weltberühmten Rosa L. auch die geistige Physiognomie ihres Liebhabers und politischen Mentors sichtbar wird.

Da das politische Pendel in Polen aber 1993 und 1995 ein wenig zurück- und damit recht eigentlich auch wieder vorwärtsgestellt wurde, blieb es nicht aus, dass man sich des bekanntesten Historikers der polnischen Arbeiterbewegung erinnerte, als es den Posten eines Direktors des Jüdischen Historischen Instituts zu besetzen galt. Für Feliks Tych waren die kommenden elf Jahre die Krönung des beruflichen Werdeganges, der allerdings ein Opfer bringen musste – die angefangenen Arbeiten zu Leo Jogiches konnten nicht fortgesetzt werden, sie blieben unvollendet.

Ein eher schmales Bändchen sei hier besonders herausgestellt, auch wenn der Leser Polnisch können muss: »Der lange Schatten der Vernichtung«. Es enthält historische Skizzen von Feliks Tych, die von den gravierenden Auswirkungen der Judenvernichtung auf die polnische Gesellschaft handeln. Eine Studie befasst sich mit dem polnischen März 1968, als aus vermeintlich antizionistischen Beweggründen eine handfeste antisemitische Kampagne erwuchs, in einem Land, in dem so etwas ohne den Segen und die Unterstützung entscheidender Regierungsstellen gar nicht stattfinden konnte. Die Zusammenhänge sind heute in Polen gründlich erforscht, liegen auf dem Tisch – es sind zweifellos Abgründe, die sich da auftun. Doch darf an dieser

Stelle hinzugefügt werden, dass die erste große öffentliche Kampagne in Polen, in der offener Judenhass und perfider Antisemitismus für politische Zwecke gebraucht wurde, 1910 Leo Jogiches und Rosa Luxemburg traf. Deren politische Richtung sollte aus der heimischen Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, indem erklärt wurde, das ideologische Gift, das beide den polnischen Arbeitern verabreichten, sei viel schädlicher und gefährlicher als der Schnaps, den ihre Vorfahren einst ausgeschenkt hätten. Zu den beeindruckenden Büchern, die Feliks Tych als Forscher der Judenverfolgung und -vernichtung herausgegeben hatte, gehört eine Sammlung mit Dokumenten zum Schicksal der in der Sowjetunion in der Zeit des Zweiten Weltkriegs deportierten polnischen Juden. Für die meisten, die im Herbst 1939 nach Osten zogen, war es die Wahl des kleineren Übels. Typisch war aber, dass zu Tausenden auf das sowjetische Angebot eingegangen wurde, 1940 wieder an die angestammten Wohnorte im jetzt deutsch besetzten Teil Polens zurückgebracht zu werden. Der unterschriebene Antrag bedeutete die sofortige Deportation nach Sibirien, zumeist in die Welt des Gulags. Von den etwa 350 000 polnischen Juden, die den Zweiten Weltkrieg überlebten, gelang dieses 250 000 in der Sowjetunion. Wer die Zusammenhänge anhand dieser Dokumente näher betrachtet, begreift, wie wenig dies ein Ruhmesblatt der Sowjetunion gewesen war.

Feliks Tych starb am 16. Februar 2015.

ANNELIES LASCHITZA

Feliks Tych

Nachruf*

Ich lernte Feliks Tych in den 1960er Jahren kennen. Als damaliger Direktor des Archivs der PVAP gewährte er mir in charmanter Zuvorkommenheit jedweden Quelleneinblick. Ich schätzte den polnischen Rosa-Luxemburg-Forscher als kenntnisreichen und kritischen Kollegen. Bereits 1962 hatte er mit Jadwiga Kaczanowska eine »Bibliografia pierwodruków Róża Luksemburg« veröffentlicht, die 1971 ergänzt wurde. Dieser bibliografische Grundstock ist und bleibt für die Luxemburg-Forschung unverzichtbar. Die erste dreibändige Ausgabe der über tausend Briefe von Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, die 1968 erschien, war seine Meisterleistung. Sie legte das Fundament für alle weiteren Briefeditionen. Bedauerlich ist, dass er seine Jogiches-Biografie nicht mehr verwirklichen konnte. Feliks Tych verstarb am 16. Februar.

In über 50 Jahren begegneten wir uns gelegentlich zum Gedankenaustausch und auf internationalen Tagungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Linz. Besonders intensiv waren unsere Kontakte im Rahmen der seit 1980 unter der Präsidentschaft von Narihiko Ito wirkenden Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, die in Städten Europas, Asiens und Amerikas über 20 wissenschaftliche Tagungen veranstaltete. Feliks Tych war stets inspirierend dabei. Das Rosa-Luxemburg-Symposium 1996 in Warschau fand unter seiner Schirmherrschaft statt. Zwei Jahre zuvor tagten wir in Beijing und besuchten Nanjing und Shanghai. Feliks Tych schrieb mir anschließend: »Nach der China-Erfahrung – so oberflächlich wie sie auch war – betrachte ich die Weltprobleme aus einer ganz anderen Sicht. Nicht so ›egozentristisch‹ wie früher.«

Feliks Tych wurde am 31. Juli 1929 als neuntes Kind in einer polnisch-jüdischen Familie geboren. Seine Eltern und sieben Geschwister sind von den Faschisten im KZ Treblinka ermordet worden. Feliks Tych war 1995 bis

* Neues Deutschland, 21./22. Februar 2015, S. 25.

2006 Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. 1999 veröffentlichte er sein Buch »Der lange Schatten des Holocaust«, das leider noch nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Im Interview mit Karlen Vesper am 27. Januar 2009 im »nd« bevorzugte er das Wort Annäherung statt Versöhnung fürs deutsch-polnische Verhältnis: »Das ist ein Prozess, in dem man sich gegenseitig ernst nimmt, respektiert und lernt, miteinander vernünftig umzugehen.« Im Jahr darauf hielt Feliks Tych im Bundestag die Rede zum Auschwitz-Tag. Fest in meiner Erinnerung bleibt nicht nur unsere letzte Umarmung am 30. Mai 2014 in Berlin.

WULF SKAUN

Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar startet*

»Die entsetzliche Kunde – Reaktionen auf die Ermordung Rosa Luxemburgs.« Vortrag und Diskussion mit dem Historiker Prof. Dr. Klaus Kinner am 23. April 2015, 18 Uhr, in der Harkortstraße 10 in Leipzig. So zu lesen im Veranstaltungsprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Die Ankündigung sei leider unvollständig, sie lege ein einmaliges Forum nahe. »Eine kleine informelle Panne«, bedauert Klaus Kinner. Denn im Leipziger Domizil der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen startet am 23. April mit dem genannten Thema ein Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar. Sein Initiator hat sich schon länger mit dieser Absicht getragen, um Leben und Werk der demokratischen Sozialistin, die der Stiftung ihren Namen leiht, auf noch unabgeholten Feldern zu untersuchen und auf produktive Erkenntnisse für heutige Linke abzuklopfen. Kinner umreißt die konzeptionelle Grundidee des Seminars: »Leben und Werk Rosa Luxemburgs sind intensiv erforscht. Gleiches gilt nicht für deren Wirkungsgeschichte. Zwar liegen Einzelstudien und Überblicksdarstellungen vor, eine Gesamtdarstellung ist jedoch noch ein Desiderat.« Die Wirkungsgeschichte zu erhellen, heiße auch herauszufinden, inwieweit Luxemburgs umstrittene Theorieansätze und ihr Politikverständnis, aktuell auch im Widerstreit der Erben, für strategische Orientierungen der Linken in der Gegenwart tragfähig seien. Was die organisatorisch-formelle Seite des Seminars angehe, so Kinner, habe der Stiftungsvorstand seinem Vorschlag für einen zweimonatlichen Zyklus zugestimmt. Auf der Grundlage fachkompetenter Einführungen und tiefgründiger Diskussion im Stile kleiner Kolloquien könnten Forschungs- und Diskursergebnisse in den international einzigartigen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichten veröffentlicht werden. »Unsere Stiftung kann so unser Periodikum mit neuem Impetus fortführen.«

* Leipzigs Neue. Jg. 22. Nr. 4, 4. April 2015. S. 10.

WULF SKAUN

Schlag nach bei Rosa*

Ständiges Rosa-Luxemburg-Seminar in Leipzig eröffnet

»Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.« Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis, pointiert in dieser Sentenz, hat weder Lenin, dessen Revolutionstheorie sie kritisch beurteilte, noch seinen realsozialistischen Erben in der DDR geschmeckt. Allgemeiner: Zu allen Zeiten bemächtigten sich Freund und Feind dieses Zitats, wenn sie glaubten, daraus Kapital für ihre Zwecke schlagen zu können. Doch erschöpft sich die ganze Luxemburg in dem berühmt gewordenen Freiheitsdiktum? Eine rhetorische Frage, natürlich. Und Aufforderung an Linke von heute, ihr Werk auf aktuelle Opportunität zu hinterfragen.

Im Leipziger Domizil der Stiftung, die den Namen der Revolutionärin trägt, hatte Klaus Kinner Ende April das Ständige Rosa-Luxemburg-Seminar eröffnet, das sich genau dieser Aufforderung annehmen will. Der Leipziger Historiker hatte sich schon länger mit der Absicht getragen, Leben und Werk der demokratischen Sozialistin auf noch unabgeholten Feldern zu untersuchen und auf produktive Erkenntnisse für heutige Linke abzuklopfen. Seine Grundidee für das Seminar formulierte er so: »Leben und Werk Rosa Luxemburgs sind intensiv erforscht. Gleiches gilt nicht für deren Wirkungsgeschichte. Zwar liegen Einzelstudien und Überblicksdarstellungen vor, eine Gesamtdarstellung ist jedoch noch ein Desiderat.« Die Wirkungsgeschichte zu erhellen, heiße auch herauszufinden, inwieweit Luxemburgs umstrittene Theorieansätze und ihr Politikverständnis, aktuell auch im Widerstreit der Erben, »für strategische Orientierungen der Linken in der Gegenwart tragfähig« seien. Auf der Grundlage fachkompetenter Einführung und tiefgründiger Diskussion im Stile kleiner Kolloquien könnten Forschungs- und Diskursergebnisse in den Rosa-Luxemburg-Forschungsberichten veröffentlicht werden. »Unsere Stiftung kann so unser international einzigartiges Periodikum mit neuem Impetus fortführen.«

* Links! Politik und Kultur für Sachsen. Dresden. Juni 2015. S. 4.

Dass das Seminar mit dieser Aufgabe nicht bei null beginnt, ließ Kinner an Publikationen und Konferenzen der Stiftung seit 1990 aufscheinen. So habe sich der 2002 von ihm und Helmut Seidel herausgegebene Sammelband »Rosa-Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes« einen festen Platz in der internationalen Luxemburg-Forschung erworben. Kinner erläuterte den Premierer-Seminaristen seine Themen-Vorschläge. Deren inhaltliche Spannweite erstreckt sich von der Rolle Rosa Luxemburgs als Märtyrerin der Revolution über die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus bis zur Luxemburg-Forschung und -Edition in Deutschland und der Welt.

14 engagierte Wortmeldungen bekundeten den gelungenen Auftakt des Ständigen Seminars. Übereinstimmender Tenor: Keine Musealisierung, keine Romantisierung von Leben und Werk der »roten Rosa«. Hans Piazza sann über die Bedeutung der KPD-Mitbegründerin für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung nach. Willi Beitz skizzierte deren Wirkung nach Russland. Volker Caysa sprach von »moderner Reformulierung«. Das heiße für ihn, zunächst das unabgegoltene Potential Luxemburgischer Ideen zu definieren, um es dann für heute zu bewerten. Dabei gälte es, das geschichtliche Vorwissen, insbesondere der Jugend, zu berücksichtigen. Manfred Neuhaus, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Stiftung, bezeichnete Kinnners Überlegungen als »durchdachte Konzeption«. Sie zu realisieren, brauche es »viel Kraft«.

Mit einer sensationell anmutenden Petitesse überraschte Volker Külow die Runde. Er habe bei Alexander Kluge, dem anerkannten Autor, Regisseur und Sozialphilosophen, den Terminus »negativer Imperialismus« gefunden, den Rosa Luxemburg in ihrem Tagebuch von 1917 verwendet hätte. Für den einschlägig versierten Historiker ein Phänomen. Sollte der internationalen Luxemburg-Forschung dieses einzigartige Theorem entgangen sein? Külow forschte bei Kluge nach. Der bekannte freimütig, das Zitat fingiert zu haben. Dass es Nachfragen auslöse, bewiese: Auf der Suche nach Antworten für die Herausforderungen der Gegenwart erhoffe man sich immer noch Rat auch von der großen Revolutionärin.

WULF SKAUN

W. I. Lenins Irrtum: »Sie irrte ... sie irrte«

Rosa Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution« bleibt aktuell

Rosa Luxemburgs Erbe im Widerstreit auszuloten und für heutige Linke auf theoretische und praktische Nutzbarkeit zu prüfen, ist das Leitmotiv des im April 2015 gestarteten Rosa-Luxemburg-Seminars. Das zweite Kolloquium Ende Juni im Leipziger Domizil der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen widmete sich unter dem Dachthema »Die theoretische Grundlegung des Kommunismus in Deutschland« insbesondere einer brisanten Arbeit der mutigen und weitsichtigen Revolutionärin: ihres Gefängnismanuskripts von 1918 »Zur russischen Revolution«.

Klaus Kinner, Leipziger Historiker und Begründer des Seminars, hatte in seiner kenntnisreichen Einführung Rosa Luxemburgs Vermächtnis für demokratische, friedliche Verhältnisse und sozialistische Ideale ins Gedächtnis gerufen. Einen zentralen Platz in der Erschließung ihres Erbes nähme ihre Gefängnisschrift ein, die Paul Levy 1921 veröffentlicht hatte. Die »Unvollendete«, nur 114 Seiten umfassend, entfachte die erste große Kontroverse zum Werk Rosa Luxemburgs. Der geniale Lenin im Kreuzfeuer der Kritik! Kinner verdeutlichte mit dieser Pointierung die Zäsur, die im theoretischen Selbstverständnis der jungen KPD wie der gesamten kommunistischen Internationale (KI) eingetreten war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Luxemburg als bedeutende Theoretikerin gegolten, als Fortsetzerin marxistischen Denkens, Lenin und Trotzki mindestens ebenbürtig. Nun begann der machtpolitische Feldzug gegen sie, indem ihre theoretischen Vorstellungen von freiheitlicher Demokratie und demokratischem Sozialismus als grobe Fehler und gefährliche Irrwege gebrandmarkt wurden. Für wie brisant die Bolschewiki-Diktatur, die von ihr dominierte KI und ihre real-sozialistischen Nachfahren die in ihrer Schrift formulierten Erkenntnisse und Ansichten hielten, bewiese nicht zuletzt die Tatsache, dass Rosas Manuskript »Zur russischen Revolution« erst 1974 in der DDR und gar erst 1990 in der Sowjetunion publiziert wurde.

Jörn Schüttrumpf analysierte dann die Schrift genauer unter dem verheißungsvoll-antithetisch gemeinten Titel »Sie irrte [...] sie irrte« (Lenin). Der

promovierte Historiker, seit 2003 Geschäftsführer des Karl Dietz Verlages Berlin, hat sich in den letzten Jahren auch als profunder Kenner des Luxemburgischen Werks ausgewiesen. In Zwiesprache mit dem Auditorium dokumentierte er die Klimax der Lenin-Luxemburg-Auseinandersetzung. Erste Scharmützel zwischen beiden habe es schon 1904 gegeben. Bedeutsame Kontroversen seien 1908/1909 geschichtsnotorisch geworden, als Rosa Luxemburg die Leninschen Auffassungen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kritisierte. Auf diese Missbilligung antwortete der (Groß-) Russe übrigens erst 1916. Die 1918er Gefängnisschrift »Zur russischen Revolution«, nach ihrem Erscheinen von vielen Kommunisten erobost aufgenommen, hat Lenin, anders als vermutet, kaum überrascht oder gar erschüttert. Er habe ihre kritische Sicht erwartet, so Schütrumpf. Nur sollten ihre Kernthesen radikal zurückgewiesen werden. Luxemburg hasste den Terror im Allgemeinen und lehnte die Jakobinerherrschaft Lenins und Trotzki im Besonderen ab. Sie begriff diese als »bürgerliche Diktatur«. Schütrumpf zitierte aus dem umstrittenen Fragment »Zur russischen Revolution« wörtlich: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution [...] im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft [...] Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen etc.« Dass sich die große Theoretikerin nicht irrte, bewies die inhumane Geschichte des Roten Terrors und des undemokratischen Kommando-Kommunismus.

So sehr Rosa Luxemburg auch die Strategie der Bolschewiki unter Lenins Führung ablehnte, so sehr bangte sie doch um das Schicksal der realen Bewegung. Ihr viel zitiertes Diktum aus ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« – »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden« – bündelt ihre Erkenntnis, dass keine sich noch so revolutionär gebärdende Minderheit die Welt nach ihrem Maßstab dekretieren könne. Die historische Mission zu erfüllen, vermögen nur die Millionennmassen der vielstimmigen Völker.

WULF SKAUN

Zur Märtyrerin der Novemberrevolution gestutzt

Drittes Rosa-Luxemburg-Seminar lotet Stalinisierung aus

Im April 2015 hatte der Historiker Klaus Kinner im Leipziger Domizil der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Seminarreihe begründet, die den Namen der Revolutionärin trägt. Kinner hatte schon länger beabsichtigt, Leben und Werk der demokratischen Sozialistin auf produktive Erkenntnisse für heutige Linke abzuklopfen. Sein Ansatz: Die bisherige Rosa-Luxemburg-Forschung habe, bei allen, auch von der Stiftung selbst, erreichten Erfolgen die Wirkungsgeschichte ihrer Ideen noch unzureichend erkundet und vermittelt. Dieser unvollendeten Aufgabe solle sich das Seminar annehmen. Zustimmend hatte der Philosoph Volker Caysa erklärt, das heiße für ihn, zunächst das unabgeglichene Potenzial Luxemburgischer Ideen zu definieren, es zu reformulieren und auf aktuelle Erfordernisse hin zu bewerten. Dabei gälte es, das geschichtliche Vorwissen, insbesondere der Jugend, zu berücksichtigen.

Um es vorweg zu nehmen: Caysas Gebot dürfte generationenübergreifend gelten. Die nunmehr dritte Veranstaltung Ende September vor wiederum aktivem Interessentenkreis wäre Beleg genug. Sie beschäftigte sich mit dem zu SED-Zeiten lange als »geheime Verschlussache« gehandelten Thema: Luxemburg oder Stalin. Klaus Kinner nahm die bewegten Jahre zwischen 1923/24 und 1945 in den Blick. Ob er dabei über die »radikale Realpolitik« Luxemburgs gegen die beginnende Stalinisierung sprach, über den Absturz der KPD in den Stalinismus 1929 bis 1933 oder über das »schwarze Loch« 1933 bis 1945 – die fundierten Darlegungen des Historikers machten deutlich: Auch für ältere Geschichtsinteressierte boten sie vielfach Neuwissen. Zu sehr hatte auch die stalinistische SED die Theoretikerin der marxistischen deutschen und internationalen Arbeiterbewegung auf die Rolle einer revolutionären Märtyrerin reduziert. Zwar ließ die offizielle DDR-Geschichtsschreibung Luxemburg die Petrograder Oktoberrevolution begrüßen. Ihre weitsichtige, kühne Kritik an der Leninschen Diktatur der Bolschewiki, deren theoretischer und praktischer Negation jeglicher Demokratie in Politik, Ökonomie und Gesellschaft aber beschwieg

sie nach Kräften. In dem Maße, wie Lenins Ideen als »geniale Weiterentwicklung« des Marxismus kanonisiert wurden, hat dessen vermeintlicher Willensvollstrecker Stalin die davon abweichenden Auffassungen Rosa Luxemburgs als »Fehler« stigmatisiert. Sinowjews 1924 geprägter Begriff vom »Luxemburgismus« habe in der KPdSU und in den Parteien der Kommunistischen Internationale (KI) wie ein ideologisches Fallbeil gewirkt. Parteinarbeit für Luxemburgs Ideen interpretierte die herrschende bolschewistische Fraktion in der internationalen Arbeiterbewegung als Angriff auf den »Führer des Weltproletariats«.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die nur kurz erwähnten, äußerst widersprüchlichen und oft geradezu erschütternden Vorgänge und historischen Ereignisse in ihrer Komplexität darzustellen und den involvierten Personen historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Auch werden in den Seminardebatten die jeweiligen Themen theoretisch so tiefgründig ausgelotet, dass eine kongruente journalistische Reflexion undenkbar wäre. Schließlich erheben sie den Forschungsanspruch, der Wirkungsgeschichte der Namenspatronin bisher unbekanntes Kapitel hinzuzufügen. Dem Rezensenten geht es deshalb vor allem darum, weitere Teilnehmer für die Diskurse zu interessieren. Sie auch auf früher indizierte Details neugierig zu machen, die als parteifeindlich, abweichlerisch, revisionistisch, reformistisch oder ähnlich verketzert waren. Klaus Kinner hatte auch dieses Mal eine Reihe brisanter Belege aus dieser »Schublade« gezogen, Dokumente, wie sie erst jetzt, nach Öffnung der Archive, ans Tageslicht gelangen. So erfuhren die Teilnehmer des Seminars, welche (offiziell von der SED-Führung geleugnete) Rolle Ernst Thälmann als Sachwalter Stalins in der KPD gespielt hat, wie er und seine Gesinnungsgenossen die auf Luxemburg gegründete Traditionslinie als Trotzismus denunziert haben. Und sie hörten über Clara Zetkin, dass die furchtlose Verteidigerin von Rosas Erbe gegen die wachsende Zahl der Verfälscher am Ende ihres kämpferischen Lebens verstummte, weil sie, in Moskau lebend, rein existenziell von Stalins Gnaden abhängig war. Noch 1927 hatte sie dem Vorsitzenden der KI, Nikolai Bucharin, geschrieben, Thälmann könne wegen seiner wankelmütigen Haltung gegenüber Linken, Rechten, Versöhnlern kein Parteiführer sein. Der auch an das ZK der KPD adressierte Brief sei dort nicht angekommen. Thälmann hielt ihn selbstherrlich zurück und verfälschte seinen Inhalt, indem er das Schreiben als einen »Drecksbrief« verunglimpfte, der sich gegen das ganze Zentralkomitee richten würde. Als Thälmann den von Stalin entworfenen Text des

»Schaltjahresbeschlusses« vom 29. Februar 1928 über den »Sozialfaschismus« der SPD durchsetzte, war Rosa Luxemburgs theoretisches Erbe bereits zur historischen Fußnote verdammt. Einen Lichtblick gab es aber doch. Mit warmen Worten würdigte Klaus Kinner die Luxemburg-Biographie ihres Mitstreiters Paul Frölich von 1939. In »Gedanke und Tat« werden Rosa und ihr Werk weitsichtig und gerecht beurteilt.

Verzeichnis der Autoren

Prof. Dr. Willi Beitz, Markleeberg

Prof. Dr. Günter Benser, Berlin

Prof. Dr. Annelies Laschitza, Berlin

Dr. Eckhard Müller, Berlin

Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Leipzig

Dr. Holger Politt, Berlin und Warschau

Dr. Jörn Schütrumpf, Berlin

Dr. sc. Wulf Skaun, Leipzig

Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S.

ISBN 978-3-89819-272-9.

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. (Manuskriptdruck.) Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S.

ISBN 978-3-89819-273-6.

Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. 2., unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2004. 230 S.

ISBN 3-89819-170-2

Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 131 S.

ISBN 978-3-89819-269-9

Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2., unveränd. Aufl. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 109 S.

ISBN 978-3-89819-274-3

Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919. Leipzig: Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen e. V. 2008. 314 S.

ISBN 978-3-89819-301-6

Heft 7: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Hrsg. von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2010. 203 S.

ISBN 978-3-89819-333-7

Heft 8: Neue Texte von Rosa Luxemburg. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2011. 100 S.

ISBN 978-3-89819-356-4.

Heft 9: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod (die Luxemburg-Rezeption nach 1945). Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2012. 125 S.

ISBN 978-3-89819-375-7.

Heft 10: Holger Politt: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2013. 68 S.

ISBN 978-3-89819-393-1.

Heft 11: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki. Begegnungen und Widersprüche. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2013. [116] S.

ISBN 978-3-89819-394-8.

